

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnements-Preis pränumerando:  
 Vierteljährlich 3,30 M., monatlich 1,10 M.,  
 wöchentlich 26 Pf., frei ins Haus.  
 Einzelne Nummer 5 Pf., Sonntags-  
 Nummer mit illustrierter Sonntags-  
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-  
 Abonnement: 3,50 Mark pro Quartal.  
 Eingetragen in der Post-Zeitung-  
 Preisliste für 1900 unter Nr. 7971.  
 Unter Kreuzband für Deutschland und  
 Österreich-Ungarn 2 Mark, für das  
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.  
 Erscheint täglich außer Montags.

**Die Inserations-Gebühr**  
 beträgt für die sechsgepostete Kolonne  
 jeite oder deren Raum 40 Pf., für  
 politische und gesellschaftliche Vereins-  
 und Versammlungs-Anzeigen 30 Pf.  
 „Kleine Inserate“ jedes Wort 5 Pf.  
 (nur das erste Wort frei). Inserate für  
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr  
 nachmittags in der Expedition abgegeben  
 werden. Die Expedition ist an Wochen-  
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn-  
 und Feiertagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.  
 Anzeigenpreis: Amt I, Nr. 1508.  
 Telegramm-Adresse:  
 „Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.  
 Fernsprecher: Amt I, Nr. 1508.

Donnerstag, den 28. Juni 1900.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.  
 Fernsprecher: Amt I, Nr. 5121.

### Ein Sieg.

Die Waldeburger Wahl hat mit einem glänzenden Siege der Socialdemokratie geendet. Das Volkliche Telegraphen-Bureau giebt die folgenden Zahlen als Ergebnis der Wahl: **Waldeburg, 27. Juni.** Bei der gestrigen Reichstagswahl erhielten **Sachse (Soz.) 13 167, Ritter (Kartell) 11 761 und Freige (fr. Vp.) 1336 Stimmen.** Ersterer ist mithin gewählt.

Unsre Partei erzielte 70 Stimmen mehr als die Gesamtstimmengahl der gegnerischen Parteien beträgt. Im ersten Wahlgang errangen wir den Sieg, während bei den früheren Wahlen, die günstig für uns verliefen, der Sieg erst in der Stichwahl erlangt werden konnte. Und bei keiner früheren Wahl erreichten wir in der Stichwahl eine so hohe Stimmengahl als bei dieser Wahl im ersten Wahlgange. 1890 hatten wir im Waldeburger Wahlkreis 9324 Stimmen, 1893 im ersten Wahlgange 11 356, 1898: 11 403; bei der Wahl am gestrigen Dienstag vermehrte sich unsre Stimmengahl auf 13 167, d. h. wir hatten seit zwei Jahren einen Zuwachs von nicht weniger als 1764 Stimmen. Dagegen erhielten die gegnerischen Parteien nur 54 Stimmen mehr als der freikonservative Kandidat in der Stichwahl von 1898 erhalten hatte und über 1000 Stimmen weniger als die bürgerlichen Parteien damals in erster Wahl erzielten.

Der Sieg ist um so glänzender, als er unter überaus widrigen Umständen errungen wurde. Zahlreiche unsrer Wähler sind in den letzten Jahren aus dem Kreise verzogen, um sich in Westfalen lohnendere Arbeit zu suchen. Katholische Arbeiter aus Oberschlesien, zu denen noch niemals das Wort der Freiheit gesprochen hat, rückten an ihre Stelle. Dazu lebt die Bevölkerung, welche an die Wahlurne gerufen war, unter einem wirtschaftlichen Druck, wie er im übrigen Deutschland kaum irgendwo so schwer lastet. Und diesem wirtschaftlichen Druck entspricht der politische Druck: dem Kapitalismus hat sich der Feudalismus zugesellt, und beide thun ihr Möglichstes, um den Arbeiter in Dummheit zu halten und an der Ausübung seiner politischen Rechte zu hindern. Einseitigkeit und Beeinflussung wurden in ungläublichem Grade geübt. Socialistische Flugblattvertheiler wurden verhaftet, die Fälle systematisch abgetrieben, die Vorkämpfer der Arbeiter aufs schändlichste verleumdete. Und den „guten Arbeitern“ wurden goldene Berge versprochen — oder um nicht zu übertreiben silberne Uhren, die auf den Fingern Plebschen Gruben jedem Arbeiter, der 25 Jahre dort gearbeitet, nach der Wahl verabfolgt werden sollten. Ob die Uhren jetzt noch „geschenkt“ werden?

Der Kandidat, der allein gegen uns ernsthaft in Frage kam, Kommerzienrat Dr. Ritter, Bergwerksdirektor in Fürst Plebschen Dichten, ist Typus eines Vertreters des allgewaltigen Grubenkapitalismus. Dieser waschechte Stumm-Geselle erhielt Wohlthätigkeit von den Rationalliberalen sowie vom Centrum. Der katholische Klerus unterstützte den rücksichtslosen Feind der Arbeiter gegen den Verehrer der Armen und Ausgebeuteten.

Der Wahlsieg bedeutet die Rechtfertigung und den Dank des Grubenvolks für die Thätigkeit, welche die Socialdemokratie im Reichstage in den Fragen der Berggesetzgebung, des Schutzes der

Arbeit in den Bergwerken geübt hat. Aber darüber hinaus noch hat diese Wahl eine allgemein politische hohe Bedeutung.

Seit vielen Monaten spricht man von der Flottenbegeisterung im Volke, und fabelt davon, die Socialdemokratie, die Feindin des Flottenwahns und der mobilischen Weltpolitik, habe in dieser Frage die Massen nicht hinter sich. Niemals war die Situation günstiger für den Flottenkurs, als gerade in diesen Tagen der erregenden Nachrichten aus Ostasien und die uns gegnerische freikonservative Partei ist die eigentliche Flottenpartei. Die Wähler haben ihr Urteil gesprochen über die Flottenverdoppelung, über die ins Meer geworfenen Milliarden, über die Politik der Ueberseephantasterei und Chineserei. Der Horn der Proletarier über die Weltpolitik, die das Volk zu Hause inachtet und ihm den Brotkorb hochhängt, hat uns den Sieg wesentlich erleichtert. Und zu alledem der Brot- und Fleischwucher. Das hat gewirkt. Die Kornwucher-Parteien haben hier einen Vorgegeschmack der kommenden Wahlen.

Der socialdemokratische Sieg in Waldeburg ist die denkbar schärfste Verurteilung der von den Gegnern mit Hurra befürworteten Weltpolitik und ihrer Zwillingsschwester, der Brot- und Fleischwucher-Politik.

### Der Fremdenkrieg.

Man giebt sich jetzt allgemein keinen Illusionen mehr hin. Man hat jetzt die Ueberzeugung, daß es sich nicht mehr um eine kleine Revolte handelt, sondern um einen organisierten, vorbereiteten Freiheitskrieg der Chinesen gegen die fremden Eindringlinge.

Eigentlich neue und vor allem zuverlässige Meldungen liegen auch heute nicht vor. Ueber den Truppen-Einzug in Tientsin laufen bestätigende Meldungen ein, die zugleich einige unbestätigte Einzelheiten über die vorangegangenen Kämpfe bringen. Von Admiral Seymour wird berichtet, daß er in schwerer Bedrängnis sei. Von den Gesandten und Fremden weiß man immer noch nichts Sicheres. Nach einem Gerücht sind die Gesandten von den Chinesen als Geißel ins Innere verschleppt worden, was sicherlich eine klügere Politik der Voyer wäre als die barbarische und zwecklose Tötung der Gesandten, zugleich aber auch bewiesen würde, daß der Voyer-Aufstand nur die Maske eines wohl berechneten allgemein-chinesischen Feldzugs wäre. Auf der andern Seite wird wiederholt, daß sich die Gesandten bei Seymour befinden.

Mehrfach wird wieder von einer Ausbreitung des Aufstands berichtet. Die chinesische Armee unter Lung-Fu-Siang soll sich, 60 000 Mann stark, den Voyerern angeschlossen haben. Die Meldungen über eine Vermittler-Rolle Si-Hung-Tschang und anderer Dickschäpfe können höchstens als Schachzüge chinesischer Diplomatie Beachtung beanspruchen, wenn es nicht auf das Vorhandensein verschiedener Strömungen in der chinesischen Politik deuten sollte.

Einrichtungen und Mächten. Schon jetzt steht die Autorität der Justiz in diesen konservativsten Teile Deutschlands auf schwachen Füßen. Wie oft habe ich in diesen Tagen das Wort gehört: „Die Juden decken mit ihrem Gelde alles zu. Nichts wird bezahlt alles.“

So unendlich blödsinnig solche Redensarten auch sind, daß sie geäußert und zur festen Volksmeinung werden konnten, ist eine fürchterliche Anklage gegen die preussische Volksschule. Die Königer Volksschulen — die Stadt hat zwei schönklassige Knaben- und zwei Mädchenschulen — werden in ihren Leistungen dem Durchschnitt durchaus entsprechen. Daß in engen, dunklen Räumen 60 bis 70 Kinder zusammengepfercht werden, trifft man ja auch anderwärts an. Was aber geben diese Schulen den Kindern an Einsicht und Kraft fürs Leben mit? Wo die Socialdemokratie und die Gewerkschaften nicht die Erziehung übernehmen, bleiben die stumpfen, hilflosen Heloten sich selbst überlassen, bis sich der Antisemitismus ihrer bemächtigt und ihrer unklaren Unzufriedenheit ein Ziel giebt. Diese öden, von der Industrie noch nicht berührten Landstädtchen mit ihrem Kleinbäuerlichen und gutsherrlichen Hinterland werden seine Festungen, aus denen ihn der schwächliche Liberalismus nicht mehr verdrängen kann. So hat Krenswalde-Friedeberg gewählt, so wird Königs-Luchel Herrn Bruhn in den Reichstag senden, wenn es einmal gelingen sollte, den polnischen Schlachtschützen zu verdrängen, der jetzt das Mandat inne hat.

König ist heute bereits eine solche Burg des Antisemitismus. Er hat sich in der Stadt häuslich niedergelassen und einige staatliche Funktionen gleich mit übernommen. In der Nordstraße führt er die Untersuchung auf eigene Faust und ganz ohne die würdige Unnahbarkeit der staatlichen Justiz. Er vernimmt die Zeugen in rauchigen Hinterzimmern von Braunweinschänken, er setzt Anklageschriften auf, die ein Mann unterzeichnet, gegen den selbst die Voruntersuchung noch schwebt, er horcht auf die Mitteilungen, die ihm über den Verlauf der amtlichen Untersuchung von irgend woher kommen. Den unsinnigsten Weiberkatsch, die Schauergerichten, die Dienstmädchen an den Thüren erhört haben wollen, nimmt er bereitwillig entgegen und verbreitet ihn. Er hat Freunde und Zuträger in Beamtenkreisen. Der Vorlaut von Depeschen, die in König aufgegeben worden sind, wird in der „Staatsbürger-Zeitung“ veröffentlicht. Und um den kleinen Beamten Rat zur Pflichtverletzung zu machen, tuschelt er ihnen ins Ohr, daß der Landrat des Kreises, ein Freiherr von Jellig, materiell an dem

**Die Lage Schymours.**  
 Ein neues Telegramm des deutschen Konsuls in Tschifu, das am Mittwoch früh in Berlin eingetroffen ist, berichtet:

„Admiral Schmour ist 14 Kilometer von Tientsin umzingelt, 62 Tote, 200 Verwundete, sehr bedrängt, verlangt 2000 Mann Gilskorps, die 25. Juni morgens von Tientsin ausrückten unter russischem Oberkommando.“

Auch aus andern Quellen wird die große Bedrängnis dieser Truppen berichtet, dagegen verlautet nichts über etwaige Erfolge der Truppen, die zu seiner Unterstützung aus Tientsin ausgerückt sind.

### Die Gesandten als Geißel?

Während auch heute noch Telegramme verbreitet werden, nach denen sich die Gesandten bei den Truppen Schymours befinden, teilt die französisch-amtliche „Agence Havas“ mit:

„Der französische Konsul in Shanghai meldet von gestern: Die Truppen der vereinigten Mächte rücken in Tientsin ein. Die fremden Gesandten verlassen Peking auf der Nordseite mit einer chinesischen Eskorte. Man vermutet, dieselben schlagen die Richtung auf Schan-hai-twan längs der großen Mauer ein. Der Konsul fügt hinzu, der Vizekonsul von Nanjing und der Botschafter Chang-Hsiung hätten ihn beauftragt, der französischen Regierung die Versicherung zu übermitteln, daß sie für den Schutz der Missionare und fremden Kaufleute im Hauptsecklang-Gebiet sorgen. Ein Telegramm des Konsuls in Tschifu von gestern bestätigt gleichfalls den Entzug Tientsins und die Abreise der Gesandten von Peking.“

Die natürlichste Deutung dieses Telegramms ist die, daß die Chinesen die Gesandten in Sicherheit gebracht haben, um sie als Geißeln zu verwenden.

### Die Kämpfe um Tientsin.

Ueberholte Ereignisse berichtet das folgende Telegramm des russischen Konsuls in Tschifu:

„Laut hierher gelaugter Meldung des russischen Oberoffiziers entzogen die russischen Landtruppen Tientsin. Dieselben hatten 4 Tote und 20 Verwundete. Kleine Abteilungen der andern Mächte rücken in Tientsin zusammen mit russischer Artillerie ein. Diese Nachricht wird durch die folgende ergänzt:

Die Engländer und Amerikaner rücken in Tientsin ein, nachdem die Geschütze des chinesischen Arsenal zum Schweigen gebracht und die chinesischen Linien durchbrochen waren. Die andern fremden Truppenabteilungen folgten unmittelbar dahinter. Verluste gering.“

Ein Telegramm des Vice-Admirals Negeff an den Kriegsminister vom 22. Juni lautet: „Ein Bericht des Oberst Kuissimoff aus Tientsin vom 19. d. M. bezeichnet die Lage der dortigen Besatzung als sehr gefährlich. Der Verkehr sei unterbrochen, chinesische Horden hätten Tientsin umzingelt und beschloßen es mit schweren Geschützen, die Verluste seien bedeutend, 7 Offiziere und 150 Soldaten seien tot oder verwundet, ihre Munition für Gewehre und Geschütze sei knapp; es halte schwer, einen Durchbruch nach Taku zu erzwingen, zumal als man Frauen, Kinder und verwundete Soldaten mitnehmen müsse. Die Eisenbahn sei vollständig zerstört. Der Bericht ist mir durch einen glücklichen Zufall übermittelt worden. General Stessel sandte am 20. Juni alle Truppen, die ihm in Taku zur Verfügung standen, Kuissimoff zur Hilfe und er hoffte am 21. nach der Landung der Artillerie, unter Hinterlassung einer Besatzung in Taku, mit seiner übrigen Streitmacht abzuziehen zu können. Der Ernst der Lage zwingt mich, außerordentliche Maßregeln zu treffen und heute

antisemitischen „Königer Tageblatt“ beteiligt sei. Und diese Verleumdung wird gelehrt.

Der erste Bürgermeister von König gefällt ihm nicht. Herr Debitus hat nicht geihan, was von ihm erwartet wurde, er hat den Schlächter Leiw nicht sofort als Mörder eingeperrt. Klugs wird ermittelt, daß er eine Jüdin zur Frau hat. Er nimmt auf sechs Wochen Urlaub; sogleich wird versichert: er kommt überhaupt nicht wieder. Seit die offizielle Untersuchung die Ritualmordfabel beiseite geschoben zu haben scheint, wird sie mißtrauisch überwachet, werden ihr, wo es geht, Steine in den Weg geschoben. Ein ganzer Berg halloser, anonymer Denunziationen hat sich aufgestapelt, und eine Reihe von Weineidsprozessen bilden das Gefolge der Untersuchung und wird die an sich schon erschreckend hohe Biffer von Weineiden noch mehr in die Höhe schmeilen, die schon in ruhigen Zeitaltern Jahr um Jahr im Bezirk des Oberlandesgerichts Marienwerder zur Aburteilung gelang. Die Sucht, die hohe Belohnung, die auf die Entdeckung des Mörders gesetzt ist, ganz oder teilweise einzufreien, wirkt verderblich.

Hört man Königer Antisemiten sprechen, so liegt der geheimnisvolle Mord eigentlich ganz klar, und es ist nur die unverzeihliche Schwäche der Justiz, wenn die Mörderbande nicht schon längst hinter Schloß und Riegel sitzt: die Juden brauchen wie alljährlich so auch in diesem Jahre zu ihren geheimnisvollen Operritualien Christenblut. König war diesmal für die Pflanzung des Safts an der Reihe. Wie zur Subskription auf ein Buch ging ein Zettel unter den Juden von König und den Nachbarn her, auf dem sich die Mörder bezeichneten. Hin und wieder erhob eine besorgte Frau oder Tochter Widerspruch gegen den gefährlichen Plan und zwar so laut, daß ihre warnenden Stimmen von den an den Stubentüren lauschenden Dienstmädchen gehört werden konnten. Aber es nützte nichts. Eine der Warnerinnen starb in Berlin eines plötzlichen Todes. Vielleicht wußte sie zu viel und ist umgebracht worden. Den Juden ist jede Schandthat ohne weiteres zuzutrauen. Die That wurde also beschlossen. Nur scheint man eine Zeitlang geschwankt zu haben, wer das Opfer sein sollte. Ein Knecht, der einem jüdischen Schlächter ein Stiefel bringen sollte, scheint zuerst auserkoren gewesen zu sein. Doch rettete ihn sein blaßes Aussehen; die Blutmenge, die er liefern konnte, war wohl zu gering. Dann versiel man auf Winter. Der junge Mann wurde vielleicht mit Hilfe einer jüdischen Gesellschaft an einen dunklen Ort gelockt und dort von der

### Um den Mord.

König, den 25 Juni 1900.

Nichts unterbricht die graue Eintönigkeit der Tage in diesem schlafenden Landstädtchen. Das Militär ist da, und so lange es da bleibt, wird nichts geschehen. Der Feldennut, der zum Einwerfen von Fenster Scheiben erforderlich ist, hält sich kuglerweise im Raum, bis wieder die friedliebenden Ortsgenossen, die der Königer Stimmung Rechnung tragen und das letzte antisemitische Spektakelstück „gar nicht so schlimm“ finden, die einzigen bewaffneten Vertreter der staatlich garantierten Ordnung und Toleranz sind. Daß es dann aber wieder losbrechen wird, kann man von honetten Königern allenthalben hören. Freilich, die Leute, die solche Versicherungen besonders gern abgeben, denken zu allererst daran, selber einen Stein hochzuheben. Der „anständige Bürger“ hütet sich, seine Haut zu Rauche zu tragen; gern aber schaut er vom sichern Ort aus zu, wenn sich die vollstämmliche Politik zur Erhaltung eines christlichen Mittelstands scheidendlicrend Bahn bricht. Man sieht ja auch den Erfolg. Die jüdischen Ladeneinhaber machen wirklich schlechtere Geschäfte, als früher: in einem Manufakturwarenladen, dessen Besitzer Pole und Katholik ist, hat sich der Andrang der Käufer besonders aus der Landbevölkerung so gesteigert, daß der glückliche Inhaber zu Oktober die Eröffnung eines großen Warenhauses, des ersten in König, trotz der Mißwischen Warenhaussteuer ankündigt. Die kleinen christlichen Kaufleute haben also den Trost, künftig nicht von „rassenfremdem Ungeziefer“, sondern von ihresgleichen aufgefressen zu werden.

Zu der Hoffnung auf materiellen tritt die Ueberzeugung vom moralischen Erfolge. Es herrscht nur eine Stimme darüber, daß die angeblich beschlossene Verhaftung des Schlächters Hoffmann nur durch die Tummel vom 10. Juni verhindert worden sei. Daß die Staatsgewalt vor dem Volkshorizont kapituliert hat, ist zum festen Glauben in diesem Teil der preussischen Landee geworden. Man murr über den „verdammten Judenstaat“, in dem man lebt; doch hoffen alle guten Royalisten — und Republikaner gedeihen hier noch nicht — daß ein „Machtwort von oben“ dem jüdischen Treiben bald Einhalt gebieten werde. Ein Drei Konsuler politischer Vorstellungen fällt die Köpfe. Die Ministerarbeit der antisemitischen Agitation, die sich mit aller Kraft auf die Stadt und die Provinz gestürzt hat, zerstört allmählich das Vertrauen zu den hergebrachten

nacht sofort ein Bataillon des 10. Regiments abzuschicken, ohne das Eintreffen von Truppen aus Vladivostok zu erwarten."

### Die Bewegung der Chinesen.

Das deutsche Kanonenboot „Iltis“, welches den Weiho nach Tientsin zu auswärts gefahren ist, meldet, daß große Abteilungen von Chinesen sich Tongku nähern und daß ein sofortiger Angriff erwartet werde.

Die Ausländer in Tschifu glauben, daß die chinesische Armee unter Tung-Fuh-Siang, welche kürzlich den Bohammedaner-Aufstand unterdrückte, sich jetzt vollständig der Bewegung der Boxer anschließt. Man nimmt an, daß sechsigtausend gut bewaffnete chinesische Soldaten um Peking und Tientsin versammelt sind. — Die chinesischen Offiziere verkünden, daß sie 400 000 Soldaten zur Verfügung hätten. Die Ausländer in China haben den dringenden Wunsch, daß 100 000 Mann europäischer Truppen, davon mindestens 50 000 für Peking, in China zusammengezogen werden; auch sind sie für eine große Flottendemonstration in allen Vertragshäfen, um die in ihrer Haltung schwankenden chinesischen Kaufleute zu beeinflussen. — Diese Meldung spiegelt die große Aufregung, in der sich alle Fremden in China befinden.

Infolge von Berichten von Erfolgen der Chinesen gegenüber den Mächten zeigt sich die Volksmasse in wachsender Erregung. In Tschifu eintreffende Kaufleute berichten, daß in Kuitshwang Boxers in den Straßen exerzieren. Wie sich herausgestellt hat, haben Soldaten des chinesischen Heeres Geschütze und Andrusungsgegenstände an die Boxer verkauft. Der englische Konsul in Fushan hat die Bitte um Entsendung von Kriegsschiffen ausgesprochen.

Wie es heißt, rüden die Chinesen auf Kuitshwang vor.

### Ausbreitung des Aufstands.

Nach Berichten aus Seoul zeigt sich eine wachsende feindselige Stimmung gegen die Christen in Korea.

Ferner wird aus Hongkong gemeldet:

Der Dampfer „Sambur“ ist aus Wutshau am Westfluß mit einer Anzahl weiblicher Missionare eingetroffen. Der Kapitän meldet, daß die Chinesen im Augenblick der Einschiffung der Frauen eine fremdenfeindliche Kundgebung veranstalteten, indem sie riefen: „Schlagt alle fremden Teufel tot!“ Die in Wutshau zurückgebliebenen Europäer sind darauf vorbereitet, jeden Augenblick abzureisen. — In Kweichiu dauern die Unruhen fort. Der Wasserstand des West-Flusses ist niedrig und es ist dem englischen Flußdampfer „Sandpiper“ unmöglich, Nan-ning zu erreichen.

### Die chinesische Regierung

gibt nur durch zweideutige Kundgebungen von ihrer Existenz Kunde. So haben die Vicelöwne in Nanking Piu und in Wutshang Chang-Hsiung den Doyen der Konsula davon in Kenntnis gesetzt, daß sie die Verantwortung für die Aufrechterhaltung des Friedens in ihren Provinzen übernehmen und daß sie 6 Kriegsschiffe aus Shanghai beordert haben, mit deren Hilfe sie sich erdörtig machen, für die Aufrechterhaltung der Ordnung und den Schutz der Ausländer in ihren Bezirken sich zu verbürgen. Das sind belanglose Ausstreunungen.

### Die deutsche Mobilisierung.

Das „Marine-Verordnungsblatt“ veröffentlicht folgende Kabinetts-Ordre, betreffend die Bildung eines Expeditions-Corps nach China:

Ich bestimme: 1. Für die Entsendung nach China ist von meiner Marine ein Expeditions-Corps zu bilden, bestehend aus dem 1. und 2. See-Bataillon, einer fahrenden Feld-Batterie und einem Pionier-Detachement. 2. Dem Befehlshaber des Expeditions-Corps verleihe ich die gerichtsherrlichen und disciplinaren Befugnisse eines Divisions-Commandeurs. 3. Sein Stab besteht aus: einem Stabsoffizier als Chef des Stabs, einem Hauptmann, einem Oberleutnant, einem Ober-Stubbsarzt, einem Ober-Zahlmeister, einem evangelischen und einem katholischen Marineprediger, sowie dem erforderlichen Unterpersonal. 4. Für das 1. und 2. See-Bataillon ist in Kiel und Wilhelmshaven alsbald je ein Ersatz-Bataillon zu bilden. Ausführendbestimmungen erläßt der Staatssekretär des Reichs-Marineamts. 5. Die Instruktion und Abwidlung des Transports liegt der Marinestation der Nordsee ob.

Kiel, am Vord meiner Nacht „Hohenzollern“, den 25. Juni 1900.

Wilhelm.

An den Reichskanzler (Reichs-Marineamt).

Weitere Meldungen siehe letzte Seite Hauptblatt.

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 27. Juni.

### Welt-Wirren.

Die Politik der gepanzerten Faust hat die natürliche Wirkung, auf allen Seiten gepanzerte Häute zu entzünden. Es sind nicht nur die Häute der Boxer und der chinesischen Soldaten, auch eine andre Faust erhebt sich bereits gegen uns: die Faust Japans. Die gestern von uns veröffentlichte Kundgebung aus

Mörderbande abgeschlachtet. Wie die Scene im einzelnen vor sich gegangen ist, wie es gelungen ist, der kräftigen jungen Wurschen zu überwältigen, zu entkleiden und ihm dann den Schächtschnitt beizubringen, das weiß man nicht. Vielleicht ist er von den Juden hypnotisiert worden, vielleicht kennen die Juden seine Zaubersprüche aus der Kabbala. An dem Körper des Gemordeten sind, soweit seine Stöße gefunden worden sind, keine Verletzungen entdeckt worden, die auf einen vorausgegangenen Kampf schließen ließen. Der chemische Sachverständige hat auch keine Spuren von irgend einem Karbolium entdecken können, das zur vorherigen Betäubung angewandt worden wäre. Aber — wer weiß — vielleicht ist auch er geklaut. Auch über den Ort der That sind die Gelehrten des Antisemitismus geteilter Ansicht. Die einen entscheiden sich für den Keller des Schlächters Lewy, die andern für die Synagoge selber. Beide Vermutungen sind gleich gut, um ein phantastisches Schauergemälde von dem Verlauf der Dinge am Nordabend zu ermöglichen. Die taftfesten Antisemiten treten mehr für die Synagoge ein, die unmittelbar in der Nähe der Fundstelle des Rumpfs liegt, und wo ja auch ein Fläschchen angebliches Hühnerblut gefunden worden ist. Die Gemäßigteren glauben mehr an den Leuchters Keller, der ein geeigneter Schauplatz für den Fall ist, daß nicht ein Ritualmord, sondern ein Sühnemord vorliegt. Diese letzte Version gründet sich auf die weit verbreitete Erzählung, daß ein jüdisches Synedrium über Winter zu Gericht gesessen und ihn wegen Verführung eines oder mehrerer jüdischer Mädchen zum Tode verurteilt und hingerichtet habe.

Dieser Bahmwig, diese tolle Ausgeburt des Aberglaubens und der Phantasie schlechter Kolportageromane wird geglaubt. Dafür steht und fällt König. Man hält die Verbreitung dieser unflinigen Fabeln so lange für unmöglich, als man nicht den blödsinnigen Bilderbogen „Das Blutgeheimnis“ in der Hand gehabt hat, der großen Abjaß in der Gegend findet. Auf diesem Bilderbogen ist deutlich zu sehen, wie es die Juden treiben. Der Mittelpunkt des im dunklen Brandrot gedruckten Bogens ist eine große Zeichnung, die einen säulengetragenen Saal wohl in dem Hause des Ober-Rabbiners der ganzen Judenheit darstellt. Befagter Rabbiner sitzt mit einem furchtbaren Schächtmesser in der einen und mit einem Fläschchen Blut in der andern Hand an einem Tisch, auf dem sich eine ganze Sammlung derartiger Fläschchen mit Zetteln, die den Ursprungsort nennen, befindet. Er weist einen „Boxer“, der zu seinen Füßen sitzt, in die großen Mysterien ein, die durch ein am

Japan ist in dieser Beziehung höchst lehrreich. Wir erinnerten auch bereits an die Vorgänge von 1895, wie Deutschland sich damals mit Rußland und Frankreich verbündete, um Japan die Siegesbeute seines Krieges mit China abzugeben. Bei früherer Gelegenheit konnten wir nachweisen, wie schon durch jene iseltpolitische That der gepanzerten Faust die deutsche Industrie und der deutsche Handel geschädigt worden sind. Jetzt kommt, nach dem ökonomischen, der politische Rückschlag. Japan verfügt ohne Zweifel über die weitaus größte Land- und Seemacht in Ostasien, und schlimm würde es sein, lehrte Japan diese Macht gegen Deutschland, in welchem es den Verbündeten seiner Feinde, der Russen, erblickt.

In Rußland bereitet man sich bereits auf alle Eventualitäten vor. Aus einer absolut sicheren Quelle erfahren wir, daß das russische Kriegsministerium an alle zuständigen Behörden telegraphisch und vertraulich den Befehl geschickt hat, alles für die Mobilisierung Notwendige vorzubereiten. Die Ordre ist am 18. und 19. dieses Monats (nach unserem Kalender gerechnet) ergangen.

Die russische Mobilisierung für Sibirien wird schon amtlich bekannt gegeben. Es handelt sich aber um mehr.

Die Lage ist jedenfalls außerordentlich kritisch. In England, in Frankreich tagen die Parlamente und müssen die Regierungen der Volksvertretung Mitteilung über den Stand der Dinge machen. In Deutschland ist der Reichstag geschlossen. Das deutsche Volk erfährt nichts über den Stand der Dinge und wird mit verbundenen Augen im Jergarten der Weltpolitik geführt, an dessen Rand Abgründe starren.

Es ist wahrlich Zeit, daß unser Volk sich der ihm dräuenden Gefahren bewußt werde und von der Regierung Aufschlüsse und Rechenschaft verlangt. —

### Wehrpflicht in China.

Die Vorgänge in China haben die dringliche Frage aufgeworfen, ob deutsche Soldaten zur Ableistung der Dienstpflicht in außer-europäische Garnisonen verschiebt und nach dem Belieben des Militärkommandos im überseeischen Kriege verwendet werden dürfen.

Die eifrigen Befürworter der Weltpolitik bejahen diese Frage. Aber ihre Gründe sind nicht stichhaltig. Die „Welt. Revue. Nachr.“ berufen sich auf Artikel 3 der Reichsverfassung, wonach alle Deutschen dem Auslande gegenüber gleichmäßig Anspruch auf den Schutz des Reichs haben sollen. Dieser Verfassungsgrundsatz bedingt aber selbstverständlich noch keineswegs, daß die Regierung das Recht habe, einseitig zu bestimmen, in welcher Weise der Schutz des Reichs erfolgen solle. Zwar hat der Kaiser unter Zustimmung des Bundesrats das Recht der Kriegserklärung, aber der Reichstag ist dadurch nicht zu völliger Einspruchslosigkeit verurteilt. Er hat das Recht der Bewilligung oder Verweigerung der erforderlichen wendenden Gelder.

Hieron aber abgesehen ist zweifelsohne durch die neueste Phase der deutschen auswärtigen Politik, durch die „Weltpolitik“ die ganze Frage in ein neues Stadium eingetreten. Als die Bestimmungen über die Wehrpflicht Gesetz wurden, war von Erwerbungen in fernem Jonen und überseeischen Gewässern natürlich keine Rede. Für die heutigen Verhältnisse passen diese Bestimmungen nicht mehr.

Leider hat der Reichstag sich jüngst mit einer überaus schwächlichen Resolution begnügt, in welcher der Regierung empfohlen wird, „ähnlich“ die nach China bestimmten Truppenkörper aus Freiwilligen zusammenzusetzen. So hat die Militärbehörde jetzt Freiwillige aufgeboden, aber es gehen auch Truppenteile nach Ostasien, deren Angehörige nicht befragt worden sind, ob sie bereit sind, in die Ferne zu gehen, um auf chinesischem Boden ihr Leben daranzusetzen.

Wenn die Weltpolitik sich weiter wie in den letzten Jahren entwickelt, dann könnten bald einige Zehntausend deutscher Soldaten nötig sein zur dauernden Besetzung von festen Plätzen in Ostasien und gegen etwaige Kriegsgefahren. Solche Ausfahrten rufen in den weitesten Kreisen des deutschen Volks größte Bedenken und Besorgnisse hervor, die durch die klimatisch ungünstigen Verhältnisse in Kwantshou noch verstärkt werden. —

## Deutsches Reich.

### Die Furcht vor der Verantwortung.

Die Presse, die eben noch in weltpolitischen, wild lürrenden Phantasien und Prahlereien schwamm, zeigt sich jetzt, wo den Worten der Ernst folgt, außerordentlich gedudt. Als in den achtziger Jahren in Frankreich Ferny den mit furchtbaren Opfern an Blut und Gut unter-

Woden liegendes, mit dem obligaten Schächtschnitt versehenes totes Christenkind verdeutlicht sind. In der einen Ecke steht der Schächtschnitt aller Juden, Gottfried Ephraim Lessing, auf einem Postament und sieht sich die Sache mit zufriedener Lächeln mit an. Als Symbol für die jüdische Weltmacht steht rechts eine offene Edelsteinlade, die als „Depot der Fürsten“ bezeichnet wird, während links eine mächtige Gelbtrube sichtbar wird, die den „Socialdemokratischen Fonds“ enthält. Einige Bilder stehen und liegen umher, auf deren Rücken man „Talmud“ und „Schulchan Aruch“ lesen kann und an der Wand hängt eine „Proscriptionsliste der Antisemiten“; als erster steht noch Alshwardt neben Stöder darauf, während Bruhn und Liebermann von Sonnenberg gar nicht genannt sind. Das ist der einzige Fehler in dem stummen Bild, das von einer Liste sämtlicher Ritualmorde seit dem 18. Jahrhundert und von kleinen Edelsteinern umgeben ist, die den Raub von Christenkindern durch Juden und mittelalterliche Judenverbrennungen darstellen. Nur insofern ist das Mittelalter ein wenig modernisiert, als man in den Straßen des mittelalterlichen Berlin bereits Firmenchilder wie „Erster Schuhwaren-Bazar“ und „Leihhaus“ lesen kann. So hat der Künstler auch für die Schwachen im Geiste georgt.

Ich habe diesen Bilderbogen so ausführlich geschildert, weil er mir in seiner Klarheit und Roheit dem geistigen Zustand, in dem sich heute die Kreise der königlichen Bevölkerung befinden, am besten zu entsprechen scheint. Dieser Roheit begegnet man in allen Gesprächen. So ist die Sühnemordfabel auf die Formel gebracht: „Er (Winter) hat die Judenschüssel treis gemacht, und da haben sie ihn...“ Folgt die Handbewegung nach der Kehle. Größeren Eindruck machte folgende Erzählung eines glücklichen Vaters auf mich: „Vor vier Wochen ist meine Frau niedergekommen. Na, wir wohnen etwas eng in einem alten Hause. Da sagte unsre Nachbarin, eine Jüdin, die noch gelegentlich zu uns kommt und mit der wir früher freundschaftlich verkehrten, zu meiner Frau, sie solle doch nachmittags in ihren schönen, sonnigen Garten kommen und sich dort erholen. Meine kleine, siebenjährige Tochter hört das mit an, und wissen Sie, was das Kind rnt?: In Deinen Garten sollen wir kommen? Nicht wahr, damit Ihr alle läse macht und uns abschlächtet! — Ja, das Kind ist sehr hell für sein Alter.“ — Es war ein sogenannter Gebildeter, der mir das im behaglichen Tone erzählte. —

Ich habe es bisher unternommen, ein Urteil über den Mord selber zu äußern. Zur Begründung einer festen Ansicht fehlt dem Kirchenstehenden das Material. Ich neige zu der Vermutung, daß es

halkenen Abenteuer-Feldzug in Tonkin begann, war die öffentliche Meinung in Deutschland einzig über die verbrecherische Mordthat solcher Gloire-Politik. Und unsre Chauvinisten äußerten damals ihre Schadenfreude über den durch seine eitle Ruhnsucht an den Rand des Abgrunds geführten Erbfeind.

Zwischen sind wir ja selbst solche Gloire-Politiker geworden, nur daß wir uns Weltpolitiker nennen. Doch zeigen sich die Helben unsrer Weltpolitik äußerst klein, nachdem sie die Folgen ihrer Handlungen spüren. Man ist so verzagt, daß man nicht einmal die Socialdemokratie in der üblichen Weise zu beschimpfen mag, daß sie, die diese Weltpolitik erbittert bekämpft hat und die Folgen vorausgesagt hat, nun „vaterlandslos“ fortfährt, die Wahrheit zu sagen.

Kur die „Münchener Allgemeine Zeitung“ hat den kläglich miflungenen Versuch unternommen, unsre Haltung zu schmähern. Wir haben gebührend geantwortet, und das Blatt versucht jetzt eine Antwort, in der sich stillschweigend die literarischen Erinnerungen eines erregten Gymnasiallehrers wunderbar komisch anknoten. In den ersten drei Vierteln ihres langen Artikels beklagt sich die „Münchener Allg. Ztg.“ über die „Freiheit“ des „Vorwärts“, daß er seine Kritik nicht gegen den Kaiser, sondern gegen die verantwortliche Regierung gerichtet hat. Wir haben jetzt einmal mehr die christliche Offenheit Richards III., wenn wir uns vaterlandsfeindliches, auf Vergiftung der öffentlichen Meinung zielendes Handwerk betreiben. Wenn wir erst auf dem Wort von der gepanzerten Faust unermüdet herumreiten, und dann uns gegen die verfassungsmäßig verantwortliche Regierung wenden, so „kriechen“ wir, so spielen wir den Einfältigen und Harmlosen, anstatt offen zu erklären, daß wir Republikaner seien und den Thron unterminieren wollen. Hätten wir das gethan, dann wäre das Münchener Blatt so glütig gewesen, zwar unser Verhalten

„nach wie vor als vaterlandsfeindlich zu brandmarken, immerhin aber wäre das manhaft gesprochen gewesen, während das jetzige Ausweichen des socialdemokratischen Centralorgans allzusehr nur an das Gebahren jener ertappten Wissethäter erinnert, die alles leugnen und den Gegenbeweis erwarten, oder an das Treiben solcher unreifen Vurschen, die hinter der Hecke hervor mit Steinen werfen, sobald man sie jedoch beim Ohr nimmt, es entweder nicht gewesen sein, oder sich bei ihrem Steinwurf doch nichts Arges gedacht haben wollen.“

Wir können und wollen die „Münchener Allgemeine Zeitung“ nicht hindern, wenn es ihr Vergnügen bereitet, dem Kaiser die ganze Verantwortung für die jetzigen Ereignisse aufzubürden, obwohl uns Republikanern es scheinen will, als ob überzeuge Monarchisten damit ihrer Sache keinen großen Dienst erweisen. Wir hingegen ehren die Verfassung, wir rechnen damit, daß der Kaiser verfassungsmäßig nicht verantwortlich zu machen ist, und daß wir deshalb die Regierung verantwortlich machen müssen, die bereit ist, die den kaiserlichen Worten entsprechende Politik der gepanzerten Faust zu decken. Andererseits ist es natürlich, daß die Chinesen, die keine Verfassung kennen, sich naiv lediglich an die Worte des deutschen Kaisers halten, in dessen Person für sie der Begriff einer deutschen Regierung sich erschöpfen muß, zumal sie von dem persönlichen Hervortreten Wilhelms II. offenbar eben so viel gehört, wie sie wenig von der deutschen Regierung vernommen haben dürften. Daher ist es auch ganz selbstverständlich, daß, wenn man die Stimmungen und die jetzigen Handlungen der Chinesen verstehen will, man in ihrem Sinn an das rednerisch behandelte Programm des deutschen Kaisers erinnern muß!

Wenn die „Münchener Allgemeine Zeitung“ so mutig ist, in dieser Hinsicht chinesisches zu denken, so bleibt ihr das unverwehrt. Nur gestatte sie uns, so frei zu sein, in Hinsicht der deutschen Politik, für die das chinesisches Volk ja den Kaiser verantwortlich machen mag, unversehens uns an die verfassungsmäßig allein zur Verantwortung zu ziehende Regierung zu wenden.

Indessen die „Münchener Allgemeine Zeitung“ macht ihren eignen chinesischen Mut wieder sofort dadurch zu Schanden, daß sie zwar dem Kaiser die Verantwortung im allgemeinen zuschiebt, in diesem Falle aber Leugnet, daß auf „seiner“ Politik die jetzigen Ereignisse zurückzuführen sind, die wir jetzt beobachten. Wir hatten uns auf das unbedachtige Zeugnis des Bischofs Anzer, des Leiters der Missionen in China, berufen, der klipp und klar ausgeführt hat, daß die Verfolgungen der Missionare in ihrem „ersten und bedeutendsten“ Grunde veranlaßt seien durch die Verletzung Kwantshous. Die gebildeten Chinesen hätten auf tiefste Belegenheit empfinden und selbstverständlich seitdem auf eine geeignete Belegenheit zur Rache gesonnen. Und die ungebildeten Chinesen machten dann alle Europäer, auch die nicht-deutschen, etwa östreichischen, Missionare für jene Eroberungspolitik verantwortlich.

Die „Münchener Allgemeine Zeitung“ wagt nun allerdings nicht, die Ausführungen Anzers im Wortlaut mitzuteilen; sie begnügt sich mit einem kleinen zusammenhanglosen Citat, aus dem der Sinn nicht ganz klar zu ersehen ist. Aber selbst wer nur dieses Citat liest, mit dem die „Münch. Allg. Ztg.“ zu entweichen sucht, muß über die plumpe Frechheit staunen, mit der das Blatt den Sinn zu fälschen bemüht ist, indem es bemerkt:

„Nach diesen Anzerischen Zeugnisse hat weder das kaiserliche Wort von der gepanzerten Faust, noch auch die Inbesitznahme von Kwantshou, oder sonst eine diplomatische, beziehungsweise

sich bei dem Mord um den individuellen Nachhalt eines beleidigten Gatten oder Vaters handelt, der im Jähzorn den ertappten Liebhaber niederschlug und den Leichnam zerstückelte, um die Theile getrennt und unauffällig fortzuschleppen zu können. Sieht man die Photographie des Getöteten, so begreift man, daß er Frauen gefallen konnte. Und er stand ja auch in dem Auf.

Daß die Untersuchung noch zu einem Ergebnis führen wird, jezt, wo beinahe vier Monate seit der That vergangen sind, wagt man kaum noch zu hoffen. Die Unterlassungssünden, die in den ersten Tagen begangen worden sind, können nicht mehr gut gemacht werden. König ist nicht so groß, daß nicht eine gründliche Durchsuchung aller Häuser nach den fehlenden Leichenteilen möglich gewesen wäre. Aber man hatte ja die Paktelwaunde, in die der obere Teil des Rumpfes eingnäht war, und als man festgestellt hatte, von welchem Schneidermeister sie stammte, glaubte man schon die Hand auf den Mörder gelegt zu haben. Daneben ging vom ersten Tag ab die amtliche Untersuchung, ob ein Ritualmord vorliegt. Die Synagoge liegt in unmittelbarer Nähe des Fundorts, also wurde dort geforscht. Aber jeder Gegenstand, der in den Wänden geworfen wird, muß in der Nähe der Synagoge gefunden werden, denn sie liegt durch einen später verbrannten und jezt wieder hergestellten Bretterzaun getrennt an dem einzigen Zugangsweg von der Stadt aus zum See. Diese ersten Schritte der amtlichen Untersuchung, bei der u. a. auch das Dienstmädchen des Rabbiners gefragt worden sein soll, ob diesem eine solche That zuzutrauen sei, haben die antisemitische Strömung mitgefördert. Seit vielen Wochen beschäftigen sich jezt Berliner Kriminalisten mit der Lösung des Rätsels. Ich wünsche den Herren vollen Erfolg, wüßte mich aber doch, wie die Berliner Kriminalpolizei in der Provinz eigentlich in den Auf gekommen ist, sie könne Kapitalverbrechen entdecken. —

Ich nehme Abschied von dem Städtchen. Das Scheiden wird einem nicht schwer. Selbst die nicht verdöhten Offiziere schenken sich nach der Weltstadt Grandenz zurück. Aber sie müssen bleiben und richten sich für längeres Weiben ein. Die Verheirateten unter ihnen haben ihre Frauen nachkommen lassen.

Ich will nicht undankbar sein. Ein menschliches Wort nehme ich doch aus König mit. Es steht über dem Eingang zum jüdischen Trauerader und lautet: „Der Gedanke unsrer Richtigkeit und Vergänglichkeit — das Bild unsrer Gleichheit und Brüderlichkeit.“ In Namenshöhe aber war darunter an die Mauer geschrieben: Depp! Depp!

militärisch-maritime Aktion, sei es von deutscher, sei es von anderer Seite, den Ausbruch zum Ausbruch des Bozer-Aufstands gegeben, sondern im allgemeinen das Risikovermögen der Chinesen mit der Ausdehnung des westlichen Einflusses in ihrem nicht mehr durch unübersteigbare Schranken abgeschlossenen Reich. Dieses Risikovermögen richtet sich auch keineswegs in erster Linie gegen die fremde Diplomatie oder die fremden Garnisonen, sondern gegen die Missionare, deren Tätigkeit das Eindringen abendländischer Geistes und abendländischer Unternehmungen in das Herrschaftsgebiet des Sohnes des Himmels nach sich gezogen habe.

In der That, einen solchen Schwindel bekäme selbst die „Post“ nicht fertig, wie dies vornehme Münchener Blatt. Die ganzen Ausführungen Ankers sind dem Nachweis gewidmet, daß der Haß der Chinesen gegen die Missionare nichts Ursprüngliches, sondern erst durch die Belegung von Kiautschow veranlaßt sei, worauf die ungebildeten Chinesen jeden Europäer mit der deutschen Aktion identifizierten — was dann den Aufstand gegen alle Fremden erklärt — und die „Münchener Allgemeine Zeitung“ hat den Mut, darin den Beweis zu sehen, daß die Politik der deutschen Faust nicht die Schuld trage. Die Fälschung ist nicht einmal abgefeimt, sie ist elende Stümpererei.

Aber dieser Versuch, die Schuld von Deutschland abzuwälzen, enthält zugleich eine schwere Beleidigung für die gegenwärtige deutsche Regierung, die sicherlich nicht davor zurückzureden würde, die Verantwortung für die notwendigen Folgen ihrer früheren Handlungen zu tragen, wie es das offiziöse bediente Blatt in ihrem Namen thut. Ja, eigentlich nicht einmal in ihrem, der Regierung, Namen, sondern im Namen des Kaisers! Hat die „Münchener Allgemeine Zeitung“ denn gar kein Gefühl dafür, daß sie — bei ihrer Anschauung von der Verantwortlichkeit des Kaisers — durch ihre Fälschung vor der Verantwortung die Person des Monarchen selbst in den unberechtigten Verdacht bringt, daß auch er nicht geneigt sein möchte, für seine Thaten und ihre notwendigen Wirkungen einzustehen? —

### Der „jüngste Fall von Streikterrorismus“

mit dem die „Post“ einen bösen Reinsfall erlebte, wird auch ferner von dem genannten Blatt und der übrigen Scharfmaacherpresse weidlich auszuflachten versucht. Hat nicht, dem Halleischen „Vollblatt“ entnommene Kennzeichnung des entlassenen Wüstemann auch den Ton der „Post“ etwas gedämpft, so giebt sie es doch noch nicht auf, aus dem Vorkommnis Kapital für ein neues Justizmandat zu schlagen. Die Angaben des „Vollblatt“ seien „unkontrollierbar“. Hebrigens siehe in dem Schreiben des Betriebsleiters nur, daß die Arbeiter Stellung gegen Wüstemann genommen hätten, weil er bei früheren Streiks als Arbeitswilliger fungiert habe. „Demnach“ ist nach der „Post“ dem Betriebsleiter von den übrigen Verleumdungen des W. nichts bekannt geworden. Warum „demnach“? Kann Herr Prinzler diese Umstände in dem Schreiben nicht verschwiegen haben — vielleicht absichtlich? Aus dem Bericht des Halleischen „Vollblatt“, den wir nicht in seinem vollen Umfange zum Abdruck gebracht haben, geht in der That hervor, daß der Betriebsleiter auch von den andern Gründen der Arbeiter durch deren Deputation erfahren hat. Es heißt dort: „Betriebsleiter Prinzler sagte natürlich, er habe nicht gewußt, was für ein Reich der W. ist.“ Daraus geht hervor, daß die Deputation, welche die Entlassung des W. forderte, auch die moralische Qualifikation des W. ins Feld geführt hat.

Gab die Firma dies in dem Schreiben nicht mit an, so hatte sie jedenfalls ihre Gründe; Gründe, die vielleicht bei den Scharfmachern sehr viel Verständnis finden werden. Jedenfalls ist es bemerkenswert, daß in dem Schreiben ganz überflüssigerweise die vollen Namen und die Berufsart der vier Delegierten der Arbeiterschaft angegeben sind. Von den Arbeitern selbst wird übrigens bezweifelt, daß W. das Empfehlungsschreiben aus eigenem Antriebe verlangt habe.

Neben der „Post“ nimmt auch die „Kreuzzeitung“ und das „Kreuz-Organ“ Stellung zu der Angelegenheit, selbstverständlich auch diese im Sinne der Scharfmacherei. Der „Kreuzzeitung“, die über den Fall leitartikelte, ehe sie Kenntnis von den Darlegungen des „Vollblatt“ hatte, wird die Ehre zu teil, von der „Post“ zum großen Teil abgedruckt zu werden. Die „Post“ findet, daß das „liberale“ Blatt „ganz den Standpunkt“ vertritt, den auch sie einnehme. Während die „Post“ „Jg.“ in Abendblatt unsere Ausführungen nachholt und sich bereits in der Rückzugsanstalt befindet, bringt des „Berliner Tagbl.“ noch in der Abendausgabe wohl das Schreiben des Betriebsleiters und jammert über den „Parteiunabhängigkeit der Socialdemokratie“, läßt aber die Kenntnisse der Arbeiter ganz unberührt.

Die „Germania“ erkennt an, daß, falls die Darstellung des „Vollbl.“ richtig ist — und daran ist nicht zu zweifeln —, man es ehrlichen und anständigen Arbeitern nicht verargen könne, wenn sie es ablehnen, mit einem solchen Menschen gemeinsam zu wirken.

Die „Germania“ verlangt aber trotzdem von uns in kategorischem Tone eine Antwort auf die „principielle Frage“: „Ist es ein berechtigtes Verlangen der Arbeiter, die Entlassung eines andern Arbeiters lediglich deshalb, weil derselbe bei einem früheren Streik als Arbeitswilliger sich mißlieblich gemacht hat, zu verlangen?“

Das ist eine ganz thörichte Frage. Es ist ganz unmöglich, alle Fälle von „Arbeitswilligkeit“ skalonenhaft zu behandeln. Im allgemeinen pflegen die Arbeiter nach Friedensschluß alles Vorgegangene der Vergangenheit zu übergeben. Wir können aber die Neugier des Centriumsblatts nicht soweit befriedigen, ob nicht auch Fälle denkbar sind, in denen die Arbeitswilligkeit so bösdartig in die Erscheinung trat, daß ein Zusammenarbeiten mit dem Treger der Solidarität ausgeschlossen erscheint. Das Urteil der anständigen Leute hat die Entscheidung.

Das Wahlrecht des Geldsüchtigen führt zu Folgen, die den Wohlstandselenden selbst nicht behagen. Landtagswählern in Bahr, Regierungsbezirk Sletting, war verwehrt worden, in der Wählerliste die Steuerveranlagung anderer Wähler einzusetzen, weil diese Einkünfte gegen die Geheimhaltung der Steuerveranlagungen verstoße; es wurde ihnen nur gestattet, den eigenen Namen und die eigene Steuerveranlagung einzusetzen. Das Oberverwaltungsgericht hat nun in dieser Frage folgende Entscheidung gefällt:

„In den Wählern, welche die Liste einsehen wollten, die mir bezüglich ihres eigenen Namens gestattet und ihnen jede weitere Einsicht abgelehnt worden, so hat der betreffende Beamte ungewissheit ein Verfahren beobachtet, das die Zwecke, die mit der Offenlegung verbunden sind, vereitelt. Die Liste muß auch über die steuerlichen Verhältnisse der einzelnen Bürger Auskunft geben, und es ist nicht gestattet, im Hinblick auf Bestimmungen der Steuererlasse die Offenlegung der Liste zu verkümmern. Insbesondere darf die Kenntnisnahme der eingetragenen Steuerbeiträge denen, welche Einsicht in die Liste nehmen wollen und dürfen, nicht verweigert werden. Das Recht auf Kenntnisnahme von dem Inhalt der Liste der stimmungsfähigen Bürger hat durch die auf die Geheimhaltung der Verhältnisse der Steuerpflichtigen abzielenden Vorschriften des Einkommensteuer-Gesetzes vom 24. Juni 1891 keine Einschränkung erfahren. Ein Verfahren, wie es im vorliegenden Fall beobachtet worden ist, hat die Ungültigkeit der Wahlen zur Folge, da es an der eine Voraussetzung für die Gültigkeit der Wahlen bildenden gesetzmäßigen Auflegung der Liste fehlt.“

Es giebt für die wohlhabenden Steuerzahler ein einfaches Mittel, dem Verfall ihrer Vermögensverhältnisse zu entgehen. Man befreit nur das unfruchtbare Dreifache und Geld-Wahlrecht, führe das gleiche Wahlrecht ein und in keiner Wählerliste braucht dem Namen des Wählers der Steuerbetrag, den er zahlt, beigefügt werden.

**Kandidatenwahl bei den Antisemiten.** Im Wahlkreis Bielefeld-Hofgeismar ist als antisemitischer Kandidat, wie bereits mitgeteilt, ein Fabrikbesitzer Rudolf Vogel aus Oberweiler bei Badenweiler aufgestellt worden. Ein Bericht der „Deutschen Wacht“ läßt einen Blick thun in die Art, wie bei den Antisemiten Kandidaten „gemacht“ werden. In der Versammlung, die Herrn Vogel zu einer antisemitischen Volksvertreter-Kandidatur verhalf, waren nach diesem Bericht „etwa 20 Vertrauensmänner“ anwesend, darunter die Abgeordneten Liebermann v. Sonnenberg und Werner, der Geschäftsführer der Partei Dr. Giese und der Kandidat Herr Vogel selber. Einer der Anwesenden ging vor der Abstimmung noch weg, ein anderer enthielt sich der Abstimmung.

Herr Vogel ist also von etwa einem guten Duzend Parteiführern zum Kandidaten gemacht worden und jetzt, nachdem der Kandidat proklamiert ist, liegen sich die Führer obendrein noch in den Haaren bedwegen. Die „Deutsche Wacht“ erklärt nämlich jetzt, daß sie diese von Herrn v. Liebermann betriebene „Aufstellung“ bedauert und daß für sie jede Empfehlung der Kandidatur ausgeschlossen sei.

Im Jahre 1894 veröffentlichte nämlich Herr Vogel in den deutsch-socialen Blättern, auch einem antisemitischen Blatt, verschiedene Artikel, in denen ein Herr Weller, damals Redacteur der „Deutschen Wacht“ und Reichstagskandidat der Antisemiten im Jahre 1898, der ehrenrührigsten Dinge bezichtigt wurde. Das hat zwar Herrn Weller in der antisemitischen Partei keinen Abbruch gethan, aber auch Herr Vogel hat seine Freunde behalten.

Man kann sich nun noch auf ein kleines Zwischenspiel gefaßt machen, wobei sich hoffentlich Zimmermann-Weller auf der einen und Liebermann-Vogel auf der andern Seite nicht zuviel Zwang anthun. Den antisemitischen Wählern wird es übrigens nichts thun, welche von beiden Gruppen schließlich als Sieger auf dem Kandidaten-Kampffeld zurückbleibt; sie haben ja doch nichts dazu zu sagen.

### Wie man Socialdemokraten züchtet!

Die „Post“ hat sich kürzlich den Kopf der Socialdemokratie zerbrochen und erörtert, wie diese es anfängt, nach und nach alle Verlehrsarbeiter und schließlich das Heer und die Marine für ihre Ideen zu gewinnen. Das Organ des Herrn von Stumm geht durchaus nicht fehl in der Annahme, daß die Socialdemokratie alle Arbeiter zu gewinnen trachtet. In diesem Bestreben findet sie reichliche Unterstützung bei der Regierung und den herrschenden Parteien. Recht drastisch zeigt sich das wieder an der Beurteilung, welche die Vorschläge der Kommission für Arbeiterstatistik bezüglich des **Arbeiterbeschlusses im Gastwirts-Gewerbe** seitens der betreffenden Arbeiterkategorie erfahren.

Jetzt sind es genau zehn Jahre, seitdem der damalige Minister v. Berlepsch auf Anregung socialdemokratischer Redner im Reichstag erklärte, daß die Lage der Gastwirtsgehilfen eine Besserung dringend heische und daß diese durch ein Specialgesetz herbeigeführt werden solle. Sieben Jahre lang haben dann die statistischen Erhebungen seitens der Kommission für Arbeiterstatistik gebauert, Berge von Material, das geradezu ungeheuerliche Zustände in diesem Gewerbe feststellte, wurden zusammengetragen. Jeder, der das Material näher prüfte, mußte erwarten, daß die Kommission, auf deren Urteil die Regierung sich natürlich stützt, tiefgreifende Vorschläge zu Gunsten der über 1/2 Million zählenden Arbeiterkategorie machen werde.

Auch die Angestellten selbst hofften dies natürlich; hatten sie doch äußerst bescheidene Wünsche gestellt und so warteten sie geduldig sieben lange Jahre. Was die Vorschläge der Kommission bringen, das haben wir schon mitgeteilt; diese letzte socialpolitische That wird am besten gekennzeichnet durch den Vorschlag einer Ruhezeit von acht Stunden. Mit diesen Worten gesagt, heißt dies eine Arbeitszeit von 16 Stunden. Mit diesem „Fortschritt“ sollen aber auch nur die Kellner, Köche, Köchinnen und Mansells begnadet werden.

Wie sehr diese Art von Socialreform selbst in den Kreisen der äußerst anpruchsvollen gastwirtschaftlichen Arbeiter erbittert, davon hier eine Probe. Die „Hotel Revue“, das Organ eines sehr „patriotischen“ Kellnerverbandes, schreibt:

„Man aber keine Schamung mehr! Wenn sich diese Kommission, die im Laufe der Jahre vollständig verändert zu sein scheint, zu weiter nichts aufschwimmen konnte, als zu so kümmerlichen Vorschlägen, und diese trotz des Kongreß-Berichts, der ihr also vorgelegen hat, auch noch bestätigte, so soll sie sich mit ihrer ganzen socialpolitischen Puscharbeit begraben lassen. Man bietet uns **Streichholz Brot**. Aber wir werden die Antwort nicht schuldig bleiben.“

Bei dieser Sachlage verzichten wir vollständig auf eine Besserung der Verhältnisse auf dem Wege der Verordnung durch den Bundesrat, von dem ebensovornig zu erhoffen ist, als von der hiesigen Kommission. Wir werden vielmehr auf das vom Minister v. Berlepsch verprochene Specialgesetz dringen und erwarten vom Reichstag eine andere, unseren Forderungen günstigere Haltung.

Und diese Hoffnung ist nicht ausichtslos. Wir wissen aus guter Quelle, daß den Wünschen der Gastwirts-Gehilfen außer der socialdemokratischen Forderung auch die Nationalliberalen und Konservativen, vielleicht auch die Freisinnigen geneigt sind, daß wir also eine Mehrheit für uns haben werden. Dagegen ist auf das Centrum wahrscheinlich nicht zu rechnen; der Münsterische katholische Professor, Abg. Dr. Giese, muß es übel vermerkt haben, daß der von katholischen Kaplänen in Aden a. Rh. begründete Kellnerverband mangels Teilnahme so bald wieder entlichsel und die Erwartungen des Centriums täuschte. Dieser biedere Volksbegleiter scheint nun am Kellnerstand Vergeltung üben zu wollen. Sonst hätte er als Notador der Kommission in Gemeinschaft mit Volkstheurer die Beschlüsse der Kommission sicher in kellerfreundlichem Sinne beeinflusst.

Wir werden den Mut nicht sinken lassen; wir appellieren an den gesunden Sinn des Reichstags, daß er über die Beschlüsse der Kommission zur Tagesordnung übergehe und ein Gesetz im Sinne der Gehilfenschaft schaffe. Wir appellieren an das Mißgefühl des ganzen deutschen Volks, von dem die Gastwirtsgehilfen einen so großen, nicht unwichtigen Teil bilden, mit dem fast jedermann beständig in nähere Berührung kommt. Wir appellieren an die Mißbilligung der mächtigen Tagespresse, daß sie uns ihren Schutz in der Stunde der Entscheidung nicht verweigere. Wir appellieren an das Gerechtigkeitsgefühl der ganzen gestimmten Welt, die mit sicherem Instinkt herausfühlen muß, welches schwere Unrecht einer einzelnen Bevölkerungskategorie zugefügt werden soll. Wir appellieren endlich an das Ständegedühl der deutschen Gehilfenschaft im Gastwirtsgebetriebe selbst, daß sie sich solcher **Skabenverordnung**, wie vorgeschlagen, nicht ohne Kampf füge und mit und zu jedem Opfer bereit sei, das herbe Schicksal vollständiger Anrechtlosigkeit und socialen Todes, das ihr von jener nichtsnutzigen Kommission zugebracht ist, abwenden zu helfen.“

So das Kellner-Nachblatt, dessen Redacteur sich sonst sonst patriotischen und monarchischen Gesinnung sehr zu rühmen pflegt. Aber das „Gift der Unzufriedenheit“ schleicht überall um. Wo es der Socialdemokratie, wie hier, wegen der patriarchalischen Arbeitsverhältnisse etwas schwer wird, Eingang zu finden, führt die Regierung und die herrschenden Parteien die Waffe der Arbeiter ihr zu.

### Ausland.

#### Das italienische Regierungsprogramm.

In der Deputiertenkammer verlas Ministerpräsident Saracco eine Erklärung des Ministeriums. Sie fordert die Deputierten auf, ihrerseits dabei mitzuwirken; daß die parlamentarischen Arbeiten in ruhiger Weise vor sich gehen, damit man hierdurch dem Lande diejenigen Wohlthaten sichere, auf welche es Anspruch hat. Die verschiedenartigen Strömungen, welche den modernen Geist bewegen, erzeugten unvernünftige Wünsche. Inmitten dieser Träume habe die

große Mehrheit des Landes und das Parlament eine unerschütterliche Grundlage in ihrem Vertrauen zu den freien Einrichtungen. „Dieses Vertrauen allein“, so fährt die Erklärung fort, „hat uns veranlaßt, uns unter den gegenwärtigen Verhältnissen in den Dienst des Königs und des Vaterlands zu stellen. Es ist nicht der Moment, große Programme aufzustellen. Die Wirtschaftspolitik des Landes, die Organisation der Justiz, der Verwaltung, der Finanzen, der Schule und des Heeres werden Gegenstand von Reformen seitens der Regierung und des Parlaments bilden. Wir sind fest überzeugt, daß die Unzufriedenheit im Volke auf die wirtschaftliche Nothlage zurückzuführen ist. Unsere erste Pflicht wird sein, dem Parlament Maßregeln vorzuschlagen, um wenigstens teilweise den wirtschaftlichen Nothstand zu verringern. Später werden wir dann nach eingehenden Studien unser Programm wichtiger Reformen darlegen. Die Regierung wird niemals allzu weitgehende Versprechungen machen, aber die Zeit ist gekommen, durch Thaten zu zeigen, daß wir die Nothwendigkeit einsehen, die Gefahren einer Sachlage zu vermeiden, welche in einem gewissen Augenblick bedrohlich werden könnte.“

In der Eile müssen wir uns jetzt darauf beschränken, von der Kammer zu verlangen, daß sie vorläufig dem Budget ihre Zustimmung gebe sowie dringenden Maßregeln, um den regelmäßigen Gang der Verwaltung zu sichern, und ferner dafür Sorge zu tragen, daß das Parlament wieder in normaler Weise arbeite. So wie wir von der größten Hochachtung für die Majestät der Volksvertretung erfüllt sind, verlangen wir auch von allen Parteien die gleiche gegenseitige Achtung, und daß man wieder sich die Wahrung in der Haltung und im Ausdruck zu eigen mache, welche immer der Rednertribüne in der italienischen Kammer zum Ruhme gereichten.

Wir werden eifrig darauf bedacht sein, den öffentlichen Kredit intakt zu halten, das Gleichgewicht des Budgets zu befestigen, die wirtschaftlichen Kräfte des Landes weiter zu entwickeln und jeder Unordnung durch eine fleißige und energische Verwaltung vorzubeugen. Gestützt auf ihr Vertrauen, fest in dem Beschluß, uns nicht von den guten, gesunden Regeln des konstitutionellen Parlamentarismus zu entfernen, werden wir die ganze und volle Verantwortlichkeit auf uns nehmen.

Am Schluß seiner Ausführungen sagt Saracco, sein langes und bescheidenes Leben näherte sich seinem Ende, er sei daher frei von Ehrgeiz und der Leidenschaftlichkeit der Parteien. Als alter, dem Könige ergebener Liberaler fordere er diejenigen zur Einigkeit auf, die mitarbeiten wollen, die freiheitlichen Institutionen zu heben, die Organisation des Staats zu festigen und das Prestige und die Kraft der Dynastie zu mehren.

Das Haus hörte die Erklärungen Saraccos mit großer Aufmerksamkeit an. Saal und Tribünen waren stark besetzt; alle Minister waren anwesend. Nachdem Saracco seine Rede beendet hatte, beschloß das Haus, am folgenden Tage die Wahl des Präsidenten vorzunehmen und dann in die Beratung über die ministeriellen Erklärungen einzutreten.

### Die beginnende Wahlbewegung in den Vereinigten Staaten.

New York, 15. Juni.

Außer der in allen 45 Staaten am 6. November vorzunehmenden Erwählung der „Electoren“ (Wahlmänner), welche ihrerseits im folgenden Monat Präsident und Vice-Präsident der Vereinigten Staaten zu wählen haben, sowie — mit Ausnahme von Oregon, wo dies bereits Anfang dieses Monats geschehen — der Abgeordneten zum Repräsentantenhaus des Bundeskongresses, finden im selben Monat in 28 Staaten volle oder teilweise Staatswahlen statt. Wir werden diesmal also eine recht lebendige Wahlkampagne haben! Ein „volles Fickel“ (Gouverneur, sonstige Staatsbeamte und Legalatur-Abgeordnete) ist in den Staaten Connecticut, Ohio, Illinois, Indiana, Kansas, Massachusetts, Michigan, Nebraska, New York, South Carolina und Texas anzustellen; in Colorado, Missouri, Montana, New Hampshire, N. Carolina, N. und S. Dakota, Tennessee, Utah und Washington sind Gouverneur und sonstige Staatsbeamte zu wählen; in Delaware ein Gouverneur, in Ohio ein Staatssekretär etc., in Iowa ein gleiches, in Pennsylvania zwei Legalatur-Abgeordnete. Recht heiter kann es im „blutigen“ Kentucky werden, dem wegen seines „Old Rye Whisky“ (altem Kornbranntwein) berühmten und wegen seines in den Gebirgen von „Kondschelnern“ getrauteten allermiserabelsten Zufalles ebenso berühmten Staat.

Dort sind außerordentlich ein Gouverneur und Lieutenant-Gouverneur zu wählen. Bei der letzten Wahl beanspruchte sowohl die demokratische wie republikanische Partei den Sieg für diese Ämter, die — in ihrer großen Mehrheit demokratische — Legalatur sprach ihn der ersteren zu und die Sache schwebte noch vor dem obersten Staatsgericht, als der demokratische Gouverneurs-Absprant, Göbel, ermordet wurde; worauf, da im Todesfall des Gouverneurs auf bestimmte Zeit der Lieutenant-Gouverneur an dessen Stelle zu treten hat, der demokratische Kandidat für dieses Amt den Posten besetzte. Die Führer der republikanischen Partei widersetzten sich allen bezüglichen Maßnahmen, ihr Gouverneurs-Absprant Taylor berief sogar eine Legislativtagung nach einem in republikanischer Segend“ belegenen Ort, während dieselbe laut Konstitution in der Hauptstadt zu tagen hat; es hatte mehrmals den Anschein, als ob es zu Nord und Südschlag kommen würde. Das Staatsgericht gab aber seine Entscheidung zu Gunsten des demokratischen Kandidaten ab, das Oberverwaltungsgericht, an welches die Republikaner appellierten, erklärte sich als inkompetent, und damit trat endlich Ruhe ein. Inzwischen hatte die Untersuchung über die Ermordung Göbels angeblich ergeben, daß ein Komplott republikanischer Parteiführer vorlag; es wurden Anklagen gegen mehrere derselben erhoben, zuletzt auch gegen Taylor, der sich indessen nach Indiana drückte, dessen Gouverneur seine Anklageverweigerung.

Der demokratischen Partei, welche den „Kampf gegen die Trusts“ für die bevorstehende Wahlkampagne als eine ihrer hauptsächlichsten Parolen auf die Fahne geschrieben hat, ist dieselbe durch eine recht interessante und lehrreiche Episode in der Metropole in sehr unangenehmer Weise „alteriert“ worden. Der „Eis-Trust“ hatte eine Erhöhung des Eispreises auf beinahe das Doppelte des früheren Tages angeündigt, worauf das dem Silberminenbesitzer Hearst gebührende „Journal“ (unzweifelhaft weniger aus „Sensations-“Bedürfnis, als aus Rache dafür, daß die New Yorker demokratische Staatskonvention die „Silberplank“ aus ihrer Plattform gestrichen hatte, den Umstand aufdeckte, daß die hervorragenden Führer der demokratischen Partei in der Stadt New York an jenem Trust beteiligt seien, so u. a. der Mayor (Bürgermeister) Van Wpd, welcher 4000 Aktien desselben besitze. Derselbe — welcher sein eigenes großes Vermögen besitzt, resp. besitzen hat — will das benötigte Geld, 250 000 Dollars, vom Präsidenten des Eisstruffs „geliehen“ haben, während andererseits „vermutet“ wird, er habe die Aktien als Belohnung dafür erhalten, daß er einen zum Racheil des Trusts gefaßten Beschluß des Stadtrats bezüglich Ueberlassung städtischer Docks an denselben gegen eine weit unter dem regulären Satz stehende Miete mit seinem Veto befehligte hatte. Es kam dann weiter an Licht, daß derselbe, zur Partei der „Trust-Killer“ (Töter) gehörende Herr für ebenfalls 250 000 Dollar Aktien einer vorigen Jahr gegründeten, vom Standard Oil Trust „kontrollierten“ Kupferminen-Gesellschaft besitzt!

Noch eine andre Blase ist durch die Affaire aufgestochen worden. In der „Central Federated Union“, diesem Centralkörper der „Pure and Simple“, sowie der früher einmal „Progressiv“ gewesenem Gewerkschaften brachte einer der Delegaten die Eisenstruff-Angelegenheit aufs Tapet. Das gab aber einen Tanz! Die ganze Sitzung gehörte den Schlepfern der demokratischen und republikanischen Partei, welche bei dieser Gelegenheit ihre Rache vollständig fallen ließen. Ein Vorpiel zu dem, was die bevorstehende Wahlkampagne bringen wird!

Schweiz.

Basel, 25. Juni. (Eig. Ber.) Das Wohnungsgesetz wurde in der gestrigen Volksabstimmung leider verworfen, und zwar mit 4412 Nein gegen 2966 Ja. Dieses Abstimmungsresultat ist sehr zu bedauern und es drängt sich die Annahme auf, daß im Kanton Basel wie in der ganzen Eidgenossenschaft auf längere Zeit hinaus keine Aussicht für irgend einen größeren socialpolitischen Fortschritt besteht. Bemerkenswert ist vor allem wiederum die geringe Beteiligung der Bürger an der Volksabstimmung; von ca. 13000 Stimmberechtigten sind nur etwas mehr als 30 Proz. an die Urne gegangen, ein neues Zeichen der Abstimmungsunfähigkeit der Bürger. Zugabegeben ist immerhin, daß das verworfene Wohnungsgesetz nicht sehr geschickt abgefaßt ist; es sieht zu sehr polizeilich und bürocratisch aus, und dafür ist nun einmal die Mehrheit des Schweizer Volkes nicht zu haben, sich neue Wege in Gestalt einer mächtigen Bureaucratie zu schaffen. Mit dieser Volksabstimmung sollte von den Politikern und Gesetzgebern mehr als es gewöhnlich geschieht, gerechnet werden, sie würden dann weniger pro nihilo gesetzgeberisch arbeiten müssen.

Frankreich.

Generalstab gegen Kriegsminister. Mehrere Pariser Blätter melden, Generalstabchef Delanne habe einen Tagesbefehl erlassen, in welchem er, ohne im geringsten den vom Kriegsminister André vorgelagerten Ernennungen Rechnung zu tragen, anordnete, daß die abberufenen Offiziere, deren Vertreter sowie die Vicedirektoren in den einzelnen Abteilungen ihren Dienst weiter zu versehen haben. „Gaulois“ bemerkt dazu, daß diese Entscheidung Delannes überaus ernst sei und sie beweise, daß der Generalstabchef sich amtlich geweigert habe, die vom Kriegsminister getroffenen Maßnahmen anzuerkennen. Trotz des Widerstrebens der Regierung werde die Angelegenheit noch vor Schluß der Session in der Kammer zur Sprache gebracht werden.

Paris, 27. Juni. (W. Z. B.) Auf dem Internationalen Kongreß für sociale Arbeiterversicherung referierten gestern die Herren Dr. Rodder und Zacher. Der Professor der Rechte an der Universität Paris, Jahn, und Graf Strajenski sprachen sich mit Nachdruck für die obligatorische Versicherung aus und zollten dem deutschen System Beifall. Heute abend wird der Kongreß im Handelsministerium empfangen.

Belgien.

Brüssel, 26. Juni. („Voss. Zig.“) Am 2. Juli beginnt vor dem Grabanter Schwurgericht in dem Brüsseler Justizpalaste der Prozeß Sipido, das heißt die Verhandlung über den Anschlag, der auf dem Brüsseler Nordbahnhof gegen den Prinzen von Wales verübt worden ist. Die Untersuchung hat ergeben, daß es sich um einen wahren Tummenjungenstreich handelt, an dem vier geistig unreife, sonst des besten Vermögens geachtete Burschen beteiligt sind, daß der Anschlag die Folge einer albernem Wette ist. Sipido hatte sich erboten, für 5 Fr. auf den Prinzen von Wales zu schießen, eine Wette, die die Mitwettenden Preise und Verluste nur als einen Scherz ansahen. Es fehlt also dem Anschläge jede ernste Bedeutung; überdies war die Waffe ein alter, nicht recht dienstfähiger Revolver. Um so verblüffter ist man in Brüssel, daß der Vorsitzende des Schwurgerichts, der Rat Jamar am Appellhofe, Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung trifft, die der ganzen Geschichte einen Ansehensverlust einbringen sollen, in Wahrheit aber nur berechtigtsten Spott hervorzurufen. So werden die Wachen des Schwurgerichtssaales verdreifacht; 80 Gendarmen in bürgerlichem Gewande werden im Saale verteilt, die Anwälte dürfen nur im Amtsgewande, die Zeitungsberichterstatter nur mit Sonderkarten ausgerüstet den Saal betreten. Den Zeichnern illustrierter Blätter ist der Eintritt nicht gestattet, jedes Zeichnen im Saale ist streng verboten. Selbst den kleinen Zeitungsboten, die den Zeitungen stückweise die Berichte ihrer Berichterstatter überbringen, ist der Zutritt zum Saale nicht gestattet.

Afrika.

Vom Voerenkrieg.

Das „Neuerliche Bureau“ meldet aus Maseru vom 26. Juni, daß eine Abteilung Basuto-Arbeiter, welche unter englischen Ingenieuren bei Kroonstad arbeiteten, von den Voeren angegriffen wurden. Sie verloren 20 Mann an Toten und Verwundeten und 200 wurden gefangen genommen. Dieser Vorfall ereignete sich gleichzeitig mit dem Unglück, welches das Derbyshire-Regiment betraf und bei welchem die Eingeborenen zugegen waren, die nun glauben, daß die Voeren die Engländer zurückdrängen. Der Interkommissar in Ladysburg wurde nach Maseru zurückgerufen, da wie verlautet, der Voeren Führer Oldier, mit einem Kommando von Süden kommend, die Reihen der Briten durchbrochen hat.

Amlich wird bekannt gemacht, daß keine Truppen vor Beendigung des Kriegs Südafrika verlassen werden. Aus Kapstadt wird berichtet: Die Mitglieder der gesetzgebenden Versammlung Botha und Sauer sind unter Anklage des Hochverrats verhaftet worden. Botha hatte die holländischen Distrikte der Kapkolonie bereist.

Gewerkschaftliches.

Deutsches Reich.

Ziegelei-Arbeiterbewegung in der Mark.

In Lehmin waren die Arbeiter der Ziegelei Probs in eine Lohnbewegung eingetreten. Sie verlangten eine Zulage von 10 Pf. pro 1000 Steine zu streichen. Obwohl die Erhöhung doch nur einem Lohn entsprechen würde, wie er sonst überall in der Mark bezahlt wird, lehnte der Unternehmer die Forderung ab. Darauf kündigten die Arbeiter. Die übrigen Ziegeleibesitzer warteten nun gar nicht erst ab, ob ihre Arbeiter ebenfalls die Forderung stellen würden, sondern kündigten 8 Tage später allen Arbeitern, und verpflichteten sich bei 1000 M. Konventionalstrafe, keinen derselben wieder einzustellen. Aber nicht genug damit, verfolgt man die Ausgesperrten auch nach außerhalb, so daß einige Arbeiter, die in Werder und anderwärts Arbeit gefunden hatten, wieder entlassen wurden. Die Unternehmer Schulze in Lehmin und Schulze in Rahmit zogen ihre Einwilligung, die sie, ohne daß es zum Streit gekommen war, gegeben hatten, wieder zurück. Die Haltung der über 400 ausgesperrten Arbeiter, welche alle dem Fabrik-, Land- und Hilfsarbeiter-Verband angehören, ist eine muster-gültige, der größte Teil derselben ist abgereist, und hat an entfernteren Orten Arbeit bekommen. Streikbrecher am Orte sind nicht zu verzeichnen, leider aber sind vom Central-Arbeitsnachweis in Berlin (1) 50 Arbeiter nach Lehmin gekommen, um hier ihren Erdbären in den Mägen zu fassen. Wenn es den Arbeitern gelingt, den Zugang von Streikbrechern zu verhindern, so ist ihnen der Sieg gewiß. Bewilligt hat bis jetzt nur Wahnstedt in Regen, welcher sofort 26 Mann mehr einstellte. Im Streit resp. Aussperrung befinden sich folgende Ziegeleien: Probs, Schale, Brach, Sebran und Gustav Schulze in Lehmin, Georg Schulze, Wilschdorf, Krummvieler, Rabel, Große-Regen und Friedr. Schulze-Rahmit. Alle Arbeiter-Blätter werden um Abdruck gebeten. Zugang ist fernzuhalten. Eventuelle Anfragen an B. Funk, Berlin N., Stettiner-Str. 26.

Zum Veltener Töpferstreik. Der Streik der in den Veltener Ofenfabriken beschäftigten Arbeiter ist am Sonnabend allgem. ein geworden. Ueber die Verhältnisse, welche diesen Kampf gerechtfertigt haben, ist vorige Woche an dieser Stelle ausführlich berichtet worden.

Von 1300 in den Fabriken beschäftigten Arbeitern (Töpfer, Glasflüßchenarbeiter, Auscher, Brenner usw.) legten 1250 einmütig die Arbeit nieder. Nachdem die Arbeiter alles versucht hatten, um den Streit auf gutlichem Wege beizulegen, riefen sie am Montag, nachdem die Arbeit niedergelegt war, sofort den Herrn Landrat v. Steinmeißer als Vermittler an. Auch die Bemühungen dieses Herrn, welcher sich stundenlang in anerkennenswerter Weise bemühte, die Fabrikanten zum Frieden zu bewegen, scheiterten an der Hartnäckigkeit dieser Herren. Einige derselben haben sich bemüht, uns in vielen anderen Betrieben der Umgegend von Veltens die Arbeit abzuschnitten, in einigen ist es, wie es scheint, geglückt, da man daselbst keine Veltener Arbeiter in Arbeit nimmt, im allgemeinen jedoch ist der Erfolg, den diese Herren gehabt haben, ein sehr minimaler. Die Haltung der Streikenden ist eine muster-gültige, sie sind gewillt, in diesem Kampf auszuharren, bis die Herren Zugeständnisse gemacht haben. An die deutsche Arbeiterschaft richten wir die Bitte um moralische und materielle Hilfe, denn wird der Sieg umher sein!

Als Zuschriften richtete man an Arthur Schmidt, am Westendsendungen an H. B. Trämer, beide in Veltens, Victoriastr. 17, Restaurant Lützenhof.

Die Hutmacher in Lu-nwalde haben voransichtlich eine Lohnbewegung zu gewärtigen wegen beträchtlicher Lohnherabsetzungen, bis zu 20 Proz., die in der gegenwärtigen unglücklichen Geschäftszeit bis jetzt von zwei Fabrikanten bei etwa 40 Arbeitern verübt wurde. Da aber die Arbeiter diese Lohnrückstellungen zurückweisen, erfolgte deren Entlassung. In der Hutfabrikation in Ludenwalde sind gegenwärtig etwa 1200 Personen beschäftigt, wovon nahezu die Hälfte weibliche und eine erhebliche Anzahl jugendliche Arbeiter, für äußerst niedrige Löhne thätig sind. Es ist daher auch verständlich, daß eine am Montag stattgehabte und sehr stark besuchte Volksversammlung sich mit den bisherigen Ausgesperrten einmütig solidarisch erklärte.

Die Kemper in Kiel haben am Dienstagabend in geheimer Abstimmung mit 75 gegen 2 Stimmen die Arbeitsniederlegung zu Montagmorgen beschlossen, nachdem die Jünung die zwischen dem Gesellenvereinsrat und dem Innungsvorstand vereinbarte Abmachung eines Normallohns von 45 Pf. für sämtliche und von 48 Pf. für selbstständig arbeitende Kollegen, verworfen hätte. Aufgestellt wurde wieder die ursprüngliche Forderung: 60 Pf. Stundenlohn für selbstständig arbeitende und 45 Pf. Minimallohn für sämtliche Kollegen.

Progentum. In Magdeburg hatten die Metallarbeiter sich an die Unternehmer gewandt mit Lohnforderungen von recht bescheidenem Umfang. Die minimalen Forderungen sind seitens der Unternehmer nicht einmal Gegenstand von Verhandlungen gewesen. Die Antwort lautet kurz:

Magdeburg, den 18. Juni 1900.

Herrn Otto Vog, Magdeburg. Wir haben Ihr Circular, datiert im Juni 1900, am 7. d. M. erhalten. Da Sie sich mit diesem Circular an die einzelnen Arbeitgeber gewandt, so lehnen wir es ab, auf seinen Inhalt hier einzugehen und haben demgemäß auch keinen Anlaß zu einer Konferenz.

Hochachtungsvoll Der Verband der Metallindustriellen Magdeburgs und Umgegend. Tenzel, Vorsitzender.

Die Metallarbeiter nahmen in einer Zahl von 3500 Stellung zu diesem Schreiben; sie werden sich dabei nicht zufrieden geben. Beweis sollen zunächst noch alle Mittel erschöpft werden, die geeignet sind, eine friedliche Lösung herbeizuführen, die Metallarbeiter Deutschlands werden aber schon jetzt ersucht, den Zug nach Magdeburg fern zu halten.

Die Former Rärnbergs befinden sich bereits seit 9 Wochen im Streit. Sie kämpfen um den Neunstunden tag, den ihnen die Unternehmer nicht bewilligen wollen. Bei der Firma Braun sind 120 Mann in den Ausstand getreten, davon sind nur 8 Mann abtrümmig geworden; allerdings ist es der Gesellschaft gelungen, 48 Arbeitswillige, alles minderwertige Kräfte, zu gewinnen. In einer Versammlung wurde bemerkt, daß sich das städtische Arbeitsvermittlungsbüro wiederum glänzend als Arbeitswilligen-Lieferungsbureau bewährt habe.

Ein Arbeiter-Sekretariat haben die Gewerkschaften Tuttlingens errichtet. Dasselbe wird am 1. Juli eröffnet werden. Alle Briefe, Geldsendungen etc. sind zu richten an Karl Zimmermann, Tuttlingen, Schaffhäuserstr. 24.

Sociales.

Löhne städtischer Arbeiter. Ueber die Löhne der in einer Lohnbewegung befindlichen städtischen Arbeiter in Stettin, deren Forderungen in der nächsten Stadtverordnetenversammlung zur Verhandlung kommen werden, macht das Organ des Magistrats, die „Neue Stettiner Zeitung“, folgende Mitteilungen:

Die Löhne betragen für die ständigen Arbeiter, von denen 160 bis 170 beschäftigt sind, bei einer Arbeitszeit von 7 Uhr morgens bis 12 Uhr mittags einschließlich 1/2stündiger Mittagspause, und von 2 Uhr nachmittags bis 7 Uhr abends einschließl. 1/2stündiger Vesperzeit, innerhalb der ersten 3 Jahre 2,30 M., für Ueberstunden wurde der zehnte Teil ihres Tages-Lohnsatzes gezahlt, vom 3. bis 6. Jahre erhielten sie einen Tagelohn von 2,50 M., und nach 6 Jahren 2,70 M. Die nicht ständigen Arbeiter erhalten einen Tagelohn von 2,50 M. Die ständigen Arbeiter sind in zwei Kolonnen geteilt, welche abwechselnd Sonntags vormittags einige Stunden thätig sind, sie erhalten jedoch sämtlich dafür den vollen Tagelohn. Hierdurch stellt sich der Tages-Lohnsatz in den ersten drei Jahren durchschnittlich auf 2,70 M., in den darauf folgenden Jahren auf 2,90 M. und nach 6 Jahren auf 3,15 M. und zwar ununterbrochen Winter und Sommer. (Aber doch nur, wenn die Sonntagsarbeit als Gratisarbeit betrachtet wird! Red.)

Es beweist derartige Hungerlöhne gegenüber einem ungemessenen social- und kommunalpolitischen Tiefstand des Stettiner Stadtverordnetenkollegiums, wenn es die Forderungen der städtischen Proletarier ablehnen würde.

Die Landproletarier haufen. Einen drastischen Beitrag zu diesem von uns so oft behandelten Kapitel liefert folgender Vorfall: Das Amtsgericht in Strelno hat am 9. Mai 1900 gegen den Arbeiter Nikolaus St. einen Strafbeschl. auf Zahlung von 15 M. bezw. 3 Tage Haft wegen Verlassen des Dienstes ohne gesetzmäßige Ursache erlassen. St. stand bei einem Rittersgutbesitzer in Sulow in Diensten, der ihm zumute, mit seiner Familie und der seiner Schwiegereltern, zusammen mit 14 Personen, eine Stube zu bewohnen. St. vermochte einen derartigen Zustand nicht zu ertragen und verließ den Dienst. Das Amtsgericht in Strelno erließ jedoch in den grovenhaftesten Verhältnissen des St. keine gesetzmäßige Ursache für das Verlassen des Dienstes, weshalb es obigen Strafbeschl. erließ. Trotzdem existiert für unsre Agrarier nur ein städtisches Wohnungsseind und die Leute suchen sich ihren nur ein Beweis für die bedenkliche Zunahme einer auschweifenden Genußsucht!

Die Lohnausbesserung der Zwickauer Bergarbeiter behandelt ein Artikel des „Sächsischen Volksblatts“, der den zahlenmäßigen Nachweis erbringt, daß es sich bei dieser in der Zwickauer Unternehmerpresse so marxistischer verherlichten Lohnausbesserung, die man gar als Ursache für die Steigerung der Kohlenpreise zu erklären die Stirn hatte, um viel Geld und wenig Wollle handelt. Die Lohnausbesserung der Zwickauer Bergarbeiter besteht darin, daß man zwar die Schichtlöhne (Löhne pro 12stündige Arbeitszeit) und teilweise auch die Gedinge (Leistung einer gewissen Menge Arbeit um einen bestimmten Lohn) um ein Geringes, nämlich den Schichtlohn um 5—25 Pf., das Gedinge um 10 Pf. aufgebessert hat, daß dafür aber das Baugeld (die Entschädigung für den

Wiederausbau, die Steigung des in die Steinmassen gehauenen Gangs) in Wegfall gekommen ist. Da nun zur Sicherung des Weiterabbaus weitergebaut werden muß, ohne daß es eine Entschädigung dafür giebt, so beträgt vielfach die Lohn-erhöhung gerade so viel, wie das in Wegfall gekommene Baugeld betragen hätte, von einer wirklichen Lohnerhöhung kann also keine Rede sein. Bei einer guten Abbaustelle allerdings kann bei großem Fleiß infolge der Erhöhung des Gedinges ein etwas höherer Verdienst erzielt werden, bei schlechten Abbaustellen dagegen, wo die Förderung nur langsam vor sich geht und das „Bauen“ viel Zeit erfordert, kann der Verdienst der Arbeiter trotz der „Lohnerhöhung“ noch unter das Niveau des früheren Verdienstes fallen. Die Grubenverwaltungen fahren trotzdem fort, diese famose Lohn-erhöhung als Grund für immer weitere Kohlenpreissteigerungen vorzuschützen.

Sociale Rechtspflege.

Der Bedenkhalts-Besitzer Jungermann verlangt im Klagewege von der Kassiererin G. 15 M. ersatt, die er einem jungen Mädchen laut Quittung am 9. März 1900 für Verretungen gezahlt hat. Die Empfängerin hat die Beklagte öfter an Sonntagen verretet, und zwar in der Zeit vor dem 1. Oktober 1899, an welchem Tage das Arbeitsverhältnis des Mädchens G. bei dem Kläger gelöst wurde. Die Beklagte bestritt jede Verpflichtung. Die Kammer VI des Gewerbegerichts, vor welcher die Sache verhandelt wurde, vernahm die Vertreterin als Zeugin. Diese gab zu, der Beklagten seiner Zeit auf die Frage geantwortet zu haben, sie wäre ihr für die Verretung nicht schuldig. Die Zeugin nahm infolge gewisser Erfahrungen an, daß Jungermann sie entschädigen würde. Eine Legidgenossin der Beklagten hat diese ebenfalls mehrfach „aus Gefälligkeit“ vertreten. Der Kläger wurde mit folgender Begründung abgewiesen: Wahgebend wäre, daß beide Vertreterinnen von Fräulein G. für die Verretung nichts forderten und daß die eine, die später die 15 M. erhielt, sogar ausdrücklich erklärte, sie hätte keinen Anspruch an sie. Wenn Herr Jungermann noch nachträglich, sogar lange nach der Lösung des Arbeitsverhältnisses, der einem Dame 15 T. zahlte, dann könne das nicht in Betracht kommen. Er sei auf jeden Fall abzuweisen.

Der Krieg in China.

London, 27. Juni. (W. Z. B.) Unterhaus. Unterstaatssekretär Brodrick teilt mit: Ich habe zwei kurze Telegramme empfangen, welche die aus nicht amtlichen Quellen bereits eingegangene Meldung bestätigen, daß Tientsin euseitig worden ist. (Beifall.)

Das erste Telegramm ist von dem Konsul in Tientsin; es datiert vom 23. Juni und ist heute in Tschifu aufgegeben. Es lautet: „Die britischen Landtruppen unter Major Morris und die Marinebrigade unter Craddock, zusammen 550 Mann, trafen heute, den 23. Juni, mittags hier ein. 1500 Russen sind, wie berichtet wird, auf der Eisenbahnstation von Tientsin. Ferner sind 150 Amerikaner und 50 Italiener angekommen.“

Das zweite Telegramm ist von unserm Konteradmiral in Tschifu am 25. Juni 3 Uhr nachmittags expediert und heute aus Tschifu abgegangen. Es lautet: „Kommandant Craddock, der Befehlshaber des britischen Kontingents, der zum Entsatz von Tientsin entsandten Truppe, berichtet, daß man mit Tientsin Verbindung bekommen und am 23. Juni Verstärkungsmannschaften dort hineinkommen habe. Der Oberkommandierende befindet sich, wie gemeldet wird, zehn Meilen von Tientsin, in seinem Marsche gehemmt durch die Kranken und Verwundeten, und kämpft mit dem Feind.“

Brodrick fortsetzend: Das ist unsere offizielle Information, aber das Haus wird sich erinnern, daß nichtamtliche Telegramme, die in andern Punkten zutreffend berichten, besagen, daß die Truppen nordwärts gezogen sind, um mit dem Oberkommandierenden in Fühlung zu kommen.

Paris, 27. Juni. (W. Z. B.) Der Marineminister Loucheur erhielt heute von dem Director des Arsenal in Fushou Dohere die telegraphische Mitteilung, daß derselbe die Frauen und Kinder der im Arsenal von Fushou thätigen Franzosen nach Hongkong schickte.

Petersburg, 27. Juni. (W. Z. B.) Ein Telegramm des Viceadmirals Alejeff aus Port Arthur von gestern an den Kriegsminister lautet: General Stöbel ist am 24. d. M. nach einem Kampf in Tientsin eingezogen und hat sich mit Kußimow vereinigt. Die Verluste sind nicht groß. Details folgen. — Eine weitere amtliche Mitteilung besagt, daß gegenwärtig unter dem Kommando des Generals Stöbel in Tientsin sich ein russisches Detachement, bestehend aus fünf Schwadronen, acht Geschützen und vier Mörsern (Kugelwerfern) befindet. Unter der Truppe des Generals Stöbel auf dem Zug gegen Tientsin befanden sich nach den bereits eingegangenen Nachrichten 140 Amerikaner und 100 Japaner. Sehr wahrscheinlich ist, daß den russischen Truppen sich auch 750 Mann Deutsche anschlossen, die am Tage nach dem Abmarsch der russischen Truppen aus Tschifu nach Tientsin gelandet wurden. Ueber die Beteiligung von Truppen anderer Nationen an der Entsetzung Tientsins ist bisher keine Nachricht eingegangen.

Paris, 27. Juni. (W. Z. B.) Die Budget-Kommission der Deputiertenkammer bewilligte den vom Marineminister verlangten Kredit von 3 Millionen Franks für die Beförderung der Truppen nach China und die Verpflegung derselben sowie einen Ergänzungskredit von einer Million in Hinsicht auf die Vorgänge in China.

London, 27. Juni. (Meldung des Neuterischen Bureaus.) Der englische Konsul in Tientsin telegraphiert, er habe von dem Generalinspektor der Jölle, Hart, einen Brief, datiert Peking, den 19. Juni, 4 Uhr nachmittags, erhalten, in welchem es heißt, die fremden Gesandtschaften seien aufgefordert worden, Peking innerhalb 24 Stunden zu verlassen.

Washington, 27. Juni. (Meldung des „Neuterischen Bureaus“.) Der hiesige chinesische Gesandte Ku-Ling-Fang erhielt von Kuangli-Namen ein vom 19. d. M. datiertes Telegramm, welches besagt, daß die Gesandten der fremden Mächte und übrigen Fremden in Peking wohlbehalten und unverfehrt seien, und daß Maßregeln ergriffen seien, sie unter Bedeckung aus der Stadt zu führen. Das Telegramm fügt hinzu, die Gesandten hätten bereits um die Erlaubnis erlucht, daß Schutzmännschaften für die Gesandtschaften nach Peking hineinkommen dürften; diesem Verlangen sei zugestimmt worden. Darauf verlangten die Gesandtschaften, daß diese Schutzmännschaften verstärkt würden, was jedoch abgelehnt wurde.

Hokohama, 27. Juni. (Meldung des „Neuterischen Bureaus“.) Der Kaiser von Japan hat die Verausgabung von 50 Millionen Yen — nicht 15 Millionen, wie zuerst gemeldet — zu militärischen Zwecken sanctioniert.

Lezte Nachrichten und Depeschen.

Wiesbaden, 27. Juni. (W. Z. B.) Wie der Rheinische Kurier“ meldet, traten heute die Vorhände der preussischen Landwirtschaftskammer unter Vorsitz des Grafen Schwerin-Löwitz zu einer Konferenz zusammen, an welcher insgesamt 50 Delegierte aus allen Provinzen des preussischen Staates teilnahmen. Es wurde in der heutigen Sitzung Bericht erstattet über die Verhütung einer Central-Landwirtschaftskammer, über den Schutz des deutschen Kapitalismus und über die zukünftige Handelspolitik. In letzterer Beziehung wurde beschlossen: Den Landwirtschaftsminister zu ersuchen, derselbe möge mit aller Entschiedenheit dahin wirken, daß in dem neuen deutschen Zolltarif ein höherer Zollsatz als bisher für Celfrüchte aufgenommen werde. Die Verhandlungen werden morgen fortgesetzt.

Rom, 27. Juni. (W. Z. B.) Im Senat verlas Ministerpräsident Saracco unter lebhaftem Beifall des Hauses dieselbe Erklärung des Ministeriums wie in der Deputiertenkammer.

Ein Hochverrats-Prozess.

Leipzig, 26. Juni.

Der heutige Tag war ausschließlich den Angeklagten Kolenda und Melorowicz gewidmet. Die Anklage gegen diese beiden ist ohne äußeren Zusammenhang mit der Anklage gegen Zeitgeber. Der polnische Handwerkerverein in Dortmund ist der Boden, auf dem sich die jenen beiden Angeklagten zur Last gelegten Handlungen abgespielt haben sollen. Die heutige Verhandlung begann mit der Vernehmung Kolendas. Er leugnet mit großer Entschiedenheit, zu Beiträgen für den polnischen Nationalklub aufgefordert zu haben. In dem polnischen Handwerkerverein, der im April 1899 gegründet worden sei und dessen Vorsitzender er war, habe man das Geld für eigene Zwecke nötiger gebraucht, als daß man es hätte nach auswärts schicken mögen.

Von politischen Dingen habe er um so weniger erfahren, als er eine Deutsche geheiratet und infolge dessen weniger Gelegenheit zum Verkehr mit Polen gehabt habe.

Bezirks-Polizeikommissar Göhrke aus Dortmund bezeugt, daß er den polnischen Handwerkerverein in Dortmund überwacht habe. Kolenda sei mit seinem Schwiegervater in Streit geraten, dem die Tätigkeit Kolendas in jenem Vereine verdächtig erschienen sei. Nachdem dann im Oktober v. J. bei der Polizei eine Denunziation des Schreiners Franz Sniegodi gegen den Verein eingelaufen sei, habe er den Verein noch schärfer überwachen lassen. Den Kolenda habe man ihm als Socialdemokraten geschilbert.

Der Anklage Kolenda erklärt wiederholt, daß er sich mit Politik gar nicht befaßt habe; es sei nicht auch möglich, daß man zugleich für die großpolnische und socialdemokratische Sache wirke.

Nach den Aussagen, welche verlesen werden, hatte der Verein die Behandlung politischer und religiöser Angelegenheiten ausgeschlossen. Eine Versammlung am 29. Januar d. J. ist einberufen worden zur Feier von Kaisers Geburtstag. (!!) Kolenda hat eine entsprechende Rede gehalten und sie mit einem Hoch auf Kaiser und Papst geschlossen.

Es folgt die Vernehmung des Angeklagten Melorowicz. Er bekennt ebenfalls mit großem Eifer, zu Beiträgen für den Klub aufgefordert und selbst dazu beigetragen zu haben. Als er in der Schweiz war, sei er in Rot geraten und habe durch einen Studentenverein Unterstützung aus dem polnischen Nationalklub erhalten, den er für einen Hilfsverein angesehen habe. Wenn er in Dortmund 2 M., die er vom Handwerkerverein für Klavierstunden erhalten hätte, nach Wappertswil gefandt habe, so habe er es nur in der Absicht gethan, für die empfangene Wohlthat teilweise Ersatz zu leisten.

Die Anklage sucht nachzuweisen, daß Melorowicz mit voller Kenntnis von den Zwecken des Klubs gehandelt hat und daß auch Kolenda sich der Tragweite des Vorgehens des Melorowicz im Vereine nicht nur voll bewußt gewesen sei, sondern es auch unterstützt habe. Ein Antrag des M., für den Klub zu sammeln, soll am 30. Mai gestellt worden sein. Nach den Protokollen des Vereins hat der Vorstand am 10. Juni beschlossen, sich die Sache nochmals zu überlegen, und in der Versammlung am 20. Juni ist beschlossen worden, die Sache auf sich beruhen zu lassen.

Es werden noch eine Anzahl ehemaliger Mitglieder des polnischen Handwerkervereins in Dortmund vernommen und zwar zunächst meist unendlich.

Der Schreiner Franz Sniegodi, der Denunziant, bezeugt, daß er der eigentliche Gründer des Vereins gewesen sei und Kolenda, den er als angehenden Mann kannte, zum Vorsitzenden vorgeschlagen habe. Er behauptet, Melorowicz habe am 30. Mai solche Stellen verlesen, in denen davon die Rede war, daß, wenn es einmal zum Aufstand komme, aus dem Nationalklub die dazu erforderlichen Mittel entnommen werden sollten. Von dem Nationalklub habe er, Zeuge, schon vor 3 Jahren in Gnesen gehört. (Er ist 29 Jahre alt.) Ob Melorowicz gerade die Stelle verlesen habe, in der von den Feinden der Nation die Rede ist, wisse er nicht. Auf die Bemerkung des Zeugen, mit Kolenda stehe er noch auf freundschaftlichem Fuße, ruft Kolenda mit großer Entschiedenheit: nein!

Zu bemerken ist, daß Kolenda den Zeugen wegen unpassenden Verhaltens aus dem Verein hinausgewiesen hat. Dies ist am 10. Oktober 1899 geschehen. Drei Tage später hat Sniegodi den Verein demunziert.

Der Zeuge Ignaz Szchmanski war in der Versammlung vom 13. Juni anwesend und behauptet, gehört zu haben. Kolenda habe gesagt, der Klub sei für die polnische Revolution bestimmt und jeder Pole müsse eher für ihn, als für etwas anderes fernern. Kolenda erklärt es für unmöglich, daß er derartiges gesagt habe.

Die weiteren Zeugen, sämtlich frühere Mitglieder des Vereins, machen ziemlich unbestimmte Angaben. Sämtliche politischen Zeugen wurden nachträglich verurteilt, mit Ausnahme des Denunzianten und Hauptbelastungszeugen, der wegen Unterdrückung und Betrugs verurteilt ist. Gegen 3 Uhr wurde die Beweisnahme geschlossen. Morgen früh werden die Plaidoyers stattfinden.

Der Prozess wurde am Mittwoch zu Ende geführt. Der Oberreichsanwalt verzichtete darauf, die Behauptungen des Zeugen Sniegodi als glaubwürdig zu Grunde zu legen.

Die Reichsanwaltschaft beantragte gegen Zeitgeber zwei Jahre Festungshaft, gegen Melorowicz neun Monate Festungshaft, gegen Kolenda Freisprechung.

Die Verteidiger plädierten für Freisprechung.

Das Urteil lautet: Zeitgeber wurde zu einem Jahr Festung unter Anrechnung von drei Monaten der Untersuchungshaft verurteilt, Kolenda und Melorowicz wurden freigesprochen.

Partei-Nachrichten.

Von der Agitation. Nach dem Schluß des Reichstags unternahm Genosse Wandert eine Agitationstour durch Ost- und Westpreußen. In allen Versammlungen bildete die politische Lage, unter Berücksichtigung der in der letzten Session des Reichstags erledigten Verhandlungen, das Thema. In Königsberg, in einem zur Größe der Stadt verhältnismäßig kleinen Saale, war die Versammlung überfüllt. In Tilsit haben sich die Genossen ein eigenes Lokal geschaffen. Ein einfacher Raum, 18-20 Meter lang und 5-6 Meter breit. Die Polizei hat verboten, Petroleumbeleuchtung anzubringen, deshalb wird der Raum mit rings an den Wänden angebrachten Talgläsern beleuchtet. Infolge mangelnder Sitzgelegenheit (die Genossen haben sich erst ein paar Duzend Stühle schaffen können) nahmen die Teilnehmer dicht zusammengedrängt, in und außerhalb des Saals an der Versammlung teil. In Memel ließ der Besuch infolge eines an demselben Tage stattfindenden Volksfestes etwas zu wünschen übrig. Desto überfüllter, in sehr geräumigen Sälen, waren die Versammlungen in Elbing und Danzig. Eine in dem Schifferort Neubude geplante Versammlung wurde, trotzdem der Saal zugesperrt war, dadurch bereitet, daß der Lokalhaber unter dem Einfluß behördlicher Organe sein Lokal in letzter Minute verweigerte. Nach allen gemachten Wahrnehmungen geht es in Ost- und Westpreußen mit unfer Bewegung vorwärts.

Die Einigung der beiden holländischen socialdemokratischen Organisationen ist am 24. Juni zur Wirklichkeit geworden. Es geschah, wie uns aus Amsterdam geschrieben wird, auf einem vom Socialistenbund einberufenen speziellen Kongress, wo die Lokal-Organisationen vom Socialistenbund und von der Socialdemokratischen Arbeiterpartei anwesend waren. Der Socialistenbund ist die einzige Nieuwenbuische Organisation, welche er aber

seit 1898 verlassen hat, da sie ihm auf seiner weiteren Fahrt ins anarchische Lager nicht folgen wollte. Seitdem hat sich der Bund, nicht zum mindesten wegen der gefährlichen Bekämpfung seitens Nieuwenbuis, immer mehr und genähert, und jetzt sind seine Mitglieder wieder ganz gute Socialdemokraten geworden. Es war kein Grund mehr für die Scheidung der beiden Parteien vorhanden und so haben sie sich heut vereinigt.

Es wurde beschlossen, unsere Partei als die gemeinsame Organisation anzunehmen, so daß faktisch der Socialistenbund aufsteht in unserer Partei, welche ihn auch wohl an Umfang fünf- oder sechsmal übertrifft. Jedoch wurde beschlossen, auf dem nächsten Kongress unserer Partei zu beraten, ob vielleicht einige kleine Programmänderungen und eine Namensänderung wünschbar seien.

Die Stimmung auf dem Kongress zeugte von großer Fröhlichkeit und von Freude über die jetzt erreichte Einigung aller Socialdemokraten.

Hiermit ist auch die Periode des nebelhaften anarchischen Socialismus wohl abgeschlossen. Eine Organisation besteht, wenigstens zwischen Anarchismus und Socialdemokratie nicht mehr. Leider hält der Abgeordnete Van der Zweg sich noch immer abseits. Eine Organisation, selbst eine Wahl-Organisation vertritt er aber nicht.

Ein braver Parteigenosse ist den Reihen des kämpfenden Proletariats durch die Proletarierkrankheit entzogen worden. Der Restorator, Genosse Conrad Vogel, wohnte seit einem Jahrzehnt in Redarau, woselbst er sich, wie auch vorher schon in seinem früheren Aufenthaltsorte, mit großem Eifer und bestem Erfolge der Partei gewidmet hatte. Der Socialdemokratische Verein in Redarau verliert an ihm ein rühriges Vorstandsmittglied, ebenso das Gewerbegebiet, dem er seit sechs Jahren angehörte, einen gewissenhaften Geistigen. Ehre seinem Andenken!

Sächsische Fürsorge für Versammlungsbesucher. In Glaucha bildete in der letzten Sitzung des Stadtverordnetenkollegiums die Handhabung des Polizeigesetzes durch die Polizei den Gegenstand einer lebhaften Verhandlung, die durch eine aus Arbeiterkreisen eingegangene Beschwerde veranlaßt worden war. Die Beschwerde betraf auch in Glaucha die Polizeibehörde stets dann eine rührende Sorge für Leben und Gesundheit der Versammlungsbesucher, sobald es sich um Arbeiterversammlungen handelte. Die Beschwerde erfuhr deshalb die Stadtvorordneten, so lange die Ausgaben für den Posten des verantwortlichen Leiters des Polizeireviers zu verweigern, bis bezüglich des Versammlungswezens eine Besserung eingetreten sei. Der Bürgermeister erklärte, daß er persönlich für weitgehende Versammlungsfreiheit sei, daß jedoch die vom Ministerium anlässlich der Theaterbrände erlassenen Verfügungen berücksichtigt werden müßten. Das Stadtverordnetenkollegium nahm jedoch einstimmig einen von dem Stadtverordneten Pfingst geleiteten Antrag an, daß entweder die Polizei von den Verfügungen in toleranterer Form oder aber für alle Versammlungen in der gleichen Weise Gebrauch zu machen habe. Sache des Bürgermeisters wird es nunmehr sein, dem energisch beklundeten Wunsch des Stadtverordnetenkollegiums auch Beachtung zu verschaffen.

Wegen Gotteslästerung war gegen den Redacteur Swienty vom „Vollblatt für Halle“ von der Staatsanwaltschaft die Anklage erhoben worden, und zwar sollte die Gotteslästerung dadurch begangen worden sein, daß in einer Kritik eines von der Magdeburger Strafkammer gefällten Urteils von der „unehelichen Geburt des Stiflers der arischen Religion“ als einer Thatfache gesprochen worden war. Die beschließende Strafkammer des Amtsgerichts in Halle vermochte sich jedoch den Deduktion des Staatsanwalts nicht anzuschließen und lehnte deshalb die Größung des Verfahrens ab, indem sie betonte, daß das nach § 166 des Strafgesetzbuchs vorzuziehende Merkmal der Beschimpfung in dem inkriminierten Satze nicht enthalten sei.

Ein gefeuerter Pressfänger ist der Genosse Ad. Thiele-Halle, gegen den jetzt die Prozesse, die während der Reichstags-Session ruhen mußten, weitergeführt werden. Die Zahl der Prozesse, die zum Teil aus dem Jahr 1898, zum Teil erst aus dem vorigen Jahr stammen, beläuft sich auf zehn oder elf. Bereits sind gegen unseren Genossen ein Termin vor dem Schöffengericht, zwei vor dem Landgericht und einer vor dem Reichsgericht angeetzt.

Krankenkassen-Centralisation.

Eine Versammlung der Krankenkassen-Vorstände und Verwaltungsbeamten

fand am Freitag, den 22. Juni, in der Berliner Ressource statt. Einberufen war dieselbe von der Centralkommission der Krankenkassen Berlin. Auf der Tagesordnung stand: 1. Liegt die Centralisation der Krankenkassen im Interesse der versicherten Arbeiter? Referent: Herr Stadtverordneter Vorkmann, Korreferent: Herr Reudant P. Rogan. 2. Verschiedenes.

Betreten waren 42 Orts-Krankenkassen, 4 Fabrik-Krankenkassen, 3 Innungs-, 2 Hilfs- und 4 Vororts-Krankenkassen, in Summa 75. Der Referent Vorkmann führte aus: Die Idee der Centralisation ist ja nichts Neues, es ist schon lange der Wunsch gewesen, die Krankenkassen zu centralisieren und es war zu dem Zweck vor sechs Jahren eine Kommission gewählt worden. Die Kommission war bemüht, die Verwaltungsbehörde auf den großen Mißstand unseiner Krankenkassenwesen aufmerksam zu machen.

Im Jahre 1896 hat nun die Gewerbe-Deputation an sämtliche Krankenkassen ein Schreiben gerichtet und auf verschiedene Nachteile, welche die Mitglieder von einer Centralisation haben, hingewiesen. Zugleich wurde von den Vorständen verlangt, einen Bericht einzuschicken darüber, wie die Mitglieder über die Sache denken. Es sind nun die meisten Berichte von den Vorständen eigenmächtig eingekandt worden und zwar im Sinne einer Verneinung der Centralisation.

Es halten sich unbedingt für Centralisation 4 Krankenkassen und 120 (inkl. Innungs- und Betriebsklassen) unter gewissen Bedingungen dafür ausgesprochen.

Das Krankenkassenwesen würde durch eine Centralisation sehr gehoben werden und es brauchte die Centralisierung der Wenigen halber, die eine höhere Unterstützung zur Zeit erhalten, nicht zu scheitern.

Es hat hier in Berlin noch keine Krankenkasse es fertig gebracht, Familienmitglieder mit aufzunehmen, und wenn nun Erkrankungs-fälle in einer Familie vorkommen und der Mann die Kosten nicht erwidern kann, so tritt die Stadt ein und der Mann geht seiner Bürgerrechte verlustig. Dieser Uebelstand soll mit der Centralisation aus der Welt geschafft werden, in der Weise, daß die Familienmitglieder mit versichert werden, wie es bei der Leipziger Krankenkasse der Fall ist.

Es wird auch von der Regierung eine Centralisierung geplant, welche in der Novelle zum Krankenversicherungs-Gesetz zum Ausdruck kommen wird, und wenn das von der Regierung geplant wird, so kommen selbstverständlich bei Besetzung der Stellen zuerst die Civil-Verordnungsberechtigten in Betracht.

Wenn nun von den Kassennmitgliedern eine Centralisation geschaffen wird, dann hat die Verwaltungsbehörde kein Recht, die Rechte der Mitglieder zu inthronisieren; denn es haben dann 350 000 Mitglieder auch ein Wort mitzusprechen. Es hat auch eine centralisierte Kasse einen ganz andern Uebelblick über ihre Mitglieder, als es jetzt bei der Zerstückelung der Fall ist, und darum ist es Zeit, mit der Centralisation anzufangen, ehe die Novelle zur Beratung kommt. Vorkmann bittet, auf die drohende Gefahr hin sich die Sache reiflich zu überlegen.

Der Korreferent Rogan führt aus, daß die Verwaltungsbehörde der Centralisation, wie sie von der Kommission geplant ist,

nicht sympathisch gegenübersteht. Die Krankenkassen wie sie jetzt sind, können einen Druck auf die Ärzte und Apotheker ausüben, was bei einer Centralisation nicht der Fall ist. Die Centralisation, wie sie möglich ist, bleibt nur ein Stückwerk, denn die Betriebs- und Innungskassen bleiben davon ausgeschlossen und es nehmen die Betriebs-Krankenkassen den Löwenanteil aller Mitglieder.

Die Leipziger centralisierte Orts-Krankenkasse soll nun unser Vorbild sein, weil sie mit ihren 131 179 Mitgliedern die größte in Deutschland ist. Berlin hat 350 000 Mitglieder, und je größer die Kassen sind, desto größer sind auch prozentual die Verwaltungskosten. In Leipzig betragen die Verwaltungskosten pro Kopf 2,15 M. in Berlin hingegen nur 1,82 M. Daraus ist zu ersehen, daß die Verwaltungskosten hier auch steigen würden. Allerdings liefert die Leipziger Kasse für die Familien-Angehörigen freien Arzt und Medizin. Aber gerade die weiblichen Mitglieder verursachen den Kassen die meisten Kosten; es ist somit die Berliner Kassenlage eine viel günstigere wie die Leipziger.

Welche Vorteile soll nun eine Centralisation herbeiführen. Es wird kein Gesetz gemacht für eine Stadt, sondern fürs Reich, und da werden die Militärämter ihren Einzug in den centralisierten Kassen halten, und die Regierung hätte einen Fingerzeig, wo sie ihre Anwärter hinstellen kann. Die 15 Krankenkassen, die unter 26 Wochen Unterstützung zahlen, können auch ohne die Centralisierung dazu bewegt werden, ihre Unterstützung auszudehnen. Redner wünscht dringend, die Centralisation abzulehnen.

An der Diskussion beteiligte sich zunächst Dähne von der Orts-Krankenkasse der Maurer. Er führte aus, daß eine Forderung herbeigeführt werden müßte, denn im Baugewerbe geht es von einer Kasse die andere und eine Kontrolle wäre unmöglich. Auch ist die Beoldung der Beamten dieser Kassen eine sehr minimale. Wir wollen nicht über den Kopf bezahlen, aber doch ein angemessenes Gehalt. Die Verhältnisse liegen im ganzen so, daß wir im Interesse unserer Mitglieder eine Centralisation schaffen müssen.

Dr. Freudenberg empfiehlt dringend eine Centralisation zu schaffen, weil hier in Berlin eine sehr große Zahl winziger Kassen bestehen mit sehr minimalen Leistungen. Das Deficit, welches die Leipziger Kasse gehabt hat, ist dadurch entstanden, weil sie von Anfang an große Leistungen gezahlt hat. Einen Krankenkassen-Verband zu gründen ist gesetzlich unzulässig. Die Vorzüge, die die Leipziger Kasse ihren Mitgliedern gewährt, werden von keiner Berliner Kasse geleistet, deshalb ist die Schaffung einer Centralisation dringend am Platz, und dann würden auch die Kassen aus dem Norden genommen, der dem Reichstag vorgelegt werden soll.

Sabor, Vorsitzender der Allgemeinen Orts-Krankenkasse Charlottenburg, verliest ein Schreiben vom Regierungspräsidenten aus Potsdam mit der Anfrage, wie sich die Kasse zu dem neuen Gesetzverwurf stellt. Redner bedauert, daß die Centralisation nicht schon lange herbeigeführt ist. Hierauf verliest Simanowski eine eingegangene Resolution: „Die heute am 22. Juni 1900 in der „Berliner Ressource“ tagende Versammlung der Berliner Orts-Krankenkassen usw. erkennt an, daß die Centralisierung der Ortskassen wünschenswert und im Interesse der Versicherten unbedingt notwendig ist. Sie beauftragt daher die Centralisationskommission der Krankenkassen, recht bald geeignete Schritte zu thun, um die Durchführung dieses Gedankens in die Wege zu leiten.“ Schröder, Reichsanwaltschaft, spricht sehr scharf gegen die Centralisierung. Alldam wird die Diskussion vertagt.

Unter Verschiedenes macht Herr Dr. Lenhoff Mitteilungen über die schnelle Entwicklung der Erholungsstätte in der Jungfernheide. Die ersten Bedenken, ob die Stätte genügend besetzt werde, sind gänzlich geschwunden. Die Stätte war für 100 Personen gedacht, und es sind jetzt 140, die dort verpflegt werden. Es wird erforderlich sein, in nächster Zeit in verschiedenen Abteilungen solche Erholungsstätten zu errichten; auch die weiblichen Mitglieder sollen bedacht werden.

Aus der Frauenbewegung.

Die Lohnbewegung der Plätterinnen und Wäscherinnen.

Die Versammlung der Alt-Plätterinnen und Wäscherinnen, welche am 26. ds. Mts. in Kellers Festsaal tagte, zeigte ein eigenartig bewegtes Bild. Für den, welcher in der Arbeiterbewegung den mächtigen Hebel erkennt, dessen Kraft die Kultur zu einer noch ungeahnten Höhe tragen wird, bietet der Eintritt einer zahlreichen Versammlung in den Kampf um bessere Lebensbedingungen ein freundliches Schauspiel. Und freudig gehoben war auch die Stimmung, trotz aller Versuche der zahlreich erschienenen Meister, die Freude zu dämpfen.

Die Unruhe, welche eine Versammlung von zum großen Teil ganz unerfahrenen Besuchern stets anhaften wird, hatte sich bei Beginn der Verhandlung etwas gelegt, als ein böser Zufall die Versammlung fast gesprengt hätte. Der Ruf: „Feuer“ tönte durch den Saal und die Mehrzahl eilt mit fliegender Hast nach den Thüren. In dem brausenden Lärm verhalten die Stimmen, die zur Ruhe und Besonnenheit mahnen. Als aber die Forteilenden erkannten, daß das Feuer, welches im Nebenhaus ausgebrochen, tatsächlich unbedeutend und ungefährlich war, kehrten sie zurück, und nach halbständiger Pause wurde die Beratung des neuen Lohnarifs fortgesetzt, welchen die Kommission aufgestellt hat. Er lautet:

Lohnarifs.

Für Plätterinnen (Accordpreis): Oberhenden, per Duzend 1,20 M. Oberhenden, gestickt oder Falten, per Duzend 1,50 M. Weften, per Stück 20 Pf. Kragen, per Duzend 30 Pf. Manschetten, per Duzend 60 Pf. Chemisets, per Duzend 60 Pf. Chemisets, gestickt oder Falten, per Duzend 75 Pf. Chemisets, nur kleine, per Duzend 50 Pf. Damen-Oberhenden, per Stück 25 Pf. Damen-Oberhenden, mit Tollen, per Stück 30 Pf.

Wochenlohn für Plätterinnen: Pro Woche 21 M. Wochenlohn für Wäscherinnen: Pro Woche 21 M., mit Kost 15 M., pro Tag 2,50 M.

Arbeitszeit: Sommer: von 7-7 Uhr. Pausen: 8 1/2-9, 12-1, 4 1/2-5 Uhr. Winter: von 8-8 Uhr. Pausen: 9-9 1/2, 12-1, 4 1/2-5 Uhr.

Die Vorsitzende Jean Jhrer gab die notwendigen Erläuterungen zu den Zahlen. Es war bisher üblich, daß der Preis für das einzelne Stück zu gleichen Teilen an Inhaber und Arbeiterin fiel. Als aber vor Jüngsten die allgemeine Forderung die Meister bewog, ihre Preise zu erhöhen, ließen sie die Arbeiterin an dem Mehrerwerb nicht teilnehmen; einige einzelne Ausnahmen kamen nicht in Betracht. Und doch hat die Plätterin ebenso sehr unter der Forderung zu leiden, wie jeder andre, — mehr, weil ihre Einnahme ohnehin schon das Existenzminimum nur eben überschreitet oder auch nur erreicht, wenn ihre Arbeitszeit grenzenlos ausgebeutet wird. In der Diskussion gab es scharfe Worte, und der Lärm, abstrahlend und unwillkürlich, erschwerte es, die einzelnen Redner zu verstehen. Die Arbeitgeber, welche vor einer Woche in einer Meisterversammlung gleichfalls einen neuen Tarif entworfen hatten, fanden, daß ein freiwilliger Lohnaufschlag von 25-30 Proz. ein ganz ungewöhnliches Geschenk an die Arbeitnehmer sei, von 100 Proz., wie es der Tarif vorsieht, könnte keine Rede sein. Wären die fabelschmeiglichen Argumente auch bester gewesen, so hätten auch bessere Beweise nichts ausgerichtet, denen gegenüber, welche wissen, daß ihr Fehler höchstens ist, daß sie zu lange geschwiegen und welche nichts fordern als angemessenen Lohn für eine sehr schwere Tagesarbeit.

Doch mehr Begeisterung als die Lohnhöhe verdient die Bestimmungen über die Arbeitszeit. Doppelt nötig bei den schweren Berufsarbeiten in dem so anstrengenden Gewerbe des Wäschens und Plättens; bei ersterem teilt dazu die Gefahr der Ansteking durch infizierte Wäsche und außerdem, wie eine erfahrene Wäscherin mit drastischen Worten schilderte, den oft jeder Beschreibung spottenden Zustand der Wäsche. Eine Einschränkung der Arbeitszeit

thut hier besonders not. Doch auch den Plätterinnen, wie den andern  
wichtigsten Berufen, von mancher Seite Unzufriedenheit vorgeworfen  
wird, kann niemanden wundern, der weiß, daß sie oft auch das Not-  
wendige nicht verdienen können, oder doch nur mit Leberstunden, die ihr  
Leben zu einer Illuzion fongebilden machen. Leider ist die Haus-  
industrie dem Fabrikgesetz nicht unterstellt, welches der Arbeiterin einen  
begrenzten Arbeitstag giebt. Da aber die Erweiterung des Gesetzes,  
so notwendig sie wäre, auf sich warten läßt, müssen die Plätterinnen  
sich selbst das schützende Gesetz schaffen und mit Mut und Energie  
verteidigen.

Das Argument der Plätterinneninhaber, daß es ihnen selbst schlecht  
gehe, sie nicht besser daran seien als die Plätterinnen, wurde teil-  
weise als richtige Thatsache angesehen, aber nicht als Grund für  
Verzicht auf bessere Entlohnung. Der ganze Tarif wurde mit Ein-  
stimmigkeit angenommen.

Der Vorsitzende des Vereins der Wäsche- und Krautwatten-  
branche, Trinkl, gab nun an, welche Schritte zunächst zu  
thun seien, um die Forderung durchzusetzen. Es werden  
von morgen an Tarifzettel auszugeben, welche die Ar-  
beiterinnen an den bezeichnenden Stellen abholen können, um sie  
den Meistern zur Unterschrift vorzulegen, was bis spätestens Sonn-  
abend geschehen muß. Bis Sonnabend, 7. Juli, ist eine Bedenkzeit  
gegeben, jedoch so, daß im Fall der Ablehnung die Kündigung der  
Arbeiterinnen als am Sonnabend, 30. Juni, geschehen gelten soll.  
Denn die vierzehntägige Kündigung muß innegehalten werden,  
wie auch jede andere Form eines ruhigen Lohnkampfes.  
Die Meister werden gebeten, gleichfalls eine Kommission zu wählen,  
welche mit der Arbeiterinnenkommission die Differenzen hofentlich  
friedlich erledigen wird. Die arbeitlos gewordenen Plätterinnen  
und Wäscherinnen mögen sich an den Arbeitsnachweis des Vereins  
wenden, welcher ihnen mensügelich Stellung verschafft. Dieser ist  
bei C. Herzog, NO. Landwehrstr. 1, Ede Gollnowstraße,  
Cigarrengeschäft.

Eine Resolution, daß die Arbeiterinnen, in der Heberzeugung,  
mit festem Innehalten könne zum Ziel führen, beschließen, alle  
dem Verein der Wäsche- und Krautwattenbranche beizutreten, wurde  
einstimmig angenommen. Einige Ansprachen von Arbeiterinnen,  
welche die Anwesenden mahnten, was sie mit Begeisterung begannen,  
mit Festigkeit zu vollenden, auch die andern Kolleginnen mit allen  
Mitteln der Heberredung zu ihrer Anschauung zu belehren, fanden  
begeisterte Aufnahme. Den Schluß der Versammlung bildete ein  
brausendes jubelndes Hoch auf die Plätterinnenbewegung.

Die Tarifzettel für die Unterschrift der Unternehmer werden ab-  
geholt im

Bureau der Lohnkommission bei Unke, Grenadier-  
straße 33.

Kassierer Stanowski, Höchste 40.

## Gerihts-Beitung.

Eine schwere Strafe beantragte gestern der Staatsanwalt  
gegen den Kollascher Frey Törli, der vor dem Schöffengericht  
stand, um sich wegen Körperverletzung, Beleidigung und Vergewaltigung  
gegen § 153 der Gewerbe-Ordnung zu verantworten. Es handelte  
sich auch hier um eine Strafsache aus der Zeit des Strafen-  
dahner-Ausstands. Der Angeklagte war am 21. Mai, d. h.  
zu einer Zeit, als der Ausstand thatsächlich schon ein Ende gefunden  
hatte, ohne Kenntnis der Sachlage an einem im Betrieb be-  
findlichen Motorwagen herangefahren und hatte dem Schaffner,  
der ausschließlich die Rolle des Führers versah, einen  
Hieb mit der Peitsche versetzt, indem er ihm rief: „Du  
Streikbrecher!“ Der Schaffner wollte sich dies nicht gefallen  
lassen, sondern sprang vom Wagen und eilte dem Angeklagten nach.  
Als er an dessen Wagen herangelangt war, erhielt er noch einen  
zweiten Peitschenhieb. Der Staatsanwalt hob alle die Straf-  
verschärfungsgründe hervor, die in andern ähnlichen Prozessen bereits  
geltend gemacht worden sind, hielt auch ein Vergehen gegen § 153  
der Gewerbe-Ordnung für vorliegend und beantragte 4 Monate  
Gefängnis. Rechtsanwalt Dr. Schwindt verwies dagegen  
auf den guten Leumund und die bisherige Unbescholtenheit des An-  
geklagten und bestritt die Anwendbarkeit des § 153, da der erste  
Peitschenhieb gar nicht bezweckte, den Schaffner zum Niederlegen der  
Arbeit zu bewegen, sondern mit der Absicht des Unwillens darüber, daß  
der Schaffner in der Arbeit verblieben war, darzustellen sollte. Der  
Gerichtshof schied auch den § 153 der Gewerbe-Ordnung um so mehr  
aus, als der Ausstand thatsächlich schon ein Ende gefunden hatte,  
und verurteilte den Angeklagten zu 30 M. Geldstrafe event. 10 Tagen  
Gefängnis.

Der frühere Delonum der bekannten Trarbach'schen Wein-  
studen in der Markgrafenstraße, D. E. Rudolph, stand gestern  
unter der Anklage des Hausfriedensbruchs und der Bedrohung vor  
dem Schöffengericht. Rudolph übernahm im Februar v. J. die  
Weinstuden. Er sollte 3000 M. Kaution stellen. Die Firma Trarbach  
erklärte, daß sie es nicht liebe, wenn der Mieter die Lieferanten zur  
Beschaffung der Kaution in Anspruch nehme. Rudolph versicherte,  
daß er im Stande sei, dies aus eignen Mitteln zu bewerkstelligen.  
Es wurde dann vertragmäßig festgelegt, daß das Miets-  
verhältnis sofort gelöst werden solle, wenn eine Zwangs-  
vollstreckung gegen den Mieter vorgenommen würde. Bald erfuhr  
die Firma Trarbach, daß ihr neuer Delonum von Gläubigern  
bedrängt wurde. Am 27. April erhielt die Firma ein gerichtliches  
Verbot, die Kaution dem Hinterleger zu verabfolgen. Hierauf erhielt  
Rudolph ein Schreiben, daß er die Räume am folgenden Morgen  
um 9 Uhr abzutreten habe. Rudolph weigerte sich, worauf es zu  
einem bösen Austritt kam. Der Prokurist Brautig von der Firma  
Trarbach holte sich nach seiner Abweisung mehrere Weisäfer und  
erklärte, daß er von seinem Hausrecht Gebrauch machen wolle.  
Rudolph, der sich mit seinen Angestellten umgeben hatte, erklärte  
dasselbe. Er holte einen Revolver aus seinem Comptoir und drohte,  
jeden niederschlagen zu wollen, der ihn anrühre. Brautig zog es  
vor, es nicht zum äußersten kommen zu lassen, er zog  
sich mit seinen Hilfstruppen zurück und nahm die Polizei in An-  
spruch, deren Anordnungen Rudolph Folge leistete. Der Staats-  
anwalt hielt beide Vergehen für erwiesen und beantragte gegen den  
Angeklagten eine Geldstrafe von insgesamt 40 M. Der Verteidiger  
Rechtsanwalt Dr. Grünfeld bestritt, daß das vorläufige Zahlungs-  
verbot als eine Zwangsvollstreckung anzusehen sei, es sei vielmehr  
nur eine vorbereitende Handlung und die Firma Trarbach könne  
daraus nicht die Berechtigung folgern, den Mieter Hals über Kopf  
hinauszujagen, sondern sie habe die vereinbarte Kündigungs-  
frist inne zu halten. Jedenfalls habe der Angeklagte sich in dem  
Glauben befunden, daß er im Rechte sei und werde dies angenommen,  
so habe er sich bei der Bedrohung im Zustande berechtigter Notwehr  
befunden.

Die beiden letzten Gründe wurden von dem Gerichtshof als  
stichhaltig anerkannt und der Angeklagte wurde deshalb frei-  
gesprochen.

Sechs Wochen unschuldig in Untersuchungshaft gelassen  
hat der Tischler Michalek, der aus Wien hierher gerollt ist, um  
gestern vor der Verurteilung des Landgerichts I erscheinen zu  
können. Er hatte eines Tages Aufenthalt in einer hiesigen Herberge  
genommen und war ausgegangen, um das Zeughaus zu besich-  
tigen. Kaum war er dort angelangt, so kam ihm ein Mann  
der Herberge nachgelaufen und beschuldigte ihn, ihm sein  
Portemonnaie mit Inhalt gestohlen zu haben. Michalek  
wies diese Anschuldigung entschieden zurück, der Bestohlene blieb  
dabei und ließ den Angeklagten festnehmen. In seiner Hofentasse  
wurde ein Zehnmärkstück und ein Zweifelmärkstück vorgefunden und  
hierdurch der Verdacht gegen ihn noch verstärkt, denn der angeblich  
Bestohlene hatte als den Inhalt seines Portemonnaies auch Geld-  
stücke dieser Gattungen angegeben. Außerdem fanden sich an letzteren  
auch gewisse Eigentümlichkeiten, die der Bestohlene als Kennzeichen  
seines Geldes angegeben hatte. Das Schöffengericht erachtete seiner  
Zeit den Angeklagten für überführt und verurteilte ihn zu vier  
Monaten Gefängnis bei sofortiger Verhaftung. Nach sechs  
Wochen setzte Rechtsanwalt Dr. Löwenstein, der dem An-  
geklagten für die Verurteilung beistand, dessen Haftentlassung

durch, der Angeklagte ging nach Wien Arbeit und hat sich dort erst das  
Reisgeld zusammengepakt, um den Berufsurlaub hier wahrnehmen zu  
können. Inzwischen ist der angeblich Bestohlene auch von Berlin  
weggegangen und unauffindbar geworden. In der Zwischenzeit hat  
aber festgestellt werden können, daß der Leumund des schon vor-  
bestraften Belastungszeugen ein recht schlechter ist, und gestern führte  
der Verteidiger den Nachweis, daß der Angeklagte am Tage vor dem  
angeblichen Diebstahl seinen Lohn von seinem Meister ausgezahlt  
erhalten, daß sich unter den Geldstücken auch ein Zehnmärkstück  
und ein Zweifelmärkstück befunden habe und die sogenannten Wertzeichen  
sich auf verschiedenen Geldstücken dieser Art vorfinden. Der Gerichtshof  
hielt denn auch die Schuld des Angeklagten nicht für dar-  
gethan, hob das schöffengerichtliche Urteil auf und erlachte auf  
Freisprechung.

Eine Reihe von Diebstählen, die mit außerordentlicher Frech-  
heit ausgeführt waren, wurden gestern vor der achten Strafkammer  
des Landgerichts I erörtert. Im Laufe des verfloffenen Winters  
gelangten innerhalb kurzer Zeit sieben Diebstähle von Fuhr-  
werkern zur Anzeige, die von den Führern für kurze Zeit unbeauf-  
sichtigt auf der Straße stehen gelassen worden waren. In fast allen  
Fällen waren Fuhrwerke von Köpender Wäschmaschinen abhanden  
gekommen. Die Wagen mit Inhalt wurden später in einer  
entlegenen Straße gefunden. Der Dieb hatte sich nur  
das Pferd nebst Geschirre angeeignet. Der Schlächtergeselle  
Jernid zeigte an, daß er eines Tags mit dem Fuhr-  
werk seines Herrn auf der Straße gehalten habe, als ein Mann an  
ihn herangetreten sei, der ihm den Vorschlag gemacht habe, einen  
Koffer aus der Frankfurterstraße zu holen. Der ihm angebotene  
Lohn von 5 M. sei zu verlockend gewesen. Vor einem bezeichnenden  
Gange angekommen, habe sein Begleiter ihn aufgefordert, den Koffer  
aus einer Hintertür heranzuholen. Als er nach vergeblichem  
Suchen wieder auf die Straße getreten sei, sei das Fuhrwerk ver-  
schwunden gewesen. Es gelang endlich, den gefährlichen Dieb in  
der Person des vielfach vorbestraften Aufsehers Gustav Schulze  
zu ermitteln und zu verhaften. Er hatte mit den Pferden einen  
schwunghaften Handel betrieben und einige derselben für so niedrige  
Preise verkauft, daß die Käufer, die Droßkutschler Jung und  
Kuhle, in den Verdacht der Heberelei gerieten und deshalb gestern  
neben Schulze auf der Anklagebank Platz zu nehmen hatten. Schulze  
war unter dem Namen eines Pferdehändlers Schneider aufgetreten.  
Bezeichnend war es, daß er stets das Bürgerliche Gesetzbuch bei sich  
führte.

Der Gerichtshof verurteilte den Angeklagten Schulze zu acht  
Jahren Gefängnis; die beiden mitangeklagten Droßk-  
kutschler wurden freigesprochen.

Die Frage, ob Musiker Gewerbegehilfen sind, stand in  
einem Strafverfahren gegen den Musikdirektor Jahrow zur Ent-  
scheidung. Der Beschuldigte hatte einen minderjährigen Musiker  
mehrere Monate beschäftigt, ohne daß dieser im Besitz eines  
Arbeitsbuchs war. Dadurch sollte Jahrow die §§ 107 und 150  
der Gewerbe-Ordnung übertreten haben. Das Schöffengericht ver-  
urteilte Jahrow zu einer Geldstrafe; das Landgericht als  
Berufungsinstanz sprach ihn jedoch frei und führte aus:  
Die Leistungen der Kapelle des Angeklagten beschäftigten  
auch ein höheres Kunstinteresse; die einzelnen Mitglieder  
der Kapelle seien deshalb als Künstler und nicht als Ar-  
beiter anzusehen, die minderjährigen unter ihnen brauchten also  
kein Arbeitsbuch zu führen. Auf die Revision der Staatsanwaltschaft  
hob indessen das Kammergericht die landgerichtliche Ent-  
scheidung wieder auf und verwies die Sache noch einmal an die  
Berufungsinstanz zurück. Der Strafsenat des Kammergerichts nahm im  
Gegensatz zu seiner früheren Praxis an, daß  
viele Musiker Gewerbegehilfen seien. Ent-  
scheidend wäre, ob sie hauptsächlich bei künstlerischen  
musikalischen Aufführungen oder bei solchen niedriger  
Gattung mitwirkten. Das Landgericht müsse darum nachprüfen, in  
welcher Weise der junge Mann, um den es sich hier handle, bei  
ihm tätig gewesen sei. Wenn er vorwiegend bei minderwertigen Musik-  
aufführungen mitgewirkt habe, dann sei er als Gewerbegehilfe  
zu behandeln und der Angeklagte hätte ihn ohne Arbeitsbuch dann nicht  
beschäftigen dürfen. — Das Landgericht stellte nunmehr fest, daß  
der junge Mann zwar bei künstlerischen Konzerten mit tätig  
gewesen sei, die überwiegende Anzahl seiner Leistungen aber  
auf Schlingenspiele, Langspielarbeiten und ähnliche Veranstaltungen  
zufalle. Hieraus zog das Gericht den Schluß, daß man es hier mit  
einem Gewerbegehilfen im Sinne des neuerdings vom  
Kammergericht aufgestellten Grundgesetzes zu thun habe. Obwohl das  
Gericht so den Thatbestand der §§ 107 und 150 der Gewerbe-  
Ordnung objektiv für vorliegend erachtete, wurde Herr Musikdirektor  
Jahrow dennoch wieder freigesprochen, und zwar deshalb,  
weil er sich über den Begriff des gewerblichen Arbeiters im Irrtum  
befunden habe und dieser Begriff nicht dem Strafrecht  
angehöre. Die Staatsanwaltschaft legte abermals Revision ein  
und machte geltend, der Irrtum des Angeklagten schütze ihn nicht  
vor der Strafe. Das Kammergericht erklärte dem auch nach  
langer Beratung dieses Urteil des Landgerichts ebenfalls für falsch  
und verurteilte J. zu einer Geldstrafe. Es nahm an, der An-  
geklagte habe sich in einem strafrechtlichen Irrtum befunden, den er  
vertreten müsse.

Die Bestimmungen der Gewerbe-Ordnung über die  
Sonntagsruhe sollte der Fuhrherr Fündle in Groß-Lichter-  
felde dadurch übertreten haben, daß er Sonntag in einer ihm ge-  
hörigen Schmiede arbeiten ließ. F. besitzt ein großes Expeditions-  
und Abfuhrgeschäft, in welchem annähernd 25 Pferde gehalten  
werden. Die erforderlichen Schmiede-Arbeiten läßt er regel-  
mäßig durch mehrere eigens für seinen Betrieb an-  
genommene Schmiedegerellen ausführen. Die ihm zum Vornahme  
gemachte Sonntagsarbeit in der Schmiede diente lediglich dem  
eigenen Fuhrbetriebe. Das Schöffengericht sprach den Ange-  
klagten frei, während das Landgericht als Berufungsinstanz ihn  
wegen Vergehens gegen die §§ 105 b und 148 a der Gewerbe-  
Ordnung zu einer Geldstrafe verurteilte, indem es davon aus-  
ging, daß die Schmiede Fündles ein selbstständiger Betrieb sei, der  
den Bestimmungen des § 105 b über die Sonntagsruhe unterstehe.  
Auf die Revision des Angeklagten hob das Kammergericht das  
landgerichtliche Urteil wieder auf und wies die Sache zu nochmaliger  
Verhandlung und Entscheidung an die Berufungsinstanz zurück. Begründend  
wurde ausgeführt: Von dem Expeditions- und Abfuhrbetriebe des  
Angeklagten sei das Abfuhrgeschäft als Hauptgeschäft anzusehen und  
dem Verkehrgewerbe zuzurechnen. Darauf sei aber nach  
§ 105 b der § 105 b nicht anzuwenden. Da nun die Schmiede des  
Angeklagten nicht selbstständig betrieben werde, sei sie als ein  
Teil seines Verkehrgewerbes zu behandeln und  
nicht als Werkstatt im Sinne des § 105 b. Somit könne F.,  
obwohl er an verschiedenen Sonntagen in der Schmiede arbeiten  
ließ, nicht wegen Vergehens gegen die fraglichen Bestimmungen  
der Gewerbe-Ordnung bestraft werden. Der Senat habe ihn we-  
dessen nicht ohne weiteres freisprechen können, denn es bleibe noch  
zu prüfen, ob F. nicht etwa gegen die Regierungsvorschriften ver-  
stoßen habe, die zum Schutze der anheren Heiligung der Sonn-  
und Feiertage erlassen seien. Das Landgericht habe die entsprechenden  
Bestimmungen vorzunehmen und demgemäß zu entscheiden.

Die Unruhen, welche in Hannover während des dortigen  
Strafendahn-Ausstands entstanden sind, beschäftigten  
gegenwärtig das Schöffengericht. Es haben sich vorläufig 7 Personen  
als „Abdelsführer“ zu verantworten; etwa 60 Zeugen sind geladen.  
Einer der Angeklagten, Namens Aramer, mußte aus der Unter-  
suchungshaft entlassen werden, da der Staatsanwalt im Laufe der  
vorgestrigen Verhandlung erklärte, gegen ihn den Strafbefehl nicht  
aufrechterhalten zu können.

## Versammlungen.

In einer gut besuchten Vertrauensmänner-Versammlung  
des Holzarbeiter-Verbandes referierte am 20. d. Mts. im Ge-  
werkschaftshaus Dr. Heinemann über: „Der Arbeitsvertrag nach dem

neuen Bürgerlichen Gesetzbuch.“ Der Arbeitsvermittler berichtete im  
2. Punkt der Tagesordnung, daß im verfloffenen Monat Differenzen  
in einer Reihe von Betrieben stattgefunden haben, die aber alle bei-  
gelegt wurden, ohne daß es zum Streik gekommen wäre. Nur bei  
Stellmagill kam es zur Arbeitsniederlegung, während bei Richter die  
Unterhandlungen noch nicht beendet sind.

Auf Antrag der Ortsverwaltung wird beschlossen, bei Verstat-  
tungs der Unterführung auf 12 M. für ledige und 15 M. für ver-  
heiratete Mitglieder zu erhöhen, wenn dieselben die im neuen Statut  
vorgesehene Karenzzeit hinter sich haben. Diejenigen Mitglieder,  
welche die Extrabeiträge regelmäßig geleistet haben, erhalten einen  
Zuschuß von 3 M. pro Woche. Bei Branchenstreik wird die Unter-  
führung nach wie vor von der Generalversammlung festgelegt.

Eine Versammlung von Konfektionschneidern, die am  
Montag Brunnenstraße 15 tagte, stimmte dem schon von einer  
früheren Versammlung genehmigten Lohnarif, sowie der Forderung:  
Einführung von Betriebswerkstätten zu und beschloß, diese Forde-  
rungen der Konfektionschneider am 1. Oktober den Unternehmern  
einzureichen. In der Aussprache, welche dem Beschluß vorberging,  
betonten Böbus, Kull und andre Redner mit Nachdruck auf  
den schwachen Besuch der Versammlung, daß, wenn die geplante  
Lohnbewegung Erfolg haben soll, das Interesse der Konfektions-  
schneider an derselben ein lebhafteres werden müsse. Ritter, A. Ver-  
tretermann vom Centralverband der Schneider, suchte den An-  
wesenden klar zu machen, daß die Vorbedingung einer Lohnbewegung  
der Anschluß an eine große, leistungsfähige Organisation sei und  
das von der lokalen Vereinigung ins Werk gesetzte Vorgehen der  
Konfektionschneider wenig Erfolg verspreche, wenn dieselben nicht  
Zählung nehmen mit ihren Kollegen der andren Branchen des  
Schneidergewerbes.

In einer Versammlung der Schneider, die am Dienstag  
im „Friedrichshofischen Kasino“ in der Friedrichstraße stattfand und  
von über 1000 Personen, darunter auch viele Frauen, besucht war,  
referierte Ritter über die Frage: Welche Konsequenzen zieht die  
Arbeitslosigkeit aus dem Wortbruch einzelner Unternehmer?  
Die Firmen: Fortrefflich, Baum, A. Wertheim,  
Bestend, Chloting und Horwig waren brieflich  
zu dieser Versammlung eingeladen worden. Der trotz  
des ungünstigen Wetters überaus starke Besuch der Versammlung  
kennzeichnete am deutlichsten das rege Interesse der Beteiligten. Referent  
erwähnte zunächst, daß der von den Schneidern aufgestellte Lohnarif  
in der jüngsten Lohnbewegung im allgemeinen zwar anerkannt, aber  
nach Verlauf der flotten Geschäftszeit von den Unternehmern wie üblich  
wieder rückgängig gemacht worden sei. In dieser Hinsicht  
halten die Firmen A. Wertheim, Horwig u. Cie., Fortrefflich, Wolf  
u. Keller u. Ka. sich besonders hervorgehoben. Die Firma Baum rächte  
sich darüber, daß bis jetzt zwar keine Abhilfe gemacht, dafür aber  
alle unzufriedenen Elemente am Pfingst-Sonntag entlassen  
wurden! Die von der Lohnkommission dagegen erhobenen Ein-  
wendungen wurden von der Firma mit einem längeren  
schwunghaften Schreiben beantwortet. Als Rechtfertigung für  
die Entlassung derjenigen Arbeiter, die bis dahin zur Zufriedenheit  
der Firma gearbeitet, wurde u. a. ausgeführt, daß sie nur aufwands-  
halber beschäftigt worden seien, denn die Arbeiter hätten  
eigentlich nur 15 Mark verdient, aber 30 Mark erhalten,  
während sie der Firma sogar 60 Mark pro Woche gelohnt hätten!  
(Erläuternde Heiterkeit!) Die Schuld an solchen Vorgängen  
könne man aber bei den Firmen Baum und A. Wertheim weniger  
den Zuschauern als den Angeklagten zuschreiben. Der Zuschneider  
Rauß bei Baum könne besonders als Beispiel angeführt werden.  
Bei Wertheim seien oft ebenso viel Lohnarife als Ar-  
beiter. Die Firma Wolf u. Keller wolle eingesehen haben,  
daß die Zustände unter dem neuen Tarif unhaltbar seien, aber  
darüber nicht mehr mit der Lohnkommission, sondern nur mit  
den Arbeitern verhandelt. Die Firma Baum rechtfertigte sich damit,  
daß sich die Arbeiter selbst für 25 aufstift 27 M. angeboten hätten.  
Die Firma Goldschmidt, welche überwiegend Kellnerarbeiten anfertigt  
(Aufse: Brad 8 M.), habe namentlich bei den Heimarbeitern be-  
deutende Abzüge gemacht, da aber bedauerlicherweise gerade die  
Heimarbeiter es seien, welche sich gegenseitig selbst unterbieten,  
ohne sich um die Forderungen der Organisation oder die Bestimmungen  
der Gewerbe-Ordnung zu kümmern, müsse immer wieder die  
Kontrolle der Heimarbeiter durch die Gewerbe-Aufsicht  
gefordert werden.

Aber auch die Innungsmeister, namentlich die Herren  
Collin und Obermeister Kaufe, hätten ihrem Unmut über den  
Tarif brieflich Ausdruck gegeben und ihren eignen, eigentlich  
5 Tarife, ausgearbeitet. Diese Herren seien aber der Meinung,  
daß eine Besserung der Verhältnisse wohl möglich sei, wenn auch  
die Meister organisiert wären! Redner sagt das Ergebnis seiner  
ausführlichen, etwa anderthalbstündigen Darlegungen dahin zu-  
fassen, daß man als beste Antwort auf das wortbrüchige Ver-  
halten der Unternehmer zunächst die Stärkung der Organisation  
betrachten müsse. Ferner sei in der Zwischenzeit eine fort-  
dauernde rege Werksstätten-Agitation zu entfalten, um  
den Kampf mit neuen Kräften zum Herbst wieder aufnehmen  
zu können. Dann werde man auch die auf dem nächsten Schneider-  
kongress in Halle zur Beratung gelangenden Forderungen: Ein-  
führung fester Lohnarife, Errichtung von Betriebswerkstätten und  
strenge Kontrolle der gesamten Heimarbeit auf Neue mit Nachdruck  
zur Geltung bringen können. (Lang anhaltender Beifall.)

Vom Vorsitzenden Schulz zur Eingetragung aufgefordert, ver-  
suchten die Herren Biechen und Herzberg von der Firma  
A. Wertheim, die Schilderungen des Referenten zu widerlegen, und  
namentlich ihr persönliches Verhalten den Arbeitern gegenüber  
zu rechtfertigen. Auch ein Herr Lippmann als Vertreter seiner  
hochachtbaren, seit 25 Jahren bestehenden Firma in der Pantburger-  
straße verliest eine iudizielle Rechtfertigung, die darin gipfelt, daß  
„eine Arbeiter „alle zufrieden“ seien; daß man auch nur den von  
der Schneider-Innung ausgearbeiteten Tarif bezahlen könne, da der  
von den Arbeitern aufgestellte Tarif nur den „vollständigen  
Mißgang der ganzen Schneiderei“ herbeiführen werde! (Erläuternde  
Heiterkeit!) Vohn verweist besonders auf die Schwin-  
konturierung der Meister und Unternehmer, die nur durch  
einstimmiges Vorgehen aller Arbeiter bestraft werden könne. (Beifall.)  
Stollenberg und einige andre Redner widerlegen unter viel-  
facher Heiterkeit und Entrüstung der Versammlung die Rechtfertigungen  
der Vertreter der Firma Wertheim, deren Angestellte  
nicht nur durch Lohnbrüche, sondern auch ganz ungebührliches  
Betragen gegen Arbeiter und Frauen vielfach drangalierten. Es  
müsse darauf gedrungen werden, daß bei Wertheim nur ein Tarif  
für alle Arbeiter Geltung habe.

Ritter empfiehlt in seinem Schlußwort als Antwort gegenüber  
den Unternehmern nachstehende Resolution: „Die Versammlung der  
Schneider Berlins protestiert energisch gegen die Willkür mehrerer  
Unternehmer, die in jeder ehrsüchtigen Gesinnung lohnspendenden  
Weise den im Frühjahr 1900 bewilligten Tarif nicht mehr inne-  
halten. Die Anwesenden erklären, mit allen zu Gebote  
stehenden Mitteln alle diese Unternehmer und ihr Gebahren während  
der flauen Geschäftszeit öffentlich zu brandmarken! In dieser  
Erwägung werden die Leiter der Organisation resp. der Vertrauens-  
mann der Schneider Berlins beauftragt, zu geeigneter Zeit dafür zu  
wirken, daß die mit den Unternehmern vereinbarten Forderungen  
auch von diesen endgültig anerkannt werden.“ Nachdem Schulz  
noch zur regen Beteiligung an den bevorstehenden Gewerbe-  
gerichtswahlen aufgefordert, wurde obige Resolution ein-  
stimmig angenommen und hierauf die inopante Versam-  
lung ipat nach Mitternacht geschlossen.

Essentielle Versammlung der Bauarbeiter Berlins und  
Umgebung vom 24. Juni im großen Saale des Gewerkschafts-  
hauses. Ueber die Agitation der Bauarbeiter in der Provinz  
Brandenburg hatte Behrendt-Wilmersdorf das Referat über-  
nommen, derjelbe entrollte in kurzen, treffenden Zügen ein Bild der  
Lage der Bauarbeiter. Diefelben seien als ungelernie Arbeiter bei  
einem wirtschaftlichen Aufschwung die letzten, welche davon profitieren,  
aber bei dem Niedergange die ersten, die denselben verspüren, und  
zwar aus dem einfachen Grunde, weil die Bauarbeiter keine ge-

nügend starke Organisation besitzen. Es sei zwar in Berlin nebst umliegenden Gemeinden, dank der Organisation bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erringen. Die Kollegen hätten aber gerade deshalb die Pflicht, zur Verteidigung des Ertrages für den Ausbau der Organisation nun erst recht tätig zu sein. Es sei nötig, hauptsächlich eine regere Agitation unter den Bauarbeitern in der Provinz zu betreiben, damit auch dort die Kollegen den Wert einer Organisation begreifen lernten. Sämtliche Disziplinierungsverfahren für eine regere Agitation unter den Bauarbeitern in der Provinz ein. Ein Antrag Gebhardt, der Agitationskommission 1000 Mark zu überweisen, wurde einstimmig angenommen. Zur Verstärkung der Kommission wurden Krenthaler und Heidemann gewählt, als ständiges Mitglied derselben wurde Behrendt beauftragt. Hierauf erstattete Gehmann seinen Bericht als Gewerbegerichts-Beisitzer. Als Kandidat zur Ersatzwahl für Gehmann, welcher ausscheidet, wurde Wötcher aufgestellt. Der Antrag Heidemann, die statistischen Fragebogen des Hauptvorstands durch die Lohnkommission resp. Baudeputierten auszugeben und wieder einzuziehen, wurde angenommen. Auf Antrag wurde die Versammlung einem kranken Kollegen überwiesen. Ferner wurde auf die Arbeitseinstellung der Kleinfachen Arbeiter der Firma Wesell und der der Fabrikpinner der Firmen Anauer und Knans hingewiesen und ersucht, diesen gegenüber das Solidaritätsgefühl zu beweisen.

In der Versammlung der Brettschneider erstattete G. Örg Bericht über den beendeten Streik. An Einnahmen waren 1900,70 M. vorhanden, die Ausgaben beliefen sich auf 1797,45 M., der Ueberschuss wurde dem Kassierer überwiesen. Sodann wurde eine Kommission von drei Mann gewählt, die mit dem Bericht der Vertreter über eine eventuelle Verschmelzung der Vereine verhandeln soll.

Die Mitglieder des Centralverbandes der Glaser hielten am Donnerstag eine Versammlung ab, in welcher die Delegierten Hoffmann und Rogow den Bericht vom Verbandstag in Stuttgart gaben. Es war daraus zu entnehmen, daß die Einnahmen 1000 M. mehr betragen trotz größerer Ausgaben, und sind dem Verband 800 Mitglieder neu zugeführt. Nach einer lebhaften Debatte, worin besonders der späte und so kurze Bericht im „Vorwärts“ gerügt wurde, machte der Gewerbegerichts-Beisitzer Starke über seine Thätig-

keit für das Jahr 1900 Mitteilung und wurde dann die Versammlung geschlossen.

**Verband deutscher Barbier, Friseur etc. (Zweigverein Berlin)**  
Donnerstag, den 28. d. M., abends 10 1/2 Uhr, bei Schiller, Rosenhallerstraße 57; Versammlung. Vortrag des Kollegen Deichsel.

**Marktpreise von Berlin am 26. Juni 1900**  
nach Ermittlungen des fgl. Polizeipräsidiums.

Getzen, gut D-Str.	14,80	14,40	Rartoffeln, neue, D-Str.	10,00	7,00
„mittel	14,30	13,90	Rindfleisch, Rente 1 kg	1,60	1,20
„gering	13,80	13,40	„do. Bauch	1,20	1,00
*) Roggen, gut	15,25	14,85	Schweinefleisch	1,60	1,20
„mittel	14,75	14,35	Rindfleisch	1,60	1,20
„gering	14,25	13,85	„do. Bauch	1,20	1,00
Getze, gut	14,80	14,40	Schweinefleisch	1,60	1,20
„mittel	14,30	13,90	Rindfleisch	1,60	1,20
„gering	13,80	13,40	„do. Bauch	1,20	1,00
*) Hafer, gut	15,60	14,80	Dammfleisch	1,60	1,20
„mittel	14,70	14,00	Butter	2,40	1,80
„gering	13,90	13,20	Eier 60 Stück	3,60	2,80
Milchstroh	7,00	6,16	Karfen 1 kg	2,80	1,40
Heu	9,40	8,20	Kale	2,80	1,40
Größen	40,00	35,00	Hander	2,60	1,20
Speisebohnen	48,00	40,00	Decke	2,40	1,20
Pinien	70,00	60,00	Parfä	1,80	0,80

\*) ab Bahn.  
\*) frei Wagen und ab Bahn.

**Produktmarkt vom 27. Juni.** Getreide. Starke Verkäufe der Haufiers und Realisierungen des Kontinents haben gestern in Amerika einen starken Rückgang der Weizenpreise um 4 Proz. herbeigeführt. Dronchin legte der Kritik auch am hiesigen Frühmarkt sehr matt ein und war über 3 M. billiger offeriert. Am Mittagmarkt blieb die Tendenz für Weizen anfänglich matt, da auch Ostreichslungen schöne Preisermittlungen landte. Roggen wurde davon nur wenig berührt und blieb durchweg bespätet. Am Weizenmarkt trat späterhin wieder eine Erholung ein, da die Interessenten offenbar der alten Bauernregel, daß Regen am Sieben-schläferstage (27. Juni) eine längere Regenperiode in Aussicht stelle, Bedeutung beilegen. Nach sehr wenig belebtem Verlauf des Verkehrs schloß Weizen nach per Juli 2 M., per September 2,50 M. niedriger als gestern. Roggen blieb ziemlich unverändert. Hafer war unter dem verfallenen Einfluß der Gefamtenzucht 0,75 billiger zu haben. Wehl nach schwächerem Beginn zuletzt etwas fester. Kaffee prädigaltend.  
Speisebohnen loco 0,10 M. höher.

**Städtischer Schlachtviehmarkt.** Berlin, 27. Juni 1900. Amtlicher Bericht der Direktion. Zum Verkauf standen: 288 Rinder, 2018 Kühe, 2033 Schafe, 7288 Schweine. Bezahlt wurden für 100 Pfund oder 50 Kilogramm Schlachtgewicht in Mark (Beziehungswerte für 1 Pfund in Pf.): für Rinder: a) vollfleischige, ausgewachsene, höchsten Schlachtgewichtes, höchstens 7 Jahre alt 00-00, b) junge fleischige, nicht ausgewachsene und ältere ausgewachsene 00-00; c) mäßig genährte junge und gut genährte Ältere 00-00; d) gering genährte jeden Alters 00-00. — Bullen: a) vollfleischige höchsten Schlachtgewichtes 00-00; b) mäßig genährte jüngere und gut genährte Ältere 00-00; c) gering genährte 40-50. — Färsen und Kühe: a) vollfleischige, ausgewachsene Färsen höchsten Schlachtgewichtes 00-00; b) vollfleischige, ausgewachsene Kühe höchsten Schlachtgewichtes bis zu 7 Jahren 00-00; c) ältere ausgewachsene Kühe und wenig gut entworfene jüngere Kühe und Färsen 00-00; d) mäßig genährte Kühe und Färsen 40-48; e) gering genährte Kühe und Färsen 42-44. — Kälber: a) fleischige Kälber (Vollfleisch) und beste Saugkälber 60-70, b) mittlere Kälber und gute Saugkälber 60-64, c) geringe Saugkälber 50-55, d) ältere, gering genährte (Fresser) 35-40. — Schafe: a) Vollwolle 60-65, b) mäßig genährte Hammel 60-65, c) ältere (Wergschafe) 51-55, d) Halbfleiner Kleiderungs-schafe (Lebendgewicht) 00-00. — Schweine: a) vollfleischige der feineren Rassen und deren Kreuzungen im Alter bis zu 1 1/2 Jahren 47-48, b) Rassen 44-45, c) fleischige 40-42, d) gering entwickelte 00-00, e) Saunen 00-00.  
Verlauf und Tendenz. Vom Rindermarkt blieben ungefähr 50 Stück un verkauft. Der Kälbermarkt gestaltete sich langsam. Bei den Schafen fanden ungefähr 1100 Stück Abzug. Der Schweinemarkt verlief glatt, Schluß fest und wurde geräumt.

**Briefkasten der Redaktion.**  
Die juristische Sprechstunde findet Montag, Dienstag und Freitag von 7-9 Uhr abends statt.  
R. 6. 1900. 1. Die Garnisonverwaltung hat das Gehalt abzüglich des etwaigen Krankengeldes zu zahlen. 2. Rein. — Richter. Ob Sie den Vertrag mündlich, schriftlich, notariell oder gerichtlich abschließen, ist unerheblich; er ist festschließend, wenn er in der Absicht der Benachteiligung von Gläubigern geschlossen werden soll. — Rechts. Das Werk können Sie in jeder Buchhandlung erhalten. — D. W. 3. 1. Ja. 2. Vom 1. Oktober ab tritt das Gesetz in Gültigkeit. — D. 25. 1. Rein. 2. Wegen geringer Fehler juristisch. — Richter. 1. Die Adressen der Kreisrichter sind aus dem Adresskalender zu ersehen. 2. Es kann die Zulassung unter diesen Umständen verweigert werden. — H. D. Charlottenburg. Sie können selbst bestimmen, in welcher Religion Ihr Kind erzogen werden soll.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

**Theater.**  
Donnerstag, den 28. Juni  
Opernhaus. Geschlossen.  
Schauspielhaus. Geschlossen.  
Neues Opern-Theater (Kroll).  
Der Mikado. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Sessing. Daisy (A runaway girl).  
Anfang 7 1/2 Uhr.  
Berliner. Berlin bei Nacht. An-  
fang 7 1/2 Uhr.  
Neuburg. Die Dame von Maxim.  
Anfang 7 1/2 Uhr.  
Neues. Hüttenwachen. Anfang 8 Uhr.  
Erben. Hochzeit. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Schiller. Die Hugenotten. Anfang  
7 1/2 Uhr.  
Central. Berlin nach Ost. Anfang  
8 Uhr.  
Thalia. Im Himmelhof. Anfang  
7 1/2 Uhr.  
Carl Weich. Am Spieltisch des  
Lebens. Anfang 8 Uhr.  
Victoria. Sündige Liebe. Anfang  
8 Uhr.  
Friedrich. Wilhelmstädisches.  
Im Garten: Großes Konzert u.  
Specialitäten-Vorstellung.  
Belle-Alliance. Im Märchen-  
walde. Anfang 8 Uhr.  
Metropol. Specialitäten-Vorstellung.  
Der Zauberer am Nil. Anfang  
8 Uhr.  
Apollo. Specialitäten-Vorstellung.  
Sensu auf Erden. Anfang  
7 1/2 Uhr.  
Reichshallen. Stettiner Sänger.  
Anfang 8 Uhr.  
Passage-Panopticum. Speciali-  
täten-Vorstellung.  
Hronia. Invalidenstr. 57/62.  
Täglich abends von 8-10 Uhr:  
Sternwarte.  
Taubenstr. 18/19. Abends  
8 Uhr (im Theaterlokal): „Von  
den Alpen zum Vesuv“.

**Urania**  
Taubenstr. 48/49.  
Im Theater abends 8 Uhr:  
„Von den Alpen zum Vesuv“.  
Invalidenstr. 57/62:  
Tägl. Sternwarte.  
Nachmittags 5-10 Uhr.

**Panopticum.**  
Letzte Woche!  
Riesen u. Zwerge.  
Von 7 Uhr ab:  
Specialitäten-Vorstellung

**CASTANS**  
**PANOPTICUM**  
Friedrichstr. 105.  
Neu!! Neu!! Neu!!  
Das Sensations-Kolossal-  
Tableau: Das Liebes-  
drama im Eisbären-  
Zwinger!  
Die Porträt-Figur Gözezis!  
in der „Schreckenskammer“!  
Die vorzögl. Rumänische  
National-Damenkapelle.

**W. Noacks Theater.**  
Brennenstraße 16.  
Täglich  
Theater und Specialitäten-  
Vorstellung.  
Hunderttausend Mark  
Wette mit Gefang in 1 Akt  
von G. Braune. Wust von Heide.  
Neu! Grüne Jungs. Neu!  
Operetten-Wette in 1 Akt von Leopold  
G. H. Wust von Victor Holländer.  
Im  
Saal: Großer Ball.  
Carl Weiss-Theater  
Gr. Frankfurterstraße 132.  
Letzte Woche! Letzte Woche!  
Am Spieltisch des Lebens.  
Sensations-Schauspiel in 5 Bildern von  
Ritterleib und Steiner.  
Anfang 8 Uhr.  
Vorabendbilletts haben Gültigkeit.  
Sonnabend: Die Cameliendame.  
Warg. Gaudier; Lucie Essenborn a. D.  
Im Garten:  
Theater, Specialitäten, Konzert.  
Anfang 8 1/2 Uhr.  
Jeden Sonntag: Sommernachtsfest.

**Metropol-Theater.**  
Täglich 9 Uhr 10 Min.:  
Der Zauberer am Nil.  
Burladete Ausstattungs-Operette.  
Mumien-Ballett  
und das brillante  
Juni-Specialitäten-Programm  
Anf. 8 Uhr. Rauchen überall gestattet.

**IM ZOOLOGISCHEN GARTEN**  
Unsere neuen Landleute vom andern Ende der Welt:  
**Samoaner**  
— Samoanisches Dorf im Kranze grüner Palmen. —  
Einzig in der Welt dastehende Vorführungen, un-  
erreicht in Kraft, Gewandtheit und Grazie!  
Geöffnet von 9-12 und 3-8 Uhr. Vorführungen 11, 3 1/2, 5, 6 1/2 Uhr.  
Wer die Samoaner sehen will, braucht nicht auch  
Entree für den Zoologischen Garten zu zahlen.  
Entree direkt zu den „Samoanern“ (Stadtbahn-Eingang  
Zoologischer Garten) 50 Pf., Kinder 25 Pf.  
Besucher des Gartens zahlen 25 Pf., Kinder 15 Pf.

**Schweizer-Garten.**  
Am Königsplatz. — Halle-Halle der elektr. Ringbahn. — Am Friedrichshof.  
Täglich: Konzert, Theater,  
Specialitäten-Vorstellung und Ball.  
Flamentod The two Paulys  
mit ihrem Sports-Akt  
auf d. Lawn-tennis-Platz,  
eines indischen Witwe,  
ausgeführt  
von Fritzi Destree.  
— Serpentin- u. Flamentänzerin. —  
Drahtseilgänger par excellence.

**Max Kliems Sommer-Theater**  
Gartenstraße 13-15.  
Kritische Zeitung: Paul Milbits.  
Täglich: Gr. Doppel-Konzert, Theater u. Specialitäten-  
Vorstellung.  
Häbels Troupe — Brothens Bilderdor — M. H. G. — Dr. Alphonse  
— Karl Kromer — Minna Schön (erstklassige Specialitäten).  
Jeden Montag: Sommerfest. — Mittwoch: Die beliebten  
Kinderfeste. — Donnerstag: Elite-Tag.  
Die Kaffeeküche ist täglich von 2 Uhr an geöffnet.  
2 hochgelegene Regelbühnen, Märchenbühnen, Roubrotel, Blumenband u.  
Sonntag, Montag und Donnerstag: Familien-Kränzchen.  
Max Klem.

**Victoria-Brauerei.**  
Lützowstr. 111/112.  
Im Garten oder Saal  
Täglich:  
Norddeutsche  
Sänger  
Gührmann,  
Hoch, Walde).  
Anfang: Son-  
tag 7, Wochen-  
tag 8 Uhr.  
Entree 50 Pf. Soverkauf 40 Pf.  
Kausillen-Billetts 3 Stück 1 M.  
Bonds nur in der Woche gültig.  
Sonntag und Donnerstag:  
Tanzkränzchen.

**Puhlmanns**  
Vaudeville-Theater.  
Schönhauser-Allee 148.  
Kastanien-Allee 97-99.  
Täglich:  
Konzert, Theater und  
Specialitäten-Vorstellung.  
Künstler I. Ranges. — Im  
renovierten Saale: Großer  
Ball. — Anfang 4 Uhr.  
Lehmann.

**Prater-Theater.**  
Kastanien-Allee 7-9.  
Täglich: Der wilde Jäger,  
rom. Sage u. Gesang u. Tanz in 4 Akt.  
v. Hugo Scholz, Musik v. H. Kerkens. —  
Ballett mit Vertung d. Balletmeisterin  
Hil. Böing. — Kastrizen d. Excentric  
Ghastonnet-Kollaborat. d. Grotesque-  
Quartett. Ueberle-Troupe, Afrohaten,  
Brothers Vebra, Besche-Akrobaten, Fred  
u. Ray, Chinesen. The Greenwood,  
Pantomime: „Die mußte Schmeide“.  
Konzert — Im Saale: Ball. Anfang  
4 Uhr. Eintritt 30 Pf. Nummerierter  
Platz 50 Pf. Kalbo.

**Reichshallen.**  
Täglich: Stettiner Sänger.  
Anfang:  
Wochentags 8 Uhr.  
Sonntags 7 Uhr.  
Entree 50 Pfennig.  
Soverkauf 40 Pf.

**Bettfedernreinigung**  
elektrischer Betrieb,  
Grüner Weg 3. [49302\*  
Hauschild & Ketzitz.  
Bühne v. 2 M. an.  
Teilschaltung.  
Reparaturen in 2 Stunden.  
Zahnziehen schmerzlos!  
Plombieren, Spreiz, 8-9.  
Blumenstraße 25.  
R. Lange, Ecke Markstraße.

**Belle-Alliance-Theater.**  
Sonnab., 30. Juni: Gastspiel Fregolina.  
Im herrlichen Sommergarten:  
Grosses Garten-Konzert.  
Specialitäten-Vorst. I. Ranges.  
Weltbekannte Illumination.  
Sensationell: Im Märchenwald!  
Auf. 8 Uhr. Eintritt 50 Pf. Ende 11 Uhr.  
Freitag: L. Elite-Tag.

**Halensee.**  
Sommer „Kurfürstenpark“  
Theater. Ludwig Kluge.  
Kritik Vertung: Direktor Oskar Wagner.  
Heute und folgende Tage:  
Odysseus Heimkehr.  
Burladete von Oskar Wagner. Musik  
von Fritz Krause. [48592\*

**Deutsche Konzert-Hallen**  
Stadtbahnhof Börse.  
Täglich:  
Grosse Theater- und Variété-  
Vorstellung.  
Die Humoristen Gfbbach, Grosch,  
Zimmermann, Gursch, Benari.  
„Die Lucia von Rigdorf“  
sowie  
Sergeant Schneidig und  
militärische Eindrücke.  
Beginn der ausländischen Orchester  
wochent. 6 Uhr, der Theaterab. 8 Uhr.

**Schiller-Theater**  
(Wallner-Theater).  
Morwitz-Oper.  
Donnerstag, abends 7 1/2 Uhr:  
Die Hugenotten.  
Große Oper in 4 Akten von Giacomo  
Meyerbeer.  
Freitag, abends 7 1/2 Uhr:  
Das  
Glückchen des Eremiten.  
Sonnabend, abends 7 1/2 Uhr:  
Populäre Vorstellung  
(bei halben und ermäßigten Preisen):  
Die beiden Schützen.  
Sonntag, nachmitt. 3 Uhr:  
bei halben Preisen:  
Czar und Zimmermann.  
Sonntag, abends 7 1/2 Uhr:  
Wilhelm Tell.

**Central-Theater**  
Anfang 8 Uhr:  
Sensationeller Lacherfolg!  
Berlin nach Elf.  
Gr. Wette in glänzender Ausstattung.  
Die sensationellen Schläger:  
Eisenbahn-Quartett! Cordula!  
Anfang der Parfums.  
(Blühendes Ballett).  
Morgen und folgende Tage: Berlin  
nach Elf.

**Apollo-Theater.**  
Sam 139. Male:  
Mit sensationellem Erfolg:  
Venus auf Erden.  
Frères Hoste. — Ede Hoffer.  
Bernhard Morbitz.  
Iben Obed. — Fr. Bellina.  
José Garcia.  
Brothers Morely. Kosmogroph.  
Schauspiel. 6 Uhr. — Anf. 7 1/2 Uhr.

**Neue Mühle bei Königs-Wusterhausen.**  
Zu Dampf- und Landpartien vorzüglich geeignet.  
Otto Beyers Restaurant „Zur Schleuse“  
1000 Personen fassend. Regalbahnen, Kaffeeküche.  
Vollständigen. [14189  
Für Vereine und Fabriken constanteste Bedingungen.  
Einzige Dampf-Anlage in Neue Mühle.  
**Brunnenbad.**  
Meine Anstalt befindet sich nach dem Brande  
wieder im vollständigen Betriebe. 4924L\*  
H. Mania, Brunnenstr. 16.

**Arbeits-Bekleidung**  
für Mechaniker, Bildhauer, Maler, Schlosser, Schlichter, Konditoren, Friseur.  
En gros - Detail. 4070L\*  
**D. Wurzel & Co.,**  
Wrangel-Strasse 17, Ecke Manteuffel-Strasse.  
Zähne 2 M.  
10 Jahre Garantie. Vollkommen schmerzloses Zahn-  
ziehen i. M. Plomben 1,50 M. Teilz. wöchentl. i. M.  
Zahnarzt Wolf, Leipzigerstr. 130, Sproachst. 9-7.  
**Geschäfts-Bericht**  
der Genossenschafts-Bäckerei  
„Vorwärts“  
Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung in Berlin.  
Am Ostbahnhof Nr. 3.  
Bilanz-Conto am 31. Dezember 1899.  
Aktiva. Passiva. M.  
An Cassa-Conto . . . . . 84,57 Per Darlehen-Conto . . . . . 1900,—  
An Waren-Conto . . . . . 1201,— An Passiv-Conto . . . . . 873,32  
An Gehebel-Conto . . . . . 1152,75 An Reservefonds-Conto . . . . . 485,22  
An Umlauf-Conto . . . . . 135,45 An Geschäftsbank-Conto der  
An Konsumverein-Eid . . . . . 18,50 Mitglieder . . . . . 380,—  
An Conto-Corrent-Conto . . . . . 1499,67 An Gewinn u. Verlust-Conto  
An Debitoren . . . . . 4200,94 Gewinn pro 1899 . . . . . 571,40  
Sa. 4200,94 Sa. 4200,94  
Zahl der Genossen am 31. Dezember 1899: 7. Die Zahl der Genossen,  
sowie die Geschäftszahlen und die Hoffmann der Genossen haben sich  
im Jahre 1899 weder vermehrt, noch vermindert. — Die Gesamt-Gesamtluma  
beträgt 380 Mark.  
Hermann Teupel, Geschäftsführer. Friedrich Vahdter, Kassierer.  
Theodor Doehow, Vorsitzender des Aufsichtsrats.

# Achtung! Moabit. Achtung!

Donnerstag, den 28. Juni, abends 8 Uhr, im Moabiter Gesellschaftshaus, Alt-Moabit 80-81:

## Grosse öffentliche Volksversammlung.

Tages-Ordnung:  
1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Heine über: „Einiges vom neuen Recht aus dem Bürgerlichen Gesetzbuch“, 2. Diskussion 3. Beschließendes.  
Frauen sind besonders hierzu eingeladen. Der Vertrauensmann.

## Arbeiter Berlins!

Von den Hünepolder Cigarrenfabrikanten haben die nachfolgenden die Lohnforderungen der Arbeiter be- willigt: H. Sporn, Dietrich (Hansch Nachf.), K. Weigel, R. Klähre, W. Enlig, O. Wessly, R. Reimke, G. Franz, F. König, H. Müller, A. Hurras, R. Bar, Reinhold Kaiser, Karl Uhlisch, Adolf Hartung, Paul Winkler, Max Pischel. Die Kommission der Berliner Tabakarbeiter.

## Konjunkturverein Berlin-Nixdorf

Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung.  
Heute, Donnerstag, den 28. Juni, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal des Herrn Bröder, Waldemarstraße Nr. 75:  
**General-Versammlung.**

Tages-Ordnung:  
1. Bericht des Vorstands, 2. Nachmalige Beschlusfassung über Abänderung des § 26 des Statuts, 3. Antrag auf Anschluss an den Allgemeinen Verband der deutschen Gewerks- und Betriebsgenossenschaften und den Revisionen-Verband der Provinz Brandenburg, 4. Antrag über Betreffend: Beschlusfassung über ein Minimumgehalt und eine Maximalarbeitszeit für alle besoldete Angestellte, 5. Antrag über Betreffend: Abänderung des § 13, 16, 40 des Statuts, 6. Antrag über Betreffend: Abänderung des § 8 des Statuts, 7. Anträge Müller und Granel auf Abänderung der §§ 18 und 26 des Statuts. — Mitgliederbuch legitimiert.  
Der Vorstand.  
Wilh. Jäger, W. Conrad.

## Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Morgen, Freitag, 29. Juni, abds. 8 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“, Engel-Ufer 15:

Sitzung der Ortsverwaltung und der Werkstatt-Kontrollkommission.

## Achtung, Parkettleger!

Heute, Donnerstag, den 28. Juni, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15:

**Kommissionssitzung mit Vertretern aus den Betrieben.**  
Es ist notwendig, daß sämtliche Firmen vertreten sind. Ferner werden die Kollegen darauf aufmerksam gemacht, daß jeder Arbeitslose sich auf dem Arbeitsnachweis anmelden muß.

## Bauhandwerker-Krankenkasse für Berlin und Umgegend

(Eingetrag. Kasse Nr. 118).  
Am Sonntag, den 29. Juli, vormittags 10 Uhr, im Saal des Herrn Schulze, Grenadierstraße 33:

## Ordentliche Generalversammlung.

Tages-Ordnung:  
1. Bericht des Kassierers vom 2. Quartal, sowie Revisionsbericht, 2. Bericht des Vorstands und des Aufsichtsrats, 3. Wahl sämtlicher Hilfskassierer, 4. Jährliche Kassenabrechnung.  
Die Versammlung wird pünktlich eröffnet. Mitgliedsbuch legitimiert.  
Der Vorstand, J. A. H. Metzke.  
Ferner machen wir die Mitglieder darauf aufmerksam, daß durch Generalversammlungs-Beschluß vom 1. Juli die Änderung mit den Verträgen eintritt und sind vom Sonnabend, den 30. Juni im Bureau der Kasse, sowie bei sämtlichen Hilfskassierern die neuen Verträge zu empfangen zu nehmen. Bei Nichtempfangnahme fremder Verträge hat die Kasse nicht und müssen die dadurch entstandenen Kosten von den Mitgliedern selbst getragen werden.

Für die zahlreichen Beweise herzlicher Teilnahme sowie die reichen Blumenspenden bei der Beerdigung meines geliebten Mannes sage ich allen Kollegen, Freunden und Bekannten meinen tiefgefühlten Dank.  
Minna Schultz, 49992  
Pustiten-Strasse Nr. 29.

**Schultze,**  
Wasserthorstr. 1/2, I.  
Behandlung aller Haut-, Horn- und Blasenleiden ohne jegliche Berufshörung. 3973L  
Sprechstunden 9-2 u. 5-9.  
Donnerstagsvormittag keine Sprechstunde.  
Bei Vorzeigung der Verbandskarte 10 Proz.

**Laabs**  
Elsasserstr. 39.  
Behandl. aller Haut-, Horn- und Blasenleiden ohne schädliche Mittel u. Gifte.  
Sprechst. 9-2 u. 6-9.  
Freitag und Sonntag nur 9-2.  
Verbandskarte Ermäßigung.

**Chronische Leiden**  
jeder Art ohne Berufshörung.  
Institut Jost, Chausseestr. 117, I. r.  
9-3, 5-9, Sonntags 9-7.  
Arbeiter 20 Proz. Ermäßigung.

**Heilung**  
aller Haut-, Horn-, Blasenleiden ohne Berufshörung.  
33jährige Erfahrung.  
Harder senior, Strasse 29.  
Sprechst. 9-1 u. 5-8 1/2, Sonntag 9-2.  
28/10

46712\* Prima harte 110 Pfg  
Schlackwurst a Pfd. 85  
Speck, hiesige Schlackwurst mager 65  
bei 5 Pfd. 60  
fett 55  
Landjähnter, echt 90  
J. Striepling, Koppenstr. 163.  
H. Geschäft: Invalidenstr. 147.

## See-Terrasse

Röderstr. 6, Lichtenberg (zwischen Landsberger Allee und Dorf Lichtenberg).  
Verbindungen: Spittelmarkt-Landsberger Allee (Ringbahnhof); Spittelmarkt-Frankfurter Allee (Ringbahnhof), von da mit der Herberger Pferdebahn bis vor die Thür; Spittelmarkt-Eldenaerstrasse (Central-Viehhof).  
Herrlichstes Sommer-Etablissement mit 3 1/2 Morg. grossem See und grossem Vergnügungs-Park 25 000 Personen fassend. Gondel-Korso, Aussichtsturm, Kaffeeküche, täglich geöffnet, vier gedeckte Kegelbahnen, Kinder-Sportplatz, Luftschaukel, 2 grosse Tanzsäle und Variété-Theater.  
Sonntag, Montag u. Donnerstag: **Grosser Tanz.**  
Wochentags: **Entree frei!**  
Avis! **Sonntag, den 1. Juli:** Grosses Doppel-Konzert. Brillant-Land- und Wasser-Feuerwerk, grosse Schlachtmusik. Im Variété-Theater, woselbst kein Eintrittsgeld erhoben wird, das Auftreten des weltberühmten Zauberkünstlers und Spiritisten Herrn Professor **Fliege und Frau** in 4 Vorstellungen von nachmittags 4 bis 10 Uhr.  
Entree: 20 Pf., Kinder frei!  
Den pt. Vereinen werden jederzeit die denkbar günstigsten Konzessionen gewährt.

## Achtung, Maurer!

Freitag, den 29. Juni, abends 8 Uhr, im Lokal Benfelfstraße 9:  
**Mitglieder-Versammlung**  
des Centralverbands der Maurer für Moabit.  
Tages-Ordnung:  
Vortrag, Diskussion und Verschiedenes.  
Um regen Besuch bittet Die Verbandsleitung. 150/1

## Beerdigungsverein Berliner Zimmerleute.

Das diesjährige **Stiftungs-Fest** findet am **Sonnabend, den 14. Juli ds. Jrs.**, in der „**Brauerei Friedrichshain**“ (früher Lipps) statt, bestehend im **Konzert und großem Sommernachts-Ball,** sowie die Feier d. 50jähr. Gesellen-Jubiläums unres Mitglieds Soghoterra, wozu wir die Mitglieder mit ihren Familien und Freunden gütlich einladen, recht zahlreich zu erscheinen. 259/7

Billets für Herren a 50 Pf., für Damen a 25 Pf. sind vorher bei den unterzeichneten Komiteemitgliedern zu haben: **Klebb,** Mariendorferstr. 2, Seitenstr. 4 Tr.; **Lieberman,** Neue Köpenickerstr. 18; **Krafft,** Grünstraße 19, Durgelb. 4 Tr.; **Schwanz,** Wriezenerstr. 8, v. 3 Tr.; **Brunzel,** Wilsbaderstr. 61, Seitenstr. 3 Tr.; **Schneider,** Jochenstr. 35, 3 Tr.; **Petermann,** Reinickendorferstr. 65, 4 Tr.; **Wahn,** Jochenstr. 31, 2 Tr.; **Girke,** Waldemarstr. 52, 1 Tr. Außerdem bei Herrn **Handelsoffizier,** Langestraße 13 im Restaurant, und Herrn **Schmidt,** Mühlendammstr. 28 im Restaurant. **Anfang 8 Uhr. Das Komitee:** J. A. Aug. Klebb, Mariendorferstr. 2.

## Möbelstoffe!!

16685  
Infolge der Preiserhöhung für **Böhmische Biere** sehen wir uns veranlaßt, die geehrten Interessenten auf unser nach Pilsener Art eingebranntes, anerkannt vorzügliches Bier aufmerksam zu machen.  
**Unser Pilsener**  
ist aus feinstem böhmischen Hopfen und prima böhmischer resp. mährischer Gerste hergestellt und dürfte den weitgehendsten Anforderungen in Bezug auf Qualität entsprechen. — Zur Prüfung ladet ergebenst ein  
**Brauerei Königstadt.**

## Arbeitsnachweis-Bureau

Das **Arbeitsnachweis-Bureau** befindet sich vom 1. Juli d. J. ab im **Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, vorn 2 Tr., Zimmer 18.** Die Vermittlung ist wochentags von 8-10 Uhr und für Arbeiterbesitzer sowie Arbeitnehmer unentgeltlich. Sämtliche Kollegen und Arbeitsgenossen werden ersucht, bei Eintritt der Arbeitslosigkeit sich dort sofort zu melden. 225/13  
Die Arbeitsnachweis-Kommission.

# Kleine Anzeigen.

### Verkäufe.

**Restaurant (Bühnen)** ist sofort billig zu verkaufen. Näheres Wilsbaderstr. 63 im Schaufenster.  
**Seifenbestände** nebst Baden-Einrichtung nach Aufgabe meines Geschäfte billig zu verkaufen. Michaelstr. 6, Hof IV. 165/36  
**Elegante** vorjährige Herrenhosen, Feinse Stoffe 19-12 Mark. Verkauf Sonnabend und Sonntag, Verbands-Bureau, Unter den Linden 21 II.  
**Gartenhaus** Große Frankfurterstr. 9, parterre. 730\*  
**Betten,** prachtvoller Stand, 19/00, zweifach 10,50, Gubenerstr. 3, Pfandkass. 7150\*  
**Betten,** Steppbetten, spottbillig, Verbands-Bureau, Wilsbaderstr. 6.  
**Remonturarbeiten,** goldene, Regulatoren, spottbillig, Verbands-Bureau, Wilsbaderstr. 6. 25/12\*  
**Teppiche,** Gardinen, spottbillig, Verbands-Bureau, Wilsbaderstr. 6.  
**Teppiche** mit Gardinen, spottbillig, Verbands-Bureau, Wilsbaderstr. 6.  
**Mauerwerk** zu verkaufen, Sargstr. 61.  
**Möbel,** neu und gebrauchte, auch Teilzahlung. Römer, Seebahnstr. 81. 1470b  
**Hausbaumöbel,** ganze Einrichtung, spottbillig, auch einzeln, Gartenstr. 32A, I. Unt. 7141  
**Möbelfabrik,** Oranienstr. 2a. Aufschluppe 27, Spiegelstr. 24, Stühlen, Ruhebetten, Nachtschubel, Kleiderständer, Waschtische, Aufhängelampen, 15, Säulenträume, Aufhängelampen, Rarmortelstr. 27, Aufhängelampen 95, Papeterie 75, Aufhängelampen aller Art, Günstige Teilzahlung unter folgenden Bedingungen. 1166\*  
**Damenhüte** billig, Gutsbergstr. 13b. 918b  
**Fahrrad,** gut erhalten, verkauft preiswert, Schulze, Gubenerstr. 14.  
**Spezialwagen,** Baby, Drummstr. 42, Teilzahlung gestattet, bei großen Raten Kaffepreise.

**Fahrräder,** erstklassig, zu Entschaffen (auch Teilzahlung) Müllerlager, Kommandantenstr. 46 I.  
**Fahrräder,** Teilzahlung, mögliche Anzahlung, Lager vierhundert Maschinen, Fahrradrenner, 18 Pfund, Strohenrenner, Luxus-Damenräder, Spielzeug, Kinderwagen, Aufhängewagen direkt aus Fabrik „Imperial“ Döberitzstr. 33. 11808\*  
**Nähmaschinen,** beste Ringlocher, Bobbin, Adler, Schnellnäher, vor- und rückwärts nähend, ohne Anzahlung, wahlweise 1 Mark, jährliche Garantie, Vorkasse, Landsberger, Landsbergerstr. 35, kein Laden. 1641b\*  
**Nähmaschinen,** ohne Anzahlung, wahlweise 1 Mark, fünfjährige Garantie, Lager sämtlicher Systeme, Frigo, Nähmaschinen-Geschäft, Turmstr. 39, Laden, Stellung, Postkarte erzielte sofort. 1667b  
**Abnehmer** Feld, Gartenbrunnen, Tisch, Stühle, Bänke, Spaten, billig, Karl Kaufmann, Wilsbaderstr. 19, am Urban. 21/18\*  
**Kanaricabäume,** Bojänger, verkauft Krebs, Köpenickerstr. 134a.  
**Steppdecken** am billigsten, Fabrik Große Frankfurterstr. 9, parterre. 730\*  
**Uhren,** Goldwaren, Teilzahlung, Beschreibungen schriftlich, Aufh. Bogdt, Auguststr. 92. 1674b  
**Stiare,** eine Mark, junge, lernen sprechen, pfeifen, Oranienstr. 87, Vogelschänke. 1669b  
**Tischler,** Mein gut näherendes Holz- und Spielwarengeschäft ist zu verkaufen, Kommandantenstr. 69.  
**Geschäftsleute,** Werkstätten, 45 Pf. 1/2, Banntischler 3 Mark, Brauereistr. 63, Land Andreestr. 63. 1670b  
**Wiesen** werden teuer! Verkauf Grundst. an der Chaussee hinter Friedhöfen zum sofortigen Verkauf, Küche 20 M., Scholz, Kommandantenstr. 58. 1667b  
**Näumungs-Überverkauf.** So lange Vorrat reicht, verkaufe Sofa 14,-, Bettstelle und Matratze 10,-, Küchenstuhl 28,-, Große Tisch 8,-, Ruderbett 19,-, Pfahlgarnitur, hodecigant, sowie vollständige Einrichtungen, Rückenmöbel, große Auswahl, spottbillig, Hirschenstr., Mariannenstr. 7a.

**Teppiche,** Steppbetten, Teilzahlung, 1 Mark, Offerten „Teppich“, Postamt 4. 124/19  
**Hausstelle,** 1/2 Morgen, 10 Minuten von der Bahn, vorrät, dicht beim Wald, verkaufe für 800 Mark bar, Näheres im „Zeitschrift“ bei Bernau.  
**Restaurations-Grundstück** für Naturfreunde, im Vorort, großer Vorgarten, Park, Obst (beste Sorten), gutes Gehäut, dicht am Bahnhof, verkauft mit 15 000 Mark Anzahlung, Treppen, Wriezenerstr. 4. 1679b  
**Getreide** verkauft, 1500 Mark, Tausch, Wilsbaderstr. 29. 760  
**Vertriebene Anzeigen.**  
**Elektrotechnik,** Nadson, Alte Rosenthalerstr. 24, Neuer Wendelstein zur Ausbildung zum Elektrikmonteur in Theorie und Praxis nach bewährter Methode beginnt 1. Juli. Fortsetzungslehre nicht erforderlich. Anmeldung täglich, auch Sonntag. 2078\*  
**Rechtsanwalt** erteilt, Gnadt, Rumpfenstr. 41. 1770\*  
**Rechtsbureau,** Andreestr. 63, (gegen Randorfstr.). Beihand in allen Rechtsfällen, abends bis 10. 11043b  
**Unfallkosten,** Klagen, Eingaben, Restitutionsen, Forderungen, Strohgeräten, 1367b\*  
**Violin,** Klavier, Flöte, Geige, Unterrichts, monatlich 4 Mark, Oranienstr. 118.  
**Buchbinder-Arbeit** jeder Kräftig, Ferdinand Steinert, W. Wilsbaderstr. 56, 2. Hof parterre. 2387b  
**Uhren** repariert, Wilhelm Klode, Uhrmacher, Wilsbaderstr. 43. 1146\*  
**Fahrrad,** Reparatur, fertigt, Zimmer, Andreestr. 70. 1478b  
**Privat-Unterricht,** Herren 46, Damen 35, Pommern, Oranienstr. 178, I.  
**Saal** und Speisezimmer, empfiehlt, Jannasch, Inselstr. 10. 2068\*  
**Rezeptionszimmer** empfiehlt, Vier, Alte Jakobstr. 119. 2288K\*  
**Vereinszimmer,** kleiner Saal, mehrere Tage, auch Sonntag, zu vergeben, Gold, Große Frankfurterstr. 133. 760\*

**Arbeitsmarkt.**  
**Stollengesuche.**  
**Blinder** Stuhlweber bittet um Arbeit. Stühle werden gut geflochten, dieselben werden abgeholt und juristisch geliefert. Gläser, Wilsbaderstr. 27.  
**Stellenangebote.**  
**Korbmacher** sucht, Schulze, Oranienstr. 185. 1644b

**Vermietungen.**  
**Laden** und 3 Stuben, darin seit 24 Jahren ein Schuhwarengeschäft mit grossem Erfolg betrieben ist, Wilsbaderstr. 28 zum 1. Oktober für 1200 zu vermieten. 1672b  
**Schlafstellen.**  
**Fremdliche** Schlafstelle vermietet, Frau Jäger, Wilsbaderstr. 2, vorn III links. (Görliger Bahnhof). 1676b  
**Bessere** Schlafstelle, billig, vermietet, Pommern, Oranienstr. 24, vorn.  
**Schlafstelle** für Herrn bei Siebold, Köpenickerstr. 85. 1671b  
**Möblierte** Schlafstelle bei Frau Gardt, Wilsbaderstr. 14, II. 1669b  
**Bessere** möblierte Schlafstelle (Wohnen), Kleinmager, Adalbertstr. 1, rechter Ausgang IV. rechts.  
**Fremdliche** Schlafstelle vermietet, Wilm Radeberg, Staligerstr. 69b, vorn IV. 72

**Achtung! Parkettleger, Bauhandwerker!**  
Die Firmen **Danke & Peter, Görlitz-Classen** und **Bendix Söhne** sind gefordert!  
Die Kommission.  
**Annahme-Stellen für „Kleine Anzeigen“.**  
**Osten:**  
Robert Wengels, Ge. Frankfurterstr. 133, Hof parterre.  
E. Vogel Söhne, Köpenickerstr. 83.  
Chr. Schulz, Blumenstr. 14.  
**Nordosten:**  
J. Reul, Barnimstr. 42.  
**Norden:**  
W. Gahmann, Grünhaldenstr. 66.  
Karl Marx, Wilsbaderstr. 96/98.  
Emil Stolzenburg, Wilsbaderstr. 14.  
E. Dehnb, Rumpfenstr. 24.  
G. Vogel, Wilsbaderstr. 52.  
H. Tich, Invalidenstr. 124.  
**Nordwesten:**  
Karl Anders, Salzgebirgsstr. 8.  
**Südwesten:**  
H. Chaussee, Bergmannstr. 23, d. II.  
H. Schröder, Kreuzbergstr. 15.  
**Süden:**  
F. Gutshmid, Rottbuser Damm 8.  
**Südosten:**  
Fris Thiel, Staligerstr. 35.  
W. Gese, Wilsbaderstr. 58.  
Martin Wiese, Adalbertstr. 24.  
**Centrum:**  
F. Gohl, Gohlstr. 27.  
A. Tich, Wilsbaderstr. 23.  
**Charlottenburg:**  
Gust. Schwanberg, Schwanbergstr. 1.  
**Friedenau:**  
G. Bencke, Rumpfenstr. 15.  
**Friedrichshagen:**  
Karl Dell, Friedrichstr. 4.  
**Pankow:**  
Kummerl, Rumpfenstr. 48.  
**Nixdorf:**  
G. Ockermann, Gohlstr. 6.  
G. Kecher, Hermannstr. 50.  
**Schöneberg:**  
Wilh. Sannier, Apollonstr. 13.  
**Wilmersdorf:**  
Georg Wilmersdorf, Köpenickerstr. 1.  
Julius Schiller, Köpenickerstr. 39a.

**Bewerkschaftliches.**

**Berlin und Umgegend.**

**Aus dem Reich der Großen Berliner.**

Die Erbitterung, welche die vor kurzem erfolgten Kündigungen unter den Angestellten erregt haben, scheint doch nicht ohne Wirkung auf die Direktion geblieben zu sein. Nicht etwa, daß sie sich den gewerkschaftlichen Bestrebungen des Personals gegenüber — wie es eigentlich selbstverständlich sein sollte — völlig passiv verhielte. In einem solchen Standpunkt vermag sich prophaner Unternehmerrhythmus, noch dazu wenn er bei Ministern Rückhalt findet, nicht aufzuschwingen. Geraden wird es nach wie vor, wenn einer der Angestellten sich rückhaltlos als Vertreter der Arbeiterinteressen bekümmert; zwar legt ihn die Direktion nach den unangenehmen Erfahrungen die sie mit ihrem letzten Vorgehen gemacht hat, nicht mehr ohne weiteres auf die Straße, sondern sie läßt der Entlassung einen Wink mit dem Jauchepfeil vorangehen.

Der Schaffner Oberpächler, einer derjenigen, die der Kommission angehört, die seiner Zeit wegen Beilegung des Streiks vor dem Oberbürgermeister mit der Direktion verhandelte, der aber nicht zu den Leuten vom Schläge Wshers gehört, erhielt folgendes Schreiben:

Berlin SW., 18. Juni 1900.

An den Schaffner Herrn Oberpächler 1233  
Bahnhof 24, Lichtenberg.

Nachdem zu unserer Kenntnis gelangt ist, daß Sie neuerdings durch aufreizende Redensarten den agitatorischen Bestrebungen im Sinne der abgeschlossenen Lohnbewegung wiederum Vorstoß leisten, warnen wir Sie hiermit eindringlich und bemerken, daß wir im Wiederholungsfall genötigt sein würden, Ihre sofortige Entfernung aus unserm Diensten in Aussicht zu nehmen.

Große Berliner Straßenbahn.

Die Direktion.  
v. Nollweien, Köpfer.

In der Erwartung, daß diesem Beispiel die endgültige Mahnung doch über kurz oder lang folgen werde, hat Oberpächler um seine sofortige Entlassung nachgesucht, mit der Bitte, daß ihm die Direktion, da er schon länger als zehn Jahre im Dienst war, eine einmalige Unterstützung gewähren möge, wie sie die alten Leute erhielten, die vor einiger Zeit entlassen worden sind, um, wie man mit Recht annahm, die in Aussicht stehende Pensionkasse nicht zu belasten. Die Entlassung hat Oberpächler ohne weiteres erhalten, aber die Unterstützung kann ihm, wie die Direktion in dem betreffenden Schreiben sagt, nach den bestehenden Grundsätzen nicht bewilligt werden.

Was die in der ersten Hälfte dieses Monats erfolgten Mahnungen betrifft, so hat ein großer Teil der Gemahregelten um Zurücknahme der Kündigung nachgesucht, und diese Gesuche sind auch mit einer einzigen Ausnahme bewilligt und die Betroffenen wieder in Dienst gestellt worden.

Unzufriedenheit herrscht in den Kreisen der Straßenbahner darüber, daß — entgegen den Abmachungen beim Streik — die Ueberstunden auf einigen Bahnhöfen nicht bezahlt werden, und daß die zugelegte Einstellung von Signalwärtern an den belebten Kreuzungspunkten immer noch auf sich warten läßt. Die versprochene probeweise Lieferung von Regenmänteln ist ebenfalls noch nicht erfolgt. Recht sonderbar erscheint es den Angestellten, daß ihnen jetzt ein Schriftstück zur Unterzeichnung vorgelegt wird, worin sich der Unterzeichner verpflichtet, der am 1. Juli ins Leben tretenden Pensionkasse beizutreten, ohne daß man den Angestellten die Satzungen der Pensionkasse bekannt gegeben, oder ihnen über Beitragshöhe und Leistung der Kasse etwas mitgeteilt hätte.

Die Große Berliner versteht es nicht bloß, das Fahrpersonal knapp im Lohn zu halten, auch die Handwerker, die sie auf den Bahnhöfen beschäftigt, stehen sich dort schlechter, als in andern Betrieben. Es wird uns darüber mitgeteilt: Bei der Straßenbahn-Gesellschaft besteht eine Abteilung für Hochbauten, eine andre für Tiefbauten. Die Hochbau-Abteilung besteht aus Bauhandwerkern und Hilfsarbeitern, etwa 60 an der Zahl. Diese haben die Reparaturen an allen Bahnhöfen in und um Berlin auszuführen. Die Lohnsätze sind folgende: Maurer 50 Pf., Zimmerer 40—50 Pf., Klempner 45 Pf., Dachbeder 40 Pf., Holzleger 35—45 Pf. und die Arbeiter 32½ Pf. pro Stunde; Schlosser erhalten 8 M. 25 Pf. pro Tag. Nun haben die Leute oft einen stundenlangen Weg zur Arbeit; die bessergestellten Leute haben zwar Freikarten, aber die Arbeiter müssen entweder laufen oder aus ihrer Tasche bezahlen. Von den 12,50 M., die ein Arbeiter bei der Großen pro Woche verdient, gehen aber 15 Pf. Altersrente, 50 Pf. Krankentafel-Beiträge (die Gesellschaft zahlt nichts dazu); sodann muß etwa 1,50 M. Fahrgeld in Abzug gebracht werden, so daß dem Mann für den Lebensunterhalt seiner Familie 17,35 M. verbleibt. Im Winter, wenn der kurzen Tage wegen vielfach eine Reduzierung der Arbeitsstunden eintritt, verringert sich der Lohn pro Woche noch um 2—4 M. — Der Tiefbau-Abteilung liegt das Schienenlegen ob. Diese Leute müssen bei Wind und Wetter, bei Tag und bei Nacht auf der Straße zuringeln. Dieselben erhalten 30—35 Pf. Stundenlohn und sind daher, wenn sie ihre Familie nicht Not leiden lassen wollen, gezwungen, außer ihrer Tagesarbeit noch zwei, drei Nachschichten pro Woche machen. Für solche Arbeiten wird sonst überall 35—45 Pf. bezahlt. Die einzelnen Arbeiter, die es bisher gewagt haben, Zulage zu fordern, sind von der Direktion noch stets abgewiesen worden.

Soweit die Zuschritt. Ist die Angabe, daß die Direktion einen Vertrag zur Krankentafel nicht leistet, richtig, so würde diese sich einer Gefekwidrigkeit schuldig machen.

**Achtung! Hilfsbuch-Arbeiter und Arbeiterinnen!** Im Laufe des gestrigen Tags haben sämtliche Arbeiter und Arbeiterinnen der Hilfsbuchfabrik von Schmolling, Neue Königsstr. 11, die Arbeit niedergelegt. Die Ursache zu diesem Vorgehen ist darin zu suchen, daß die Arbeiter dem Fabrikanten einen Lohnsatz unterbreiteten, durch welchen eine geringe Aufbesserung der teilweise außerordentlich niedrigen Lohnsätze erzielt werden sollte. Herr Schmolling lehnte jedoch sowohl jede Lohnaufbesserung als auch die Vermittlung der Ortsverwaltung rundweg ab, so daß den Arbeitern nichts weiter übrig blieb, als zu dem letzten Mittel, dem Streik zu greifen. Die Zahl der Ausständigen beträgt 14 Personen, die sämtlich organisiert sind. Bereits in den nächsten Tagen wird sich eine öffentliche Hilfsbuchmacher-Versammlung mit der Angelegenheit des näheren beschäftigen.

Der Verband der Schuhmacher.

**Ausland.**

**Grute-Arbeiter-Streit in Ungarn.** Aus Budapest wird dem Bureau Herold gemeldet: In Koszma ist ein Streit der Grute-Arbeiter ausgebrochen. Ein Gutsherr, welcher vermittelte wollte, wurde von den Ausständigen getötet. Die Gendarmerie nahm mehrere Verhaftungen vor.

**Fredrichsberger Pferdebahn-Streit.** Die Direktion hat jetzt die Organisation der Angestellten aufgefördert, ihre Wünsche aufzustellen. Die Hauptforderungen waren: 1. 60 Arbeitsstunden die Woche; 2. Lohn der Hilfsarbeiter 90 Kr.; 3. Uniformen werden von der Gesellschaft geliefert; 4. Entlassungen, die die Organisation beanstandet, werden einem Ausschuss von je 2 Vertretern beider Parteien überwiesen. — Die Direktion hat darauf bei einer mündlichen Verhandlung erklärt, daß sie „Erleichterungen“ in der Dienstzeit einräumen wolle, aber auf das Maximum von 60 Arbeitsstunden nicht eingehen könne. Ferner behält sich die Direktion das Recht

vor, mit den einzelnen Arbeitern zu verhandeln und nicht nur mit der Organisation, und will den Lohn für die Streiktage in Abzug bringen. Von der Gemeindevertretung war beantragt, eine 10stündige Fahrzeit einzuführen, wodurch die 10stündige Arbeitszeit sich von selbst vermindern würde; aber auch dies lehnte die Direktion ab, sie will den alten Betrieb aufrecht erhalten, der eine Arbeitszeit von 10 Stunden 57 Minuten in sich schließt, und nur größere Pausen während des Betriebs geben. Die Pferdebahn-Beamten haben in einer Nachtversammlung die meisten Punkte in Fassung der Gesellschaft angenommen, nur Punkt 1 lautet 60—63 Arbeitsstunden, ein Vorschlag, der vom Fabrikanten Johannes, Gemeinderatsmitglied und Direktionsmitglied der Gesellschaft gestellt ist.

**Pferdebahnbeamten-Streit in Stockholm.** Das Personal der Södra-Gesellschaft (Südbahn) hat in einer Nachtversammlung beschlossen, vom Sonntag ab die Arbeit einzustellen, wenn ein verabschiedeter Raschinnist nicht in Arbeit genommen wird. Am Sonntag war der Betrieb eingestellt. Die Gesellschaft teilte dem Personal mit, daß alle sich für entlassen anzusehen haben, wenn der Betrieb nicht bis 10 Uhr ausgenommen wäre, was aber nicht geschah. Der Raschinnist ist entlassen, weil er für den Anschluss an den Transportarbeiter-Verband gewirkt hat. Außerdem hatte das Personal eine Lohnerhöhung von 15 bzw. 10 Kr. (sie erhalten jetzt 90—100 bzw. 85—75 Kr.) verlangt, sie aber schon auf 10 und 5 Kr. herabgesetzt, die auch „wegen der schlechten Lage der Gesellschaft“ abgelehnt wurde.

**Lokales.**

**Thielensche Socialpolitik.**

Der Vorstand des „Volkshilfsstätten-Vereins vom Roten Kreuz“ hatte, wie wir vor einigen Tagen mitteilten, unterm 16. Mai an den Minister Thielen ein Gesuch gerichtet, daß den Patienten der „Erholungsstätte“ in der Jungfernhöhe gestattet werden möge, Arbeiter-Wochenkarten auch außerhalb der sonst vorgeschriebenen Stunden zu benutzen. Auf dieses Gesuch hat der Herr Minister unterm 20. Juni die langersehnte Antwort erteilt; sie lautet:

Auf die Vorstellung vom 16. v. M.

Nach den bestehenden Vorschriften sind Arbeiter-Wochenkarten nur zur Fahrt zwischen Wohnort und Arbeitsstätte auszugeben; Arbeiter, die die Erholungsstätte Jungfernhöhe aufsuchen, haben mithin auf die Verabfolgung von Arbeiterkarten überhaupt keinen Anspruch und müssen sich gewöhnlicher Fahrkarten bedienen, die im Berliner Stadt- und Ringbahn-Verkehr überaus niedrig bemessen sind.

gez. Thielen.

An den Vorstand des Volkshilfsstätten-

Vereins vom Roten Kreuz hier.

In dieser Antwort ist zunächst bemerkenswert, daß der Herr Minister nur fünf Wochen gebraucht, um auf ein Gesuch die ablehnende Antwort zu finden; selbst „im Zeitalter des Verkehrs“ hat eine derartige Fügigkeit etwas Ueberraschendes. Sodann aber hat Herr Thielen in dieser Antwort abermals Zeugnis für sein tiefes socialpolitisches Verständnis abgelegt. Statt der erbetenen Verkehrs-erleichterung, durch die armen Kranken die Möglichkeit zur Wiederherstellung ihrer Gesundheit geschaffen und damit die Volksgesundheit gefördert werden sollte, verfügt der Herr Minister eine weitere Erschwerung, indem er kurzerhand diesen Kranken überhaupt die Benutzung von Arbeiter-Wochenkarten verweigert. Und der Grund? Die gewöhnlichen Fahrkarten sind „im Berliner Stadt- und Ringbahnverkehr überaus niedrig bemessen.“ Das mag zutreffen für Personen, die über ein Ministerienkommen verfügen; aber arme Kranke, die mit einem Krankengeld von täglich 1,50 M. sich und ihre Familie erhalten sollen, werden selbst den Mindestbetrag für eine zweimalige Fahrt — 20 Pfennige — keineswegs für „überaus niedrig bemessen“ erachten. Freilich für den, der die sonstigen Proben Thielenscher Socialpolitik kennt, hat dieser Bescheid nichts Ueberraschendes.

Selbst die „Voss. Ztg.“, die doch wahrlich nicht im Geringsten allzu stark Arbeiterfreundlichkeit liebt, kann sich nicht enthalten, in diesem Fall dem Minister den Rest zu sein: „Vom Standpunkt der starren Bureaucratie ist der ablehnende Bescheid des Herrn von Thielen wohl zu verstehen. Im trassen Widerspruch steht er aber mit der socialen Richtung, die das Kennzeichen der Politik unserer Regierung sein soll. Warum in aller Welt soll eine Vergünstigung, die dem gesunden Arbeiter gewährt wird, dem kranken Arbeiter vorenthalten werden? Die billigeren Arbeiter-Fahrkarten werden auszugeben, um den gesunden Arbeitern die Erlangung von Arbeit zu erleichtern. Der kranke Arbeiter fährt in die Erholungsstätte, um seine Gesundheit wieder zu erlangen, was für ihn die Vorbedingung für die Wiederaufnahme der Arbeit ist. Ganz so billig, wie Herr v. Thielen annimmt, ist für den kranken Arbeiter die Fahrt nach der Jungfernhöhe bei der Benutzung der gewöhnlichen Fahrkarten im Verhältnis auch nicht. Sie kostet ihm wöchentlich je nach der Länge der Fahrt 1 M. 40 Pf. oder 2 M. 80 Pf., das macht bei einem wöchentlichen Krankengeld von 9 bis 12 M. im Verhältnis recht viel aus. Zu beachten ist aber auch, daß sonst die Eisenbahnverwaltung undemittelten Kranken bei Fahrten zur Kur nicht geringe Vergünstigungen gewährt. Rechnliche Vergünstigungen werden auch den Schwestern, die zur Krankenpflege reisen, zu teil. Es ist nicht recht ersichtlich, warum Herr v. Thielen gerade für die unbemittelten Kranken, welche die Erholungsstätte zur Kur besuchen, nichts übrig hat.“

**Jaungäste!**

„Jaungast“! Das Wort ist von großer Anschaulichkeit, aber nicht ganz frei von Spott oder — je nach der Absicht, in der es gebraucht wird — auch von Mißleid! Der Berliner liebt es, mehr Spott als Mißleid in dieses Wort hineinzulegen. Mancher von denen, die es nicht nötig haben, sich selber unter die Jaungäste zu mischen, spricht sogar nur mit Verächtlichkeit und Verachtung von den Jaungästen. Ihm sind die Jaungäste nur eine zu jedem Madau und Standal leicht aufgelegte Gesellschaft von Müßiggängern und Hummern, die höchstens wert sei, möglichst rasch und möglichst nachdrücklich von einem Schutzmann auseinander getrieben zu werden.

Wer den Berliner Jaungast kennen lernen will, der hat gerade jetzt reichlich Gelegenheit, ihn zu beobachten. Draußen in den Vorstädten, wo sich inmitten des Häusermeers noch so mancher kleine und große Konzertgarten behauptet hat, da kann man ihn um diese Zeit in ganzen Scharen antreffen. Da stehen an schönen Abenden vor einem solchen Garten auf dem Trottoir und oft selbst auf dem Damme Hunderte von Leuten und harren vor dem Jaun aus bis in die finstende Nacht.

Sind das nun wirklich Müßiggänger und Hummer, sind es ravalustige Elemente, die nur auf eine Gelegenheit zu Standal warten?

Es sind zwar ungebundene, aber keineswegs lästige Gäste: keine Handwerksmeister, die eben ihr Tagewerk beendet haben, junge Arbeiter und Arbeiterinnen, die aus der Fabrik und Arbeitsstube heimgekehrt sind — Leute, die gern ein bißchen

Musik hören möchten, die aber die 10 oder 15 Pf. Eintrittsgeld scheuen und auch das Freilongiert wegen des mit dem freien Eintritt verbundenen Trunkwangs noch für zu teuer halten. Diese Jaungäste laufen draußen auf der Straße den Klängen der Musik, die aus dem Garten zu ihnen herausschallt, mindestens mit derselben Andacht, wie da drinnen die zahlenden Besucher. Die Polizei fände hier sehr wenig Anlaß, ihren Eifer zu bekämpfen, und sie macht sich auch selten bemerkbar. Das Publikum ist hier selber Polizei; wer Störungen verursacht, wird rasch und erfolgreich zur Ruhe verwiesen.

Wenn man dem Treiben der Jaungäste aufmerksam zuschaut, wenn man beobachtet, wie dieselben Personen fast Abend für Abend wiederkommen und ihren gewohnten Platz an dem Jaun einnehmen, dann verpöht man so gar keine Lust, einen spöttischen Ton in das Wort „Jaungast“ hineinzulegen. Es ist so mancher unter ihnen, dessen Anblick eher den Beobachter ernst und nachdenklich stimmt. Das halbe Stündchen, das sie da vor dem Jaune zubringen dürfen, und die paar Klänge einer oft recht minderwertigen Musik, die sie dabei aufhängen, sind für viele die einzige Erholung und Erhebung, die ihnen vergönnt ist.

„Jaungast“! Das Wort hat überhaupt für die Mehrzahl derjenigen, die sich vor dem Konzertgarten zu den Jaungästen gesellen müssen, noch eine andre, eine viel umfassendere Bedeutung. Wie viele müssen sich nicht bloß hier mit der Rolle eines Jaungastes begnügen! Die breite Masse der unbemittelten Bevölkerung ist ja ziemlich in allem und jedem mehr oder weniger so etwas wie ein bloßer „Jaungast“. Einer besitzlosen Minderheit, die aus dem Vollen genießen darf, steht eine besitzlose Mehrheit gegenüber, die froh sein muß, wenn auch für sie von den Freunden des Lebens etwas abfällt. Der Jaungast vor dem Konzertgarten ist ein ziemlich getreues Abbild der Klasse, der er zumeist angehört: des Proletariats.

**Ueber ein recht befreundliches Vorgehen einer Gemeindegemeinschaft.** Schon vor einiger Zeit teilte mir meine neunjährige Tochter mit, daß ihre Lehrerin, ein Fräulein S. in der katholischen Gemeindegemeinschaft am Mariannen-Ufer den Kindern verboten habe, am Freitag mit Fleisch oder Wurst belegte Stullen in die Schule zu bringen. Am letzten Freitag hat die Dame sogar einer Schülerin die Wurst von der Stulle herunter genommen und den schönen Betrag in den Papierkorb geworfen. Diese Handlungsweise ist von der Lehrerin keineswegs begangen worden, um die nicht mit Wurststullen beglückten Kinder vom Laster der Begehrlichkeit abzuhalten, sondern einzig und allein wegen des katholischen Dogmas, das den Fleischgenuss am Freitag für unethisch hält. Mag man sich in streng katholischen Gegenden auch noch an diesem Brauch halten, so wird in Berlin der katholische Betanke, wenn er es dazu hat, durchweg ebenso wenig auf den Fleischgenuss am Freitag verzichten mögen, wie der Jude auf den Genuss guter Schinkenstullen; und das sollte auch die Lehrerin bedenken. Ebenfalls sollte die Dame sich vor Augen halten, daß, wenn einmal das Wurstessen am Freitag als Sünde gilt, das Wegwerfen von Nahrungsmitteln, die einem selber gar nicht einmal zu eigen gehören, wohl zum mindesten ebenso sündhaft ist. Vielleicht erhält die Lehrerin von oben herab einen Wink, in Zukunft derartiges zu unterlassen.

**Die Deputation für die kaiserlichen Irrenanstalten hat in ihrer am Dienstag unter Vorsitz des Stadtrats Straube stattgehabten Sitzung verschiedene Revidanden beschlossen und zwar: bei der Irrenanstalt Herzberge zu Lichtenberg soll auf dem vor kurzem für die Anstalt erworbenen Schutzstreifen ein Vier-Familienwohnhäuser für die jetzt in den Krankenhäusern wohnenden verheirateten Angestellten errichtet werden. Ferner soll zum Zweck besserer Beaufsichtigung des Eingangs zu der Anstalt und Sicherung des an die Herzbergerstraße anschließenden Anstaltsgebietes gegenüber dem sehr stark gesteigerten Verkehr das Einfahrtsthor bis nahe an die Anstaltsgrenze gerückt und dort ein Förstnerhäuschen errichtet werden. Schließlich sollen umfangreiche Erweiterungsarbeiten auf dem Gutshofe der Anstalt vorgenommen werden, darunter die Errichtung eines Wagenschuppens und Beschaffung von zwei Familienwohnungen für die auf dem Gutshofe beschäftigten verheirateten Bediensteten. Bei der Anstalt für Epileptische in Bühlgarten sollen, wie dies bei den beiden Irrenanstalten bereits früher geschehen ist, Insektenschutzarbeiten errichtet werden — je eine für Männer und Frauen. — Diese Arbeiten sollen nicht nur beim Ausbruch einer Epidemie Verwendung finden, sondern überhaupt zur Unterbringung einzelner an aufsteigenden Krankheiten leidenden Kranken dienen.**

**In diesem Sommer-Halbjahr** bestehen in Berlin 237 Gemeindegemeinschaften mit zusammen 4178 Klassen (einschließlich 58 Nebenklassen). Die Gesamtzahl der verfügbaren Klassenzimmer ist 4148, davon sind 58 unbesetzt. Von den Klassenzimmern befinden sich 3702, einschließlich 29 unbesetzter, in eigenen Schulhäusern der Stadtgemeinde, 446, einschließlich 24 unbesetzter, in gemieteten Räumen. In wirklicher Benutzung sind demnach 3673 Klassenzimmer in eigenen Schulhäusern der Stadt, 422 in gemieteten Räumen, zusammen 4095 Klassenzimmer. Die Zahl der sitzenden Klassen ist bedauerlicherweise immer noch 83, es wird also im ganzen in 4178 Klassen unterrichtet. In den Gemeindegemeinschaften waren eingekauft: am 1. Mai d. J. 209 080 Kinder (108 942 Knaben und 105 188 Mädchen), am 1. November 1899 206 702 Kinder (102 862 Knaben, 103 840 Mädchen), daher am 1. Mai 1900 gegen 1. November 1899 mehr 2378 Kinder (1080 Knaben und 1298 Mädchen).

**Die Unerschämtheit unserer Handwerker** offenbart sich in ihren eigentümlichen Handlungen von Tag zu Tag deutlicher. Jetzt hat sich ein Haus- und Grundbesitzer-Verein beschwerdeführend an die Polizeidirektion Schönberg gewandt, um das Lärmen der Kinder auf der Straße zu verbieten! Der Schönberger Polizeidirektor scheint aber den prophanen Standpunkt jener Herren nicht anerkennen zu wollen, denn er hat dieses etwas dreiste Ansinnen mit folgender treffender Begründung abgelehnt:

„Die Klagen der Hauswirte in der Rollendorfsstraße über den durch Kinder verursachten Lärm und Unruhe haben sich nach den angestellten Ermittlungen als fast übertrieben herausgestellt. Die Ordnung im Hause aufrecht zu erhalten, ist Sache des betreffenden Hauswirts, und was das Spielen der Kinder auf der Straße anbetrifft, so ist der beregte, kaum abzuändernde Uebelstand nicht allein in der Rollendorfsstraße, sondern in allen Straßen vorhanden, in denen derartige mit Seiten- und Quergebäuden errichtete Häuser vorhanden sind, mithin zahlreiche Arbeiterfamilien wohnen.“

**Konkurs der „Hilfe“.** In dem Konkurs über das Vermögen der „Hilfe“, Armentafel für Deutschland, eingetragene Hilfskasse, stellte der Verwalter Brindmeyer den Forderungen ohne Vorrecht von 56 600 M. eine Dividende von 3 Proz. in Aussicht.

**In die hiesige Tollwut-Schutzstation** gebracht wurden gestern zwei Kinder aus Kogalnik bei Moskja. Beide sind von einem tollwütigen Hunde gebissen worden.

**Die in der Sternbergischen Angelegenheit** unter dem Verdacht der Weibhülfe verhaftete Auguste Wender, gegen welche am 23. d. M. Termin vor der 9. Strafkammer anstand, der aber vertagt werden mußte, ist nunmehr auf Antrag des Verteidigers Rechtsanwalt Wetzauer ohne Bürgschaft aus der Haft entlassen worden.

**Zum Aufbau des neuen Instituts für Meerestunde** an der Universität Berlin ist Dr. Dünse, bisher Bibliothekar der städtischen Volksbibliothek zu Charlottenburg, ernannt worden.

**Bisfallismus im Reiche des Herrn v. Pöbbecke.** Der erste Nachtrag zur außerordentlichen Ausgabe des Verzeichnisses der Teilnehmer an der Stadtfestungseinrichtung in Berlin, welche zum 1. April erschienen war, ist fertig gestellt und gelangt heute zur Ausgabe. Der Nachtrag bringt an seiner Spitze eine Reihe von neuen, wichtigen Bestimmungen. Bei der nächsten Neuauflage des Verzeichnisses, so heißt es, werden die einzelnen Fernsprechanträge unentgeltlich nur einmal und zwar in dem Verzeichnis desjenigen Fernsprechnetzes, an welches die Sprechstelle angeschlossen ist, aufgeführt. Anschlüsse in den Vororten werden demnach unter Berlin ein zweites Mal nur noch gegen Bezahlung aufgeführt. Kostenfreie Hinweise auf die erste Eintragung in den Fällen, in welchen der Name des Inhabers eines Fernsprechantrages mit seiner im Handelsregister eingetragenen Firma nicht übereinstimmt, und bei Anschlüssen, die von mehreren Rechtsanwaltskanzleien gemeinschaftlich benutzt werden, sowie auf Eintragungen im Teilnehmer-Verzeichnis eines anderen Fernsprechnetzes als desjenigen, an welches die Sprechstelle angeschlossen ist, sind nicht mehr statthaft. Soll ein Anschluss an zweiter Stelle aufgeführt werden, so ist dafür in jedem Fall eine jährliche Gebühr von 5 Mark für die Druckzettel zu entrichten. Die jetzt bestehenden kostenfreien Hinweise werden in der Neu-Ausgabe nicht mehr Aufnahme finden, sofern sich die Teilnehmer nicht bis zum 20. August zur Zahlung der Gebühren schriftlich bereit erklären. Im übrigen sind die Änderungen und Vervollständigungen, welche in der für den Monat Oktober beabsichtigten Neu-Ausgabe berücksichtigt werden sollen, spätestens bis zum 13. Oktober schriftlich und portofrei der kaiserlichen Oberpostdirektion in Berlin mitzuteilen.

**Die fünf Opfer der Familien-Tragödie** in der Brangelstraße 126, die Klempnerfrau Sogolewski und ihre vier Kinder, wurden gestern, Mittwochabend um 6 Uhr auf dem Neuen Thomaskirchhof an der Hermannstraße zu Nixdorf in eine gemeinsame Gruft zur letzten Ruhe bestattet. Die Beerdigung fand unter Beteiligung der Geistlichkeit statt. Der Kirchhof war von 5 Uhr ab bis zur Beendigung der Feiern polizeilich geschlossen. Gegen 200 Personen, die am Eingang sich verammelt hatten, wurden nicht zugelassen. Schon am Dienstagabend um 4 Uhr hatte sich eine große Menschenmenge, wohl 5-600 Personen eingefunden, um der Beerdigung beizuhelfen. Der Kirchhofspolizist mußte die Hilfe der Polizei in Anspruch nehmen, um dem Andrang zu wehren. Schulkinder standen von 4 bis 6 Uhr an der verschlossenen Pforte. Die Menge zerstreute sich erst, als man ihr sagte, daß die Beerdigung auf dem städtischen Friedhof in Friedrichsfelde stattfinden wird.

**Aus Feuergefahr** wurden Dienstagabend bei einem Brande in der Müddersdorfer Straße 21 dreißig Pferde gerettet. Hier befindet sich das Fuhrgeschäft von E. Pethge, dessen Pferdebestand in einem etwa 50 Meter langen einstöckigen Stalle untergebracht wurde. Der Dachraum diente als Fournagerkammer und war mit Häcksel und Heu angefüllt. Abends gegen 10 Uhr bemerkten nun heimkehrende Kutsher, daß Feuer und Rauch durch das Dach des Fournagerkammer drangen. Sie schlugen Alarm und da um jene Zeit noch verschiedene Kutsher auf dem Hofe waren, so ging es schleunigst an die Rettung der Pferde, von denen augenblicklich sich 30 Stück im Stall befanden. Willig folgten die ersten Tiere ihren Führern, doch mit jedem Augenblicke wurde die Rettung schwieriger, da der Stallraum nicht nur stark verqualmt war, sondern weil auch brennender Häcksel auf die Tiere herabrieselte. Dadurch wurde es äußerst schwierig, an die wie wild um sich schlagenden Tiere heranzukommen. Die mittlerweile erschienene Feuerwehr übernahm dann die Rettung der letzten Pferde, ging aber auch gleichzeitig mit drei Dampfhydranten gegen das Feuer vor und brachte es bald zum Stehen. Der Dachstuhl mit seinem Inhalt wurde eingestürzt. Mehrere Kutsher, die ihre Anzüge in Kisten auf dem Dachboden aufbewahrten, erlitten Verluste, da sie nicht verschickt sind.

**Auf dem Bau verunglückte** gestern nachmittag der 19 Jahre alte Willy Rosenow aus der Wolgasterstr. 11, der auf dem Grundstück Dorothienstr. 45 arbeitete. Infolge eines Fehltritts stürzte er vom zweiten in den ersten Stock hinab und zog sich einen Beinbruch zu.

**Zwei Verschollene**, die zuletzt in Berlin wohnten, sollen jetzt für tot erklärt werden. Der eine Fall erinnert an das Verschwinden des Studenten Fiedler, über das in der letzten Zeit mehrfach berichtet wurde. Es handelt sich um einen Studenten Siegfried Behrens, geboren am 28. März 1883 zu Hamburg, der im Jahre 1872 aus seinem damaligen Aufenthaltsort Berlin verschwand und seitdem verschollen ist. Auf Antrag seines Pflegers, des Kaufmanns Martin Philipp Ganz, hat das Amtsgericht Hamburg auf den 13. Februar 1901 einen Aufgebotsstermin anberaumt. — Der zweite Fall betrifft den am 24. März 1842 zu Potsdam geborenen Handarbeiter Karl Adolf Heinrich Feiz, dessen Frau früher in Ludau aufwuchs und jetzt hier wohnt. Der Aufgebotsstermin ist auf den 20. Februar 1901 beim Amtsgericht in Berlin angesetzt worden.

**Aus Furcht vor dauernder Verkrüppelung** ins Wasser gegangen ist die 33 Jahre alte Frau des Drechslers R. aus der Landsberger Allee. Frau R., die seit sechs Jahren verheiratet und Mutter von zwei Kindern war, hatte als Wädchen das Unglück, schwer zu fallen, und litt seitdem am rechten Bein. Vom 1. Oktober bis zum 1. Februar lag sie im Augustahospital, wo ihr die rechte Anleihe herausgenommen werden mußte. In der letzten Zeit verschlimmerte sich nun auch noch der rechte Fuß und die Frau fürchtete, daß sie ihn müsse abnehmen lassen. Am vergangenen Freitag ging sie von Hause weg. Gestern landete man die Unglückliche als Leiche an der Gasanstalt am Stralauer Platz aus der Spree.

**Die Internationale Urania** gastiert z. Z. mit dem Dr. Meyerischen Schöpfungs-drama „Vom Ende der Welt“ am Stadttheater zu Breslau mit großem Erfolge.

**Feuerbericht.** Mittwochabend wurde die Feuerwehr nach Sophienstr. 8 gerufen, wo in der Fabrik für präparierte Pflanzen von Radmann zwei Arbeiter starke Brandwunden erlitten hatten. Beide, nämlich die unverheirateten Arbeiter Albert Schenter, Auguststraße 92, und Franz Jung, Wienerstr. 24, wollten einen mit Farbe gefüllten Kessel vom Feuer nehmen, wobei die Masse überkochte und beide Personen derart verbrüht, daß sie ins Hedwigs-Krankenhaus gebracht werden mußten. Da Feuer weiter nicht entstanden war, konnte die Wehr sofort wieder abziehen. Vorher hatte sie am Werderschen Markt 9 einen unbedeutenden Brand abzulösen. Dienstagabend ging Müddersdorferstr. 12 und Alt Moabit 134 Wäsche in Flammen auf. Lühovstr. 112 hatten Möbelstücke Feuer gefangen, während Luisen-Platz 11 ein Quantum Öl und Kastanien Allee 27 überglühendes Fett brannte.]

#### Aus den Nachbarorten.

**Zur Lokalliste.** Die Vertrauensleute, Mitglieder der Lokalkommissionen und sonstige Parteigenossen in den Vororten und der Umgegend von Berlin, welche Mitteilungen zur Lokalliste zu veröffentlichen haben, werden dringend ersucht, ihre Zusendungen einzig an den Parteigenossen Carl Scholz, Brangelstraße 110, Berlin SO. zu richten. Mitteilungen der erwähnten Art, die der Redaktion des „Vorwärts“ direkt zugehen, werden nicht publiziert, sondern in allen Fällen dem Genossen Scholz zugefandt.

**Kommunales aus Nixdorf.** Die neue Hundesteuerordnung, die schon mehrfach die städtischen Körperschaften beschäftigt hat, ist immer noch nicht endgültig Geleg geworden. Der Oberpräsident hat seine Zustimmung nur für die Dauer von 6 Monaten gegeben und die endgültige Zustimmung davon ab-

hängig gemacht, daß die Ordnung iter Anlehnung an die Musterordnung, die das Ministerium festgestellt hat, umgearbeitet werde. Der Magistrat hat sich nunmehr dieser Aufgabe unterzogen und wird demnächst das neue Produkt vor die Stadtverordneten bringen. Die seiner Zeit beschlossene Erhöhung des Steuerbetrags auf 15 M. soll nur für dieses Jahr gelten. Für die Zeit vom 1. April 1901 ab ist eine weitere Erhöhung und zwar auf 20 M. vorgesehen.

Das Feuermeldewesen in Nixdorf soll reformiert werden. Infolge Umbaus der Fernsprechanstaltungen können bei Ausbruch von Feuer die Verbindungen mit dem Rathaus in der Nacht nicht mehr hergestellt werden. Auch am Tage hat die Feuermeldung durch den Fernsprecher sich in manchen Fällen als ungeeignet erwiesen, weil die Leitung mechanischen und Witterungseinflüssen ausgesetzt ist. Der Magistrat hat deshalb schon mehrfach mit dem Direktor Polizeipräsidium, Abteilung für Feuerwerk, und dem Pranddirektor Gierberg über die Reinerichtung des Feuermeldewesens in Nixdorf verhandelt. Die genannten Behörden und Personen haben ihre Mitarbeit zugesagt. Voraussetzungen sind das vom Polizeipräsidium nach Nixdorf verlegte Polizeilabel benützt werden dürfen. Die Genehmigung wird demnach abhängig gemacht, daß es der Feuerwehrabteilung des Polizeipräsidiums überlassen werde, das Projekt für die Aufstellung der Feuermelder soweit auszuarbeiten, als die Benutzung des Labels in Betracht kommt. Die hierdurch entstehenden Kosten werden auf etwa 350 M. geschätzt. Der Magistrat will die Bereitstellung dieses Betrags für die Ausarbeitung des Projekts bei der Stadtverordneten-Verammlung beantragen.

Von einer Magistratsvorlage an die Stadtverordneten über die unentgeltliche Herabgabe des zum Bau des Teltow-Kanals erforderlichen Geländes in der Gemarkung Nixdorf soll so lange abgesehen werden, bis rechtsverbindliche Erklärungen der beteiligten Grundbesitzer, das erforderliche Terrain unentgeltlich der Stadt abzutreten, vorliegen.

Mit der Einrichtung eines Sönnigartens auf einem städtischen Grundstück hat sich der Magistrat prinzipiell einverstanden erklärt. — Der Antrag eines Unternehmers, ihm die Erlaubnis zum Aufstellen sogenannter Adresspavillons zu geben, wurde abgelehnt.

**Schöneberg.** Für den Neubau der Gemeindegemeinschaft in der Federstraße hat der Magistrat den Kostenanschlag der Stadtverordneten-Verammlung vorgelegt. — Ebenso ist der Bau- und Anlagenplan für das Westgelände der Stadt der Stadtverordneten-Verammlung zur Genehmigung unterbreitet worden. Für die Abführung der Abwässer in die Charlottenburger Kanalisationsleitung pro 1900 hat Schöneberg 109 068,12 M. zu zahlen, 1790,81 M. mehr als angenommen. — Weitere für das Wohl der Stadt von dem Magistrat beschlossene, der Verammlung noch vorzuliegende Anträge beziehen sich auf die Beschaffung eines Desinfektionsapparats für die Desinfektion der Schulen, und soll mit demselben während der Ferien desinfiziert werden. — Von der Erhebung eines Leitzehls an den Schülerbibliotheken soll in diesem Jahr verhandelt werden angenommen werden, um dadurch die Werke den Kindern leichter zugänglich zu machen.

**Der Amtsvorsteher als Hausbesitzer.** In Pankow petitionierten vor kurzem die Lehrer und Gemeindebeamten um Erhöhung des Wohnungsgeldzuschusses. Sie führten zur Begründung die bekannte und leider unwiederlegbare Thatsache an, daß die Wohnungsmieten, wie überall, so auch in den nördlichen Vororten unerträglich in die Höhe gegangen sind. Die Gemeindevertretung lehnte das Gesuch ab, und führte als Grund für ihr Verhalten an, daß ja auch ein Sinken der Mietpreise für die nächste Zukunft nicht ausgeschlossen sei. Diese Stellung der Gemeindevertretung wurde, wenn wir nicht irren, auch von dem Amtsvorsteher des Orts, Herrn Gottschall gebilligt. Wie sehr die petitionierenden Lehrer aber democh Recht haben, und wie wenig die Hoffnung der Gemeindevertretung begründet ist, dafür hat der Amtsvorsteher dieser Lage selber ein augenfälliges Beispiel gegeben. In der Breitenstraße 24 sieht ein für den Abbruch reifes Hinterhaus, in welchem sich Wohnungen, bestehend aus Stube, Kammer und Küche befinden; das Klosett liegt auf dem Hofe. Gasbeleuchtung giebt es im Hause nicht, und unter Gewahrsam wäre fast gestürzt, als er neulich abends um 9 Uhr die unbeluchtete Treppe hinaufstappen mußte. Dies Haus gehört dem Herrn Amtsvorsteher Gottschall zu eigen. Bis vor Jahresfrist wurden die hier beschriebenen Wohnungen für 144 M. jährlich vermietet. Nachdem das Grundstück dann in den Besitz des Amtsvorstehers übergegangen war, erfolgte eine Steigerung auf 207 M. Vor einigen Tagen erhielten etliche Mieter des Hauses abermals den bekannten Eingekleideten, in welchem ihnen angekündigt wurde, daß die Wohnungen vom 1. Oktober ab dreihundert Mark kosten sollen. Das bedeutet also binnen Jahresfrist eine Mietsteigerung um über 100 Prozent.

Wir glauben, daß die Lehrer und Gemeindebeamten unseres Vororts Pankow gut thun, es nunmehr abermals mit einer Petition um Erhöhung des Wohnungsgeld-Zuschusses zu versuchen. Sie werden angesichts der hier mitgeteilten Thatsachen dann ganz gewiß keinen eifrigeren Verfechter für ihre Forderung finden, als den Amtsvorsteher selber und mit seiner Hilfe ohne Frage ihr Ziel erreichen. Auch wird in Anbetracht der erfolgten Mietsteigerungen zu erwarten sein, daß niemand energischer als Herr Gottschall dem in Pankower Honoratorkreisen üblichen Gerede über Arbeiterbegehrlichkeit entgegentritt.

**Pankow.** Die Gemeindevertretung beschäftigte sich in ihrer letzten Sitzung mit dem vom sozialdemokratischen Arbeiter-Verein gestellten Antrag, betreffend die direkte Einkommen- und Steuererhebung. Genosse Ringen-berg begründete den Antrag mit dem Hinweis auf die räumliche Ausdehnung des Orts und dem Zeitverlust, den die Steuerzahler bei Entrichtung der Steuern haben; auch führte er aus, daß der Raum, in welchem das Kassensystem untergebracht ist, völlig ungenügend sei. Bei Ablehnung dieses Antrags müßte aber wenigstens der Unterantrag, den mit der Mahnung betrauten Beamten zu ermächtigen, Steuern in Empfang zu nehmen, angenommen werden. Nach längerer Debatte, in welcher besonders hervorgehoben wurde, daß hinfür dann noch mehr Beamte eingestellt werden müßten, wurde der Antrag abgelehnt, dagegen der Unterantrag angenommen.

Ein weiterer Antrag des genannten Vereins, die Errichtung einer Volksbibliothek im Orte betreffend, wurde mit denen Hinweis auf die unentgeltliche, von der Gemeinde subventionierte Bibliothek des Bürgervereins abgelehnt. Diese Bibliothek ist in einem Zigarrengeschäft untergebracht; in den Statuten des Vereins wird hervorgehoben, daß bei event. Auflösung des Vereins die Bibliothek der Gemeinde zufällt. Trotzdem wurde in der Debatte behauptet, daß die Bibliothek der Gemeinde gehört.

Auf eine Anfrage, wie weit die Vorarbeiten, betreffend die Erhebung einer Grundwertsteuer gegeben seien, wurde den Fragestellern der Bescheid, daß diese Erhebungen nahezu beendet sind, und der Gegenstand nächstens auf die Tagesordnung gesetzt wird.

**Der verhaftete Arbeiter Krause**, der unter dem Verdachte stand, den Kutsher Glucke aus Teltendorf im Walde bei Hermsdorf ermordet und beraubt zu haben, hat sein Alibi nachgewiesen und dürfte aus der Untersuchung entlassen werden.

**Für den Bau der neuen Altbahn Nixdorf-Mittenwalde** sind jetzt zwischen Nixdorf und Briz die Arbeiten in vollem Gange und bereits sehr weit vorgeschritten. Von Briz führt die Bahn über Bindow, Rudow, Groß-Ziethen usw. nach Mittenwalde. Die Bevölkerung der in Betracht kommenden Ortschaften knüpft große Hoffnungen an die Bahn.

**Neu-Weiskensee.** Die hiesigen Grundbesitzer-Vereine haben den Boden zu „gemeinsamer Arbeit“ gefunden. Die grimmige Fehde von früher ist vergessenen, der überzogene Gedanke von der hehren „Mission“ eines Gauspachas hält die „Geister“ gefesselt und feiert seine Triumphe. Nach gemeinsam gefassten Beschlüssen soll niemand eine Wohnung mehr erhalten, der nicht sein

Quittungsbuch über richtig gezahlte Miete, sowie die letzte Steuerquittung vorlegen kann. Man will das Gemeinwesen von Elementen säubern, die nicht zum Wohl desselben beitragen, sondern ihren Mitbürgern zur Last fallen!

Die treibende Kraft zu diesen Beschlüssen kann wesentlich nur die Ueberzeugung dieser Leute von der Unentbehrlichkeit ihres Standes gewesen sein. Auf den Gedanken, daß diejenigen, welche man obdachlos machen will, durch ihrer Hände Arbeit, von Ausnahmen abgesehen, unendlich mehr zum Wohle der Gesamtheit beitragen, als ein, seine Mieten müßlos einfordernder Hausbesitzer, dieser Gedanke dürfte diesen Leuten bei ihrer „höheren sozialpolitischen Einsicht“ noch nicht gekommen sein. Für die aufgeliarte Arbeiterschaft ein Ansporn mehr, durch Agitation auf die Beseitigung einer Gesellschaftsordnung hinzuwirken, in der Schmaroger als edle Triebe am Volkkörper betrachtet werden.

**Ueber das Elend einer Landarbeiterfamilie** in der näheren Umgebung von Berlin wird hiesigen Blättern als vollkommen verhängt folgender Vorgang mitgeteilt: Die Familie Witt, bestehend aus Mann, Frau und sieben Kindern (sämtlich unter 14 Jahren) zog vor 9 Monaten von Spandau nach der königl. Domäne Kuhlleben (Wächterin Ober-Amtmannswitwe Fritsche) als „Juliute“ in Dienst. Bei freier Wohnung in einem alten Hause erhielt der Mann 2 M. Lohn täglich; auch die Frau arbeitete gegen Bezahlung mit. Mehrere Monate lag diese aber an einem Beinbanden in einem Krankenhaus. Der Wächterin genügt deshalb die Arbeitskräfte der Familie nicht mehr und sie kündigte ihr am 15. Mai auf den 15. Juni. In diesem Tage wurde die Familie mit ihren jammervoll bedürftigen Habsgeldstücken aus der Wohnung gebracht. Da der Mann trotz vieler Mühe ein andres Unterkommen nicht hatte finden können, so lagerten sich die obdachlos gewordenen neun Personen unter freiem Himmel bei stürzendem Regen an dem vorüberfließenden Eisgraben. Von anderen Personen wurde der Ortsgendarm auf das Elend der Familie aufmerksam gemacht, und der Beamte brachte sie dann in dem Amtsgelände unter. Hier haust die neun Menschen acht volle Tage auf Strohsäcken; Rohrnahrungsmittel besaßen sie fast nicht. Offiziersfamilien aus der benachbarten Kaserne der Schießschule sorgten dafür, daß die Kinder warmes Essen erhielten. Am neunten Tage wurde die Familie im Armenhause der Stadt Spandau aufgenommen. Der Mann hat auch alsbald in der Stadt Arbeit gefunden.

**Aus Johannisthal** wird uns berichtet: Ein heftiger Streit ist unter den Frommen unsres Orts entbrannt. Eine kleine Minderheit verlangte in der letzten Sitzung der Kirchengemeinde die Anstellung eines besonderen Geistlichen für Johannisthal, während die Mehrheit es bei dem bisherigen Zustand belassen will, wonach der Pastor aus Rudow hier den Gottesdienst abhält. Die Minorität sucht den Umstand, daß die Kinder zum Konfirmandenunterricht nach Rudow gehen müssen, für ihre Zwecke auszunutzen, obgleich man es für selbstverständlich halten sollte, daß der Geistliche seinen Unterricht in Johannisthal erteilt. Die Mehrheit weist dem gegenüber mit Recht darauf hin, daß die Anstellung eines besonderen Seelenhirten eine Erhöhung des Gemeindesteuersatzes von 150 auf 160 Proz. zur Folge haben würde, und daß es dann doch zunächst einmal notwendig sei, die überaus traurigen Schulzustände zu beseitigen. Wie arg es hiermit steht, beweist der Umstand, daß der Lehrer der dritten Klasse 83 Kinder, 41 Knaben und 42 Mädchen zugleich unterrichten muß.

#### Vermischtes.

**Zum Aufstieg des Zepplinschen Luftschiffs.** Aus sicherer Quelle erfahren die „Mündl. R. Nachr.“, daß General Graf Zepplin bestimmt beabsichtigt, den ersten Aufstieg mit seinem lenkbaren Luftschiff noch vor Ende des laufenden Monats zu unternehmen. Da dies aber immerhin von den Witterungsverhältnissen abhängt, so ist der Tag des ersten Aufstiegs noch nicht genau bestimmt und kann wohl überhaupt nur ganz kurz zuvor bekannt gegeben werden. Am Tage des Aufstiegs sollen von den verschiedenen größeren Hafenplätzen Extra-Dampfboote die Schaulustigen nach der Mangeln Ducht befördern, von der aus der Aufstieg erfolgt. In dem am nächsten gelegenen Hafenplatz Friedrichshafen sollen dem Vernehmen nach schon jetzt alle verfügbaren Wohnungen besetzt sein.

**In Hörde** ruft der Selbstmord des Hauptkassierers „des „Hörder Bergwerks“ und „Güttenbergs“, Hermann Kunze, großes Aufsehen hervor. Es werden hierzu folgende Einzelheiten bekannt: Während Kunzes Frau den Markt in Dortmund besuchte, erhängte er sich im Keller des von ihm bewohnten Hauses. A. wurde vor einigen Tagen, ohne daß seine Frau eine Ahnung hiervon hatte, aus seiner Stellung entlassen, weil sich bei einer unvernunft vorgenommen Revision der von ihm verwalteten Kasse Unregelmäßigkeiten herausgestellt haben sollen. Er wurde infolgedessen aufgefördert, die Bücher vorzulegen und Abrechnung zu halten. Als A. vernicht wurde, hielt die Frau Nachforschungen nach seinem Verbleib, und fand schließlich im Keller seine Leiche auf. A. lebte in guten Verhältnissen, doch soll er durch verkehrte Börsenspekulation in letzter Zeit in eine mißliche Lage geraten sein.

**Großartige Ausdeutung der Sonnenfinsternis.** Es ist so gekommen, wie man es erwartet hatte: die Yankee Tocrigieren die Natur. Die letzte Sonnenfinsternis hat in dem erfindungsreichen Gehirn der Amerikaner staunenerregende Ideen gezeitigt. Es wurde bekanntlich vielfach beobachtet, daß während der Verfinsternung der Sonne das Geflügel sich sehr unruhig zeigte. Die Hühner krüppelten auf die Hühnerstange, weil sie der unvernünftigen Ansicht waren, daß die Nacht hereingebrochen sei, und als dann die Finsternis vorüber war, kamen sie wieder herunter und legten in ihrem Unverständnis am heißen Nachmittag Eier, weil sie glaubten, daß soeben der Morgen angebrochen sei. Diese Beobachtung genügt, um die Phantasie eines amerikanischen Journalisten zu herrlichen Thaten zu begeistern. Er erzählt, daß in Georgia und Alabama die Farmer durch das hocherfreuliche doppelte Eierlegen der Hühner am Sonnenfinsternis-Tage auf die Idee gebracht worden seien, jetzt jeden Tag für die Hühner eine künstliche Nacht zu schaffen. Man jagt die Hühner in die Hühnerställe, schließt diese so fest zu, daß kein Lichtschein hindringt, und wenn das dünne Huhn dann wieder ans Licht kommt, legt es außer dem morgendlichen noch ein nachmittägliches Ei.

#### Eingegangene Druckchriften.

**Deutscher Viederseh.** Zusammengeheft von Karl Weise, Lehrer in Berlin. Verlag von A. Anton u. Co. (Paul Weise) in Berlin. Preis 20 Pf.

#### Briefkasten der Expedition.

**Otterbein.** Für das August-Victoria-Heim und das Landhaus zu Oberwalde sind drei Exemplare ebenfalls für die Zeitstätte am Grabowsee übergeben. Warum sollte der „Vorwärts“ dort nicht gelesen werden dürfen?

**Witterungsübersicht vom 27. Juni 1900, morgen 8 Uhr.**

Stationen	Barometer hoh. mm	Wind- richtung	Wolken- bedeckung	Temp. u. G. u. N.	Stationen	Barometer hoh. mm	Wind- richtung	Wolken- bedeckung	Temp. u. G. u. N.
Eintriede	753	still	—	10,5	Sapavanda	757	still	—	15
Hamburg	754	SW	3 bedekt	14	Petersburg	755	SW	1 wolkenl	17
Berlin	752	SW	4 Regen	13	Kort	765	R	1 bedekt	13
Kranf./R.	750	SW	4 bedekt	14	Aberdeen	763	SW	3 Regen	13
München	751	SW	7 bedekt	12	Wars	764	SW	1 wolkenl	14
Wien	750	SW	3 heiter	14					

**Weiter-Propaganda für Donnerstag, den 28. Juni 1900.**  
Etwas wärmer, zeitweise heiter, aber noch veränderlich mit geringen Regenschauern und mäßigen südwestlichen Winden.  
Berliner Wetterbureau.